

Die freiwirtschaftliche Lehre vom Geld

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften,
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

1953

von

FRANCO SANI

von Mori (Italien)

VERLAG P. G. KELLER - WINTERTHUR 1964



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548218_0033

Die freiwirtschaftliche Lehre vom Geld

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften,
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

FRANCO SANI

von Mori (Italien)

VERLAG P. G. KELLER - WINTERTHUR 1964

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag der
Herren Prof. Dr. Edgar Salin und Prof. Dr. Valentin F. Wagner.

Basel, den 19. Dezember 1953

Prof. Dr. Edgar Salin
Dekan



Vorbemerkung

Über die Freiwirtschaftslehre und besonders auch über die Gruppe ihrer Anhänger, welche die Schlussfolgerungen jener Lehre als wirtschaftspolitische Postulate verfechten, ist schon eine sehr grosse Anzahl Schriften und Aufsätze erschienen. Weitaus die meisten davon gehen allerdings vom (wirtschafts)politischen Standpunkt aus und versuchen vor allem die Unmöglichkeit der Durchführung, die Unzweckmässigkeit oder die schädlichen Auswirkungen einer Verwirklichung jener Postulate aufzuzeigen. Dies ist jeweils auch insofern gelungen, als bisher — jedenfalls in der Schweiz — noch nie ein freiwirtschaftlicher Reformvorschlag verwirklicht werden konnte. Dagegen konnten die Anhänger der Lehre durch alle diese Widerlegungen keineswegs zum Schweigen gebracht werden. Im Gegenteil: die Freiwirtschaftler stürzen sich jeweils wieder mit unverminderter Begeisterung und Überzeugung in den Meinungsstreit und ergreifen jede sich bietende Gelegenheit, um die Zweckmässigkeit ihrer Postulate zu unterstreichen. So haben sie beispielsweise in der Tatsache, dass bei der Revision des Gesetzes über die schweizerische Nationalbank dieser gewisse Möglichkeiten eines Eingreifens auf dem Markt für Wertpapiere eingeräumt werden sollten, einen Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung gesehen, wonach die Nationalbank die Fähigkeit habe, die Geldmenge zum Zwecke der Erreichung jedes beliebigen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Zieles wirksam zu manipulieren.

Eine der Hauptschwierigkeiten in der Diskussion mit den Freiwirtschaftlern liegt eben darin, dass sie eine teilweise Anerkennung ihres Ausgangspunktes und ihrer Grundideen sogleich als völliges Zugeständnis der Richtigkeit ihrer Gesamttheorie betrachten, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, in der tagespolitischen Diskussion in einer „deutlicheren“ Art mit ihnen zu reden, als für eine Diskussion wirtschaftspolitischer und wirtschaftswissenschaftlicher Probleme eigentlich notwendig und angebracht wäre. Aus diesem Grunde will sich diese Arbeit auch nur in zweiter Linie mit den Postulaten und Reformplänen der Freiwirtschaftler, d. h. der schweizerischen liberal-sozialistischen Partei befassen, sondern vor allem auf die Grundlage dieser Bewegung, die Lehre Silvio Gesells, zurückgehen. Nur von hier aus lassen sich die Postulate der Freiwirtschaftsbewegung und deren Sinn und Tragweite richtig erfassen.

Ausser der erwähnten hartnäckigen Lebensfähigkeit des freiwirtschaftlichen Gedankengutes, die — abgesehen von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Lehre — anerkannt werden muss, hat die Hochschätzung, die J. M. Keynes für die Lehre Silvio Gesells geäussert hat, sowie seine Ansicht, die Zukunft werde mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen, mich zur Abfassung dieser Arbeit bewogen. Es soll also versucht werden zu zeigen, aus welchen Gründen diese Hochachtung von Keynes für Gesell entstammte und in welcher Weise die Lehren der beiden Autoren miteinander verglichen werden können. Die Hauptbetonung liegt dementsprechend nicht auf der Ablehnung und Widerlegung der freiwirtschaftlichen Vorschläge zur Reform des gesamten Wirtschaftslebens oder einzelner Teile desselben, sondern auf der ursprünglichen Lehre Gesells und den Umständen ihrer Entstehung.

Inhaltsverzeichnis

I. Die Freiwirtschaftslehre und die Freiwirtschaftsbewegung	1
1. Die Entstehung der Freiwirtschaftslehre	1
a) Silvio Gesell	1
b) Die Entstehung der Freiwirtschaftslehre	4
2. Kurze Darstellung der Lehre Gesells	6
a) Das Ziel	7
b) Der Inhalt	9
II. Die Grundlagen der freiwirtschaftlichen Geld- und Zins-Theorie	13
1. Die Auffassung der modernen Wirtschaft als „Geld-Tausch- wirtschaft“	13
2. Der Gedanke der „Neutralität des Geldes“	24
3. Die Bedeutung des Geldes im Wirtschaftsprozess	31
III. Die Kapital- und Zins-Theorie	39
1. Die freiwirtschaftliche Kapital- und Zins-Theorie	39
2. Die Theorie von John Maynard Keynes	50
3. Zur vergleichenden Betrachtung der Gesellschen und der Keynesschen Theorie	62
IV. Der Gedanke der Festwährung	88
Vorbemerkung	88
1. Die Quantitätstheorie als Grundlage des Gedankens der Festwährung	89
2. Das Postulat der Indexwährung	104
3. Zwei Einzelprobleme der Indexwährungs-Reform: die Umlaufgeschwindigkeit und das Giralgeld	117
V. Schlussfolgerungen	126

Literaturverzeichnis

- A. Amonn: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe und Grundprobleme, Jena 1938.
- Das Problem der Entstehung des Geldes, schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 82. Jg., 1946.
- Das Archiv, Zeitschrift für eine natürliche Wirtschaftsordnung, Bern.
- E. Böhler: Preisniveau und Beschäftigungspolitik, Gewerbliches Jahrbuch der Schweiz 1950.
- E. von Böhm-Bawerk, Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien, Innsbruck 1884.
- A. Bosshardt: Freigeld, schweiz. Ztschr. f. Vw. u. St., 69. Jg., 1933.
- C. Bresciani-Turroni: Einführung in die Wirtschaftspolitik, Bern 1948.
- E. Carell: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1951.
- G. Cassel: On Quantitative Thinking in Economics, Oxford 1935.
- Th. Christen: Über die Gesellsche Zinstheorie, Sonderabdruck aus der schweiz. Ztschr. f. Volkswirtschaft und Sozialpolitik, o. J. (1919).
- Das Geldwesen ein dynamisches System, 2. Auflage Bern/Leipzig/Wien 1932.
- D. Dillard: Proudhon, Gesell, and Keynes: An Investigation of Some „Anti-Marxian Socialist“ Antecedents of Keynes' General Theory, Ph. D. Thesis Univ. of California, 1940. — Nur in Maschinenschrift vorhanden und in der Mikrofilm-Kopie einzusehen.
- Silvio Gesells Monetary Theory of Social Reform, American Economic Review, vol. XXXII 1942.
- The Economics of John Maynard Keynes, London 1950.
- M. Ezekiel: Statistical Investigations of Saving, Consumption, and Investment, American Economic Review, vol. XXXII 1942.
- L. Federici: Observations, in: R. Mossé, La Monnaie, Paris 1950.
- I. Fisher: Die Kaufkraft des Geldes, Berlin 1916.
- Mastering the Crisis, London 1934.
- Feste Währung, Uchtdorf/Pommern 1937.
- Freiwirtschaftliche Zeitung bzw. „Freies Volk“, Wochenzeitung für das Schweizervolk, Bern.
- H. T. N. Gaitskell: Four Monetary Heretics, in: What Everybody Wants to Know about Money, ed. G. D. H. Cole, London 1933.
- F. Galiani: Della moneta, ed. F. Nicolini, Bari 1915.
- Ch. Gasser: Die Freigeld-Initiative, St. Galler Tagblatt Nr. 154 und 156 vom 3./4. April 1951.
- S. Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, 8. Aufl., Bern 1938.
- Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft, Denkschrift an die zu Weimar versammelten Nationalräte, Berlin 1919.
- L. Gleske: Irrlichter der Freigeldlehre, Ztschr. f. das gesamte Kreditwesen, Frankfurt a. M., 3. Jg., 1950.

- H. Gordon: Zur Berechnung einer Indexziffer der Kosten der Lebenshaltung, schweiz. Ztschr. f. Vw. u. St., 74. Jg., 1938.
- F. Haber: Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer, Jena 1926.
- G. Haberler: Der Sinn der Indexzahlen, Tübingen 1927.
- Prosperität und Depression, Bern 1948.
- G. N. Halm: Geld, Aussenhandel und Beschäftigung, München 1951.
- A. H. Hansen: Economic Policy and Full Employment, New York und London 1947.
- R. F. Harrod: The Life of John Maynard Keynes, London 1951.
- F. A. Hayek: Preise und Produktion, Wien 1931.
- H. D. Henderson: Supply and Demand, London u. Cambridge 1928.
- M. W. Holtrop: Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, in: Beiträge zur Geldtheorie, hgg. von F. A. Hayek, Wien 1933.
- A. Hornung: Das Ergebnis des Wörgler Schwundgeldversuches — Ist Wörgl ein Freigeldexperiment? Tiroler Studien, Heft 2, Innsbruck 1934.
- L. Jenni: Von Silvio Gesells erstem Werk: „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“, Bern 1931.
- W. Keilhau: The Equation of Payments, in: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, London 1933.
- Th. Keller: Zur Freiwirtschaftslehre. Die weltanschaulichen Grundlagen, Schweizer Rundschau, August 1934.
- J. M. Keynes: Vom Gelde, München und Leipzig 1932.
- Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936.
- Essays in Persuasion, London 1931.
- Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung, Festschrift für A. Spiethoff, München 1933.
- L. R. Klein: The Keynesian Revolution, London 1950.
- C. Z. Klötzl: Die Erlösung von Gold und Zins, in: Propheten in deutscher Krise, hgg. von R. Olden, Berlin 1932.
- G. F. Knapp: Staatliche Theorie des Geldes, 2. Aufl., München und Leipzig 1918.
- J. G. Koopmans: Zum Problem des „neutralen Geldes“, in: Beiträge zur Geldtheorie, hgg. von F. A. Hayek, Wien 1933.
- F. Levi: Die wissenschaftliche Begründung der Freigeldlehre, Sonderabdruck aus der schweiz. Ztschr. f. Vw. u. St., 70. Jg., 1934.
- A. W. Marget: The Theory of Prices. A Re-Examination of the Central Problems of Monetary Theory, vol. I, New York 1938.
- K. Marx: Das Kapital, Bd. I, 2. Aufl., Berlin 1922.
- J. St. Mill: Grundsätze der politischen Ökonomie, deutsche Übersetzung nach der 7. engl. Aufl., Jena 1921.
- A. von Mühlenfels: Zur Kritik der Freigeldwährung, St. Gallen 1933.
- G. Myrdal: Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse, in: Beiträge zur Geldtheorie, hgg. von F. A. Hayek, Wien 1933.
- M. Nadler: Financial Organisation, Encyclopaedia of the Social Sciences, vol. VI.

- M. Palyi: Quantitätstheorie, Hdwb. der St.wiss., 4. Aufl., Bd. 6.
- A. Paulsen: Neue Wirtschaftslehre, 2. Aufl., Berlin u. Frankfurt a. M. 1952.
- K. Polenske: Das proletarische Finanz- und Wirtschaftsprogramm des Volksbeauftragten der ersten bayrischen Räte-Regierung Silvio Gesell — Den deutschen Arbeitern, Bauern und Bürgern dargestellt . . ., Berlin o. J. (1919).
- J. Robinson: Introduction to the Theory of Employment, London 1937.
- P. N. Rosenstein-Rodan: The Coordination of the General Theory of Money and Price, *Economica*, vol. III, 1936.
- E. Salin: Geschichte der Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl., Bern 1951.
- H. Sauermann: Zum Problem des neutralen Geldes, in: Beiträge zur Geld- und Finanztheorie, Wilhelm Gerloff zum 70. Geburtstag, Tübingen 1951.
- E. Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, 2. Teil: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, Tübingen 1949.
- 3. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1952.
- A. Schopenhauer: Aphorismen zur Lebensweisheit, hggb. von P. Messer-Platz, Stuttgart 1924.
- F. Schwarz: Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, Bern, Bd. I 1931, Bd. II 1933.
- Vorwärts zur festen Kaufkraft des Geldes, 3. Aufl., Bern 1934.
- Geld. Was heute jedermann vom Gelde wissen sollte, 2. Aufl., Bern 1949.
- Das Experiment von Wörgl, Bern 1951.
- F. Schwarz u. Ed. Burri: Der Zins vom Standpunkt der christlichen Ethik, der Moral und der Volkswirtschaft, Bern o. J.
- H. Sieber: Eine kritische Würdigung der Freigeldlehre, Bern 1940.
- U. Sinclair: Co-op, Prag o. J.
- H. K. Sonderegger: Zur Zinsfrage, Sonderabdruck aus den Nr. 98—103 des „Demokrat“, Jg. 1938.
- H. K. Sonderegger u. H. Burgstaller: Die Rettung Österreichs / Das Wörgler Beispiel, Wörgl 1933.
- O. Studer: Die Ausbeutung der Arbeit durch den Zins, Beilage zur Freiwirtschaftlichen Zeitung, Bern o. J.
- H. H. Villard: Monetary Theory, in: A Survey of Contemporary Economics, ed. H. S. Ellis, Philadelphia u. Toronto 1948.
- V. F. Wagner: Geschichte der Kredittheorien. Eine dogmen-historische Darstellung, Wien 1937.
- Die Stellung der Landwirtschaft im Konkurrenzsystem, schweiz. Ztschr. f. Vw. u. St., 82. Jg., 1946.
- Die Kaufkraft-Initiative der Freigeldler, National-Zeitung Nr. 367 vom 11. August 1950.
- Demagogische Währungspolitik, National-Zeitung Nr. 155 vom 6. April 1951.
- K. Walker: Aktive Konjunkturpolitik, Berlin-Wannsee 1936.
- Das Buchgeld, Heidelberg/Ziegelhausen 1951.

- K. Walker: Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg/Ziegelhausen 1952.
- F. von Wieser: Theorie des Geldes, Hdwb. d. St.wiss., 4. Aufl.
- E. Winkler: John Maynard Keynes und Silvio Gesell, Heidelberg/Ziegelhausen 1951.
- Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung. — Die drei Gesetze des wirtschaftlichen Gleichgewichtes und die natürliche Wirtschaftsentwicklung, Heidelberg/Ziegelhausen 1952.

I. Die Freiwirtschaftslehre und die Freiwirtschaftsbewegung

1. Die Entstehung der Freiwirtschaftslehre

a) Silvio Gesell

Kaufmann in Argentinien

Der im Jahre 1862 geborene Begründer der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesell war in den 1880er Jahren als Kaufmann in Argentinien tätig, wo er mit seinem Geschäft sehr erfolgreich gewesen zu sein scheint¹. Die heftige Wirtschaftskrise, die dann gegen Ende der 80er Jahre die argentinische Wirtschaft lahmlegte, fügte auch seinem eigenen Unternehmen schwere Verluste zu und veranlasste ihn, über die Probleme der Wirtschaft im allgemeinen und des Geldes im besonderen nachzudenken. Jene Krise scheint den Zorn des Volkes und auch jenen Gesells besonders gegen gewisse Finanzkreise erregt zu haben, die man allgemein wegen ihrer Spekulationen als die Urheber des schweren Zusammenbruchs betrachtete². Hauptsächlich gegen die Finanzkreise als Vertreter und Nutzniesser des herkömmlichen Geldwesens wandte sich denn auch Gesell in seiner ersten Schrift „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“, die 1891 in Buenos Aires im Selbstverlag des Verfassers erschien. Ihr folgte noch im gleichen Jahre eine erste Fortsetzung unter dem Titel „Nervus rerum“ und ein Jahr später als „zweite Fortsetzung“ die Schrift „Die Verstaatlichung des Geldwesens“.

Gesell konnte sich in den folgenden Jahren von den Rückschlägen, die er durch die Krise erlitten hatte, erholen, so dass es ihm möglich war, um das Jahr 1900 sein Geschäft aufzugeben und sich in Les Hauts-Geneveys im Kanton Neuenburg niederzulassen, um sich dort — wie Keynes meint — „den köstlichsten Beschäftigungen zu widmen, die jenen, die ihren Unterhalt nicht zu verdienen brau-

1) Vgl. J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936, S. 298/9.

2) Vgl. D. Dillard, Silvio Gesells Monetary Theory of Social Reform. American Economic Review, vol. XXXII, 1942, Seiten 348—52. — Ferner: Proudhon, Gesell, and Keynes: An Investigation of Some „Anti-Marxian Socialist“ Antecedents of Keynes' General Theory. Ph. D. Thesis, Univ. of California, 1940. Nur in Maschinenschrift vorhanden und in der Mikrofilm-Kopie einzusehen.

chen, offenstehen, nämlich: Schriftstellerei und experimentelle Landwirtschaft“³. Noch vor 1900 hatte Gesell einige weitere Schriften veröffentlicht, und nach einem erneuten Aufenthalt in Argentinien 1907—1915 erschien dann 1916 in Berlin sein Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, das eine Zusammenfassung früherer Schriften darstellt, in erster Linie von „Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform“ (Les Hauts-Geneveys 1906) und „Die neue Lehre vom Geld und Zins“ (Berlin 1906). — Während dieser ganzen Zeit war er ständig bemüht gewesen, seine Ideen in die Öffentlichkeit hinauszutragen und Anhänger für seine Pläne zu gewinnen. Dabei hatte er jedoch nur sehr geringen Erfolg gehabt, da die bestehenden Parteien nichts von ihm wissen wollten und er somit bei der Propagierung seiner Reformvorschläge auf grösste Schwierigkeiten stiess. Immerhin fanden sich doch da und dort Leute, die sich für seine Theorien interessierten und zum Teil in engeren Kontakt mit ihm traten. Unter diesen befanden sich auch solche, die der bayrischen revolutionären Sowjet-Bewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit nahestanden und offenbar den Versuch unternehmen wollten, die Neuordnung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation im Sinne des Sowjetgedankens mit der Wirtschaftsreform im Sinne der Gedanken Gesells zu verbinden.

„Volksbeauftragter“ in Bayern

So wurde am 7. April 1919 Silvio Gesell vom „Vollzugsrat“ der am selben Tage ausgerufenen Räterepublik Bayern als „Volksbeauftragter für das bisherige Ministerium der Finanzen, jetzt Volksfinanzhaus“ berufen⁴. Er nahm das Amt an und rief Dr. jur. Karl Polenske, Universitätsprofessor in Greifswald, als Rechtsbeirat und den Schweizer Dr. Theophil Christen an seine Seite nach München, worauf er sogleich mit der Neuordnung der Finanzen und mit einem Propagandafeldzug zugunsten der freiwirtschaftlichen Ideen begann. Das Ende der äusserst kurzen Tätigkeit Gesells als Finanzminister scheint nicht ganz klar zu sein: *Fisher*⁵ und *Sieber*⁶ sind der An-

3) A. a. O., S. 299.

4) Vgl. K. Polenske, Das proletarische Finanz- und Wirtschaftsprogramm des Volksbeauftragten der ersten bayerischen Räte-Regierung Silvio Gesell. Berlin o. J. (1919).

5) I. Fisher, Feste Währung, Uchtdorf/Pommern 1937, S. 118.

6) H. Sieber, Eine kritische Würdigung der Freigeldlehre. Diss. Bern 1940, S. 6.

sicht, Gesell sei nach dem Sturz der revolutionären Regierung seines Amtes enthoben und vor ein Gericht gestellt worden, während *Polenske* in seinem 18. April 1919 datierten Aufruf⁷ die Dinge anders darstellt: Die am 7. April 1919 gestürzte, rein sozialistische Regierung Hoffmann unternahm am 13. April einen Putschversuch, der jedoch vereitelt wurde; nunmehr ergriff eine „formell kommunistische Regierung“ die Macht, von der Gesell keine Vollmacht zur Durchführung seines Programms erhielt. Er weigerte sich darauf, sofort 500 000 Mark für die Regierung flüssig zu machen und wurde infolgedessen am 18. April 1919 aus seinem Amt entlassen. Erst nach dem endgültigen Sturz jener Regierung wurde er anfangs Mai verhaftet und später vor Gericht gestellt, wobei er versuchte, die Verhandlungen und die Berichterstattung in der Presse zur Propagierung der freiwirtschaftlichen Ideen auszunützen.

Diese Darstellung scheint mir einigermaßen wichtig zu sein, da diese Teilnahme an der Räteregierung Bayerns Gesell oft zum Vorwurf gemacht und vor allem als kennzeichnend für die im Grunde genommen kommunistische Grundlage der Freiwirtschaftslehre hingestellt wurde. Diese Schlussfolgerung auf die kommunistische Einstellung Gesells halte ich jedoch für unrichtig, nicht nur auf Grund einer Anmerkung des Übersetzers von Fishers „Stable money“, Siegmund *Speyerer*⁸, sondern auch in Anbetracht des Inhaltes der Aufrufe, die Gesell als Finanzminister erliess und die bei *Polenske*⁹ abgedruckt sind, sowie deshalb, weil meiner Ansicht nach aus dem Text der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“, besonders deren Vorwort, deutlich die anti-marxistische und anti-totalitäre Auffassung Gesells hervorgeht¹⁰.

Gesell, von seinen Ideen durchdrungen und von ihrer Richtigkeit überzeugt, sah in diesem Posten als Volksbeauftragter wahrscheinlich einzig die Möglichkeit, seine Reformvorschläge in die Wirklichkeit umzusetzen und durch Einführung der „absoluten Währung“ und des „Markengeldes“ sowie durch eine Vermögensabgabe die Finanz- und Währungslage der Räterepublik zu sanieren und dadurch die Überlegenheit seines eigenen Währungssystems über das herkömmliche unter Beweis zu stellen. Dass er diesen Versuch zur Verwirk-

7) A. a. O., S. 5.

8) „Silvio Gesell war selbst parteipolitisch indifferent. Nur dem Umstand, dass der in der damaligen kurzlebigen, vorkommunistischen Regierung eine gewisse Rolle spielende Augsburger Lehrer Niekisch Silvio Gesell kannte, war es zuzuschreiben, dass er (wie Pontius ins Credo) nach München berufen wurde.“ Fisher, a. a. O., S. 117, Anm. 67 a.

9) A. a. O.

10) Vgl. unten S. 7 f.

lichung seiner Pläne im Rahmen der Räteregierung Bayerns unternahm, ist in erster Linie als Beweis für seinen Mangel an politischem Weitblick zu werten.

Nach diesem verunglückten Experiment verbrachte Gesell den Rest seines Lebens grösstenteils in Deutschland, indem er sich in Wort und Schrift für die Verbreitung seiner Ideen einsetzte. Er starb im Jahre 1930 in Eden bei Oranienburg.

b) Die Entstehung der Freiwirtschaftslehre

Die Depression in Argentinien

Wie erwähnt, erlebte Silvio Gesell die Krise und Depression der späten 1880er Jahre in Argentinien, wo er als Importeur, Exporteur und kleiner Fabrikant tätig war. Da der Warenabsatz allgemein stockte und trotz Preissenkungen die Nachfrage nicht angeregt werden konnte, erlitt auch er wie alle Produzenten und Kaufleute Verluste. Gesell begann nun, sich über die Ursachen dieser Absatzstockung Gedanken zu machen, wobei er diese Überlegungen ohne Kenntnisse und damit — wie er sich ausdrückte — ohne die Behinderung des nationalökonomischen Schrifttums anstellte. Sein Ausgangspunkt war dabei sein eigenes Geschäft und die Schwierigkeiten, die durch die Depression ihm selbst entstanden waren. Die unmittelbare Ursache, warum der Absatz seiner eigenen Waren nicht so reibungslos wie vor der Krise vor sich ging, lag für ihn auf der Hand: die (potentiellen) Käufer kamen mit ihrem Geld nicht zum Kaufmann Gesell, um dessen Waren zu erwerben. Aber nicht nur ihm allein erging es so, das Charakteristikum der „Wirtschaftsstockung“ war es eben, dass das Geld ganz allgemein nicht zum Kauf von Waren verwendet wurde — das Geld zirkulierte nicht! Das Geld kann aber aus zwei Gründen keine genügende Nachfrage nach Waren ausüben: entweder weil es nicht in genügender Menge vorhanden ist oder weil es nicht auf dem Markt erscheint. Wegen der ersten Möglichkeit wendet sich Gesell in seiner Schrift „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“, in welcher er zum ersten Male seine Gedanken und Reformvorschläge vorbrachte, gegen jegliche Deflationspolitik der argentinischen Regierung und vor allem gegen die Goldwährung, die zum Zwecke einer Ausweitung der umlaufenden Geldmenge zu wenig anpassungsfähig, weil auf die Produktion der Goldminen angewiesen ist. Die zweite Möglichkeit ergibt sich aus der Beschaffenheit des herkömmlichen Geldes, dessen „Ungerechtigkeit, Vernunftwidrigkeit und

Lächerlichkeit“ Gesell an Hand des Modells einer primitiven Naturaltauschwirtschaft nachzuweisen versucht.

Ein Modell mit dem Reform-Vorschlag

Die Mitglieder der Modellgemeinschaft liefern die Güter, die sie produziert haben und deren sie nicht selbst bedürfen, an die gemeinsame Lagerhalle ab und beziehen von dort jene andern Güter, welche sie benötigen. Um den Austausch zu erleichtern, wird das Geld eingeführt in der Form von Depotscheinen für die Güter, welche dem Warendepot abgeliefert worden sind ¹¹. Nach der Schätzung Gesells wird nun ein Teil des Warenlagers im Laufe der Zeit durch Fäulnis zerstört, wogegen der Gesamtbetrag des ausgegebenen Geldes unverändert bleibt: nach 6 Monaten werden also ungefähr 5 % dieses umlaufenden Geldbestandes ohne Warendeckung sein. Dies stellt nicht, wie man vielleicht glauben möchte, eine Entwertung des Geldbestandes dar, weil nämlich die Depotscheine auf eine bestimmte Warenmenge lauten. Das Warenlager enthält im Gegenteil nicht mehr genügend Waren, um die Nachfrage des Geldes, dessen „Wert“ auf eine ganz bestimmte, höhere Warenmenge lautet, zu befriedigen: der „Wert“ des Warenlagers hat abgenommen, während derjenige des Gesamtgeldbestandes unverändert geblieben ist. Dieser Sachverhalt ist leichter verständlich, wenn er unter dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Stellung des Waren- und des Geldbesitzers gesehen wird, also vom privatökonomischen und nicht vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus.

Von diesem Punkte geht also Gesells Reformvorschlag aus: Das Geld muss im Verlauf der Zeit einen Teil seines Wertes einbüßen „... im Verhältnis zu dem Verlust, dem die Waren, zu deren Austausch das Geld bestimmt ist, im Durchschnitt alle Jahre unterworfen sind...“, damit es den Warenbeständen gegenüber gleichberechtigt und nicht privilegiert sei: Das Geld soll „einfach ein Vertreter der Ware, eine Verkehrserleichterung, ein Mittel, die Unbequemlichkeit des Tauschhandels zu umgehen...“ sein ¹². Gesell hebt besonders

11) Die Modellgemeinschaft Gesells führt das Geld in einem privatwirtschaftlichen Zustand ein, während beim Modell Galianis, an welches man hier erinnert wird (Della moneta, II, 1), die Gemeinschaft kommunistisch lebt und produziert. — Vgl. auch: U. Sinclair, Co-op, deutsche Übersetzung, Prag o. J., wo das Leben einer kalifornischen Tauschgemeinschaft in den Depressionsjahren in Romanform geschildert wird.

12) Bei dieser knappen Darstellung des Gesellschen Tauschmodells folge ich Leonhard Jenni, Von Silvio Gesells erstem Werk: Die Refor-

auch die Möglichkeit hervor, dass dank des herkömmlichen, hortbaren Geldes gewisse Finanzkreise eine Diskrepanz zwischen der ausgegebenen Geldmenge und den durch diese vertretenen Warenbeständen absichtlich hervorrufen und aus dieser Lage sich dann entsprechend Vorteile verschaffen können.

Dieser ganze Gedankengang der Diskrepanz zwischen der Warenmenge und dem Geldbestand im Modell ist weder sehr klar noch sehr stichhaltig. Wir können aber auf eine Kritik verzichten, weil Gesell selbst das Phänomen der „Überlegenheit des Geldes über die Waren“ später noch eingehender untersucht hat. An dieser Stelle mag vor allem dies festgehalten werden: Die ganze Freigeldtheorie geht von dem in der genannten Schrift postulierten Reformvorschlag aus, der hier von ihrem Begründer rein intuitiv und ohne irgendeine ursächliche Erklärung und theoretische Begründung vorgebracht wurde. Gesell war überzeugt, die Schuld an der Krise trage das herkömmliche Geldwesen, dessen Hauptnutznießer gewisse Spekulanten und Finanziers seien, denen das Handwerk am besten durch die von ihm vorgeschlagene Korrektur des Geldwesens gelegt werden könnte. Besonders Dillard¹³ betont die Tatsache, dass die ganze Freiwirtschaftstheorie von Gesell zur Begründung und Stützung seiner sozial-reformerischen Postulate nachträglich entwickelt worden sei: Keynes verkenne demnach den tatsächlichen Tatbestand, wenn er sagt, Gesell sei *trotz* der Unvollständigkeit seiner Theorie zu einem praktischen Schluss gekommen, „... der den Kern dessen in sich tragen mag, was notwendig ist...“¹⁴. In Wirklichkeit sind die Reformvorschläge nicht auf Grund der Theorie vorgebracht worden, sondern die Theorie, wie sie in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ in ihrer endgültigen Form niedergelegt und stark ergänzt und erweitert worden ist, stellt umgekehrt die Rechtfertigung und die nachträglich erstellte Grundlage jener Postulate dar.

2. Kurze Darstellung der Lehre Gesells

In den vorhergehenden Abschnitten ist schon weitgehend, wenn auch nur in groben Umrissen, der Inhalt der Gesellschen Lehre angedeutet worden. Wir können uns deshalb im folgenden eher kurz

mation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat. Bern 1931. Diese kleine Broschüre bietet eine kurze Inhaltsangabe von Gesells Schrift, welche schon damals vergriffen war. Die Zitate ebenda, S. 13.

13) A. a. O., S. 348.

14) A. a. O., S. 301.

fassen und uns auf eine knappe, aber systematischere Darstellung des Inhaltes der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ beschränken, wobei in einem ersten Abschnitt das Ziel darzustellen ist, das Gesell bei der Niederschrift seiner Lehre vor Augen hatte, und in einem zweiten Mittel und Wege, die ihm zur Erreichung jenes Zieles notwendig schienen.

a) Das Ziel

Das „wahre Manchestertum“

Da Gesell ein Anhänger der Darwinschen Evolutionstheorie war, hatten die „Naturgesetze“ für ihn uneingeschränkte und ausschlaggebende Gültigkeit: Der Mensch muss sich frei entwickeln können, ist er doch das Mass aller Dinge und „darum auch Mass seiner Wirtschaft“¹⁵. Da nun nach der Ansicht Gesells die Naturgesetze den Wettstreit wollen und dieser die Beachtung des eigenen Nutzens durch jeden einzelnen zur Voraussetzung hat, soll die „natürliche Wirtschaftsordnung“ „auf dem Eigennutz aufgebaut sein“¹⁶. Was das genauer besagen soll, zeigen wohl am besten folgende Worte des Schöpfers eben dieser Ordnung:

„Diese natürliche Wirtschaftsordnung könnte man auch als ‚Manchestertum‘ bezeichnen, jene Ordnung, die den wahrhaft freien Geistern immer als Ziel vorgeschwebt hat — eine Ordnung, die von selber, ohne fremdes Zutun steht und nur dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu werden braucht, um alles das, was durch amtliche Eingriffe, durch Staatssozialismus und behördliche Kurzsichtigkeit verdorben wurde, wieder ins richtige Lot zu bringen“¹⁷. Offensichtlich versteht hier Gesell unter „Manchestertum“ etwas anderes als die liberale Wirtschaftsordnung des 19. Jahrhunderts in ihrer konkreten Form. Diese konnte das Ideal der Manchesterlehre nicht verwirklichen und erscheint deshalb in einer verfälschten und unreinen Form von „Manchestertum“, die diese Bezeichnung nach Ansicht Gesells nicht verdient. Gesells natürliche Wirtschaftsordnung ist mit dem *wahren* Manchestertum identisch und stellt einen dritten Weg dar gegenüber Marxismus einerseits und dem missglückten „Manchestertum“ — d. h. „Kapitalismus“ im Sinne Gesells — andererseits¹⁸.

15) A. a. O., S. VII.

16) Ebenda, S. IX.

17) Ebenda, S. XI.

18) Vgl. die Ziff. b) dieses Abschnittes.

Das Ziel Gesells war es, das individualistische Wirtschaftssystem beizubehalten, es jedoch gründlich zu verbessern, so dass es wirklich dem idealen Manchestertum entsprechen würde: „Das Ziel seines Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines anti-marxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das Laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung, statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbs, statt auf seine Abschaffung“¹⁹.

Die Rolle des Staates

Was Gesell also vorschwebt, ist die Errichtung einer wirklich freien liberalen Wirtschaftsordnung, in der sich seine sozialreformistischen Postulate wenigstens zum Teil selbst verwirklichen werden. Die Stellung dieses liberalen Systems dem Staate gegenüber ist nun allerdings merkwürdig zwiespältig und keineswegs so eindeutig antistaatssozialistisch, wie man entsprechend dem eben angeführten Zitat von Keynes den Eindruck haben sollte. Während der Staat von der eigentlichen Manchesterlehre von vornherein in die Rolle des „Nachtwächters“ verwiesen wird, muss er bei Gesell erst einmal aktiv bei der Errichtung des „Kampfplatzes“ der neuen Wirtschaftsordnung, auf welchem dann der Wettbewerb ausgetragen werden soll, mithelfen und erst dann wird er immer mehr in seiner Aktivität zurückgedämmt. In einer etwas verschwommenen Form scheint Gesell an etwas Ähnliches zu denken wie das „Absterben des Staates“ bei Engels, ohne dass er allerdings diesen Gedankengang konsequent zu demselben Ende führt. Immerhin ging er so weit, dass Keller²⁰ auf Grund der Ansichten Gesells sogar zum Schluss kommt, als letztes Ziel der Freiwirtschaft winke die Anarchie. Die Idee von der Abschaffung oder von einem „Verbrauch“ des Staates ist jedoch letztlich unvereinbar mit der Freigeld- und Freilandreform, wonach auch nach der Durchführung der Neuordnung das Bestehen eines staatlichen Apparates oder jedenfalls bestimmter staatlicher Ämter notwendig bleibt. Es handelt sich also hier lediglich um vereinzelte Gedanken und Aussagen Gesells zum Problem der Stellung des Staates in seiner „natürlichen Wirtschaftsordnung“, und es kann

19) Keynes, a. a. O., S. 300.

20) Th. Keller, Zur Freiwirtschaftslehre. Die weltanschaulichen Grundlagen. Schweizer Rundschau, August 1934, S. 374. Keller stützt sich dabei zum Teil auf eine spätere Schrift Gesells: Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft, Berlin 1919.

leicht zu falschen Schlussfolgerungen verleiten, wenn man diese vereinzelt Aussagen zu etwas zusammenfasst, was man eine freiwirtschaftliche Staatslehre nennen könnte. Die Stellung der Gesellschen Wirtschaftsordnung gegenüber dem Staat ist jedenfalls nicht nur zwiespältig, sondern vor allem auch widerspruchsvoll.

In den neueren Publikationen der Freiwirtschaftler wird das Problem der Stellung des Staates im Wirtschaftsablauf nicht berührt. Die Freiwirtschaftsbewegung ist überhaupt mehr und mehr dazu übergegangen, die von ihr vertretenen Auffassungen nicht mehr als Gesamtsystem, sondern einfach und direkt als eine Sammlung wirtschaftspolitischer Postulate zu propagieren. Der Grund dafür dürfte wohl in der Einsicht liegen, dass auf diese Weise im politischen Streite grössere Erfolge zu erzielen sind, wobei natürlich die Idee von der Freiwirtschaftslehre als einer umfassenden Heilslehre der Wirtschaft und der Sozialordnung keineswegs aufgegeben zu sein braucht.

b) Der Inhalt

Die Gründe des Misserfolges der Manchesterlehre

Nach Ansicht Gesells konnte die Manchesterlehre ihr Ziel, das auch dasjenige der Freiwirtschaftslehre ist — also eine Wirtschaftsordnung, die lediglich auf Grund des freien Spiels der Kräfte ihr Gleichgewicht beibehält — nicht erreichen, weil erstens die unbedingt notwendigen Voraussetzungen für einen ungehemmten freien Wettstreit im Sinne der „Naturgesetze“, nämlich gleiche Ausgangspositionen für alle und keinerlei Vorrechte im Wettstreit selbst, nicht erfüllt waren; für diese Tatsache sind die überlieferten historischen Gegebenheiten verantwortlich. Aber selbst dann, wenn in der „Kampfbahn“ des wirtschaftlichen Wettbewerbs allen Teilnehmern gleiche Chancen garantiert gewesen wären, hätte jenes Ziel unerreichbar bleiben müssen. Gesell war der Auffassung, die Manchesterlehre erwartete von der Entfesselung des freien Wettbewerbs und von der Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte des Menschen folgende Wirkungen: 1. vor allem „ein allmähliches Sinken des Zinsfusses bis auf Null“ infolge des sich ständig vermehrenden Geldangebotes, das durch die gesteigerte Wirtschaftstätigkeit bewirkt würde, 2. die Zerstückelung des Grossgrundbesitzes als Folge des Aufstiegs der Tüchtigsten und „der natürlichen wirtschaftlichen Minderwertigkeit der im Reichtum aufwachsenden Geschlechter“ ²¹

21) A. a. O., S. XII.

und damit die Verwandlung der Grundrente in ein „allgemeines Volkseinkommen“, 3. die Beseitigung der Ursache der Wirtschaftsstörungen und damit des Konjunkturzyklus, wobei angenommen wurde, diese seien die Folge einer schlechten Warenverteilung und ließen sich in gleicher Weise beseitigen, wie schon örtliche Hungersnöte und Wirtschaftsstockungen hatten ausgeglichen werden können, 4. die Tilgung sämtlicher Staats- und Gemeindeschulden, die den „vierten und letzten Schandfleck unserer Wirtschaftsordnung“ darstellen, dank der steigenden Steuerkraft des Volkes²².

Die drei ersten dieser Glaubenssätze oder Wunschräume — der vierte erscheint von untergeordneter Bedeutung — würden sich auch bei völlig freiem Wettbewerb nicht verwirklichen lassen, und dies ist für Gesell der zweite Grund für den Fehlschlag der Manchesterlehre. Er glaubt erkannt zu haben, jene Wünsche und Hoffnungen der Manchesterlehre könnten darum nicht erreicht werden, weil diese in ihre Wirtschaftsordnung unverändert das überlieferte Geldwesen und die Ordnung der Besitzverhältnisse am Boden übernehme. *Das Geld* einerseits nimmt in der bestehenden Form gegenüber den Waren eine Vorrangstellung ein, die ihm nicht zukommt und die zwei verhängnisvolle Übel zur Folge hat: ständige Wirtschaftskrisen und „arbeitsloses Einkommen“ in Form von Zins. *Die Besitzverhältnisse am Boden* andererseits ermöglichen einer bestimmten Klasse der Bevölkerung den Bezug von „arbeitslosem Einkommen“ in der Form der Grundrente.

Die Reformen Gesells

Die Wirtschaftskrisen und das Zinseinkommen im weitesten Sinne — als Einkommen, welchem keine Arbeit gegenübersteht und das deshalb als „arbeitslos“ bezeichnet wird — sind denn auch die beiden Grundübel, die die Freiwirtschaftslehre der bestehenden Wirtschaftsordnung vorwirft und ihre Beseitigung bildet das Hauptziel der Freiwirtschaftslehre. So schreibt auch Gaitskell: „Gesells Ziel war die Reform des individualistischen Systems nicht durch Einschränkung und Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit des einzelnen, sondern durch die Abschaffung — auf eine Art, die ihm einfach erschien — von zwei Dingen: das Bestehen von unverdientem Einkommen in der Form von Rente und Zins und der wirtschaft-

22) Ebenda, S. XII und XIII. Ich gehe nicht näher auf diese Auffassung Gesells von der Manchesterlehre und ihre Begründung ein, da sie an sich unwesentlich ist.

lichen Wechsellagen, die allgemein als Konjunkturzyklus bekannt sind“²³.

Man darf deshalb sagen, dass die zwei Postulate, die die Beseitigung dieser beiden Missstände fordern, die Grundlage bilden, auf der die gesamte Freiwirtschaftsbewegung aufbaut. Die heutigen freiwirtschaftlichen Forderungen entsprechen dem Geiste und dem Sinne nach durchaus jenen Gesells, wenn sie auch nicht mehr vollständig mit ihnen übereinstimmen. So wird vor allem der Freilandgedanke, demzufolge aller Grund und Boden gegen eine angemessene Entschädigung in Staatsbesitz übergeführt werden und als Folge davon lediglich eine Verpachtung der einzelnen Grundstücke²⁴ und Verwendung der Pachtzinsen zu gemeinnützigen Zwecken möglich sein sollte, von den Freiwirtschaftern im politischen Kampfe heute nicht mehr verfochten²⁵.

Die beiden Reformen, die zur Beseitigung der Wirtschaftskrisen und des „arbeitslosen“ Kapitaleinkommens führen sollen, sind das „Freigeld“ oder „Schwundgeld“ und die Fest- oder Indexwährung. Unter Freigeld ist ein Geld mit Umlaufszwang zu verstehen, mit anderen Worten ein Geld, welches periodisch einen bestimmten Prozentsatz seines Nominalwertes einbüsst und deshalb nur mit empfindlichen Verlusten gehortet werden kann. In der Hortfähigkeit des Geldes liegt seine Überlegenheit gegenüber den Waren und diese wiederum ist es, die dem Geldbesitzer das Erheben eines Zinses aus dem Warenumlauf ermöglicht. Durch die Beseitigung dieser Fähigkeit wird das Beziehen von arbeitslosem Zins-Einkommen verunmöglicht und die Arbeit erhält ihren vollen, ungeschmälernten Ertrag. Zu dieser Reform der herkömmlichen Geldordnung tritt jene der Regelung des Geldumlaufes im Sinne der „Festwährung“ hinzu. Diese soll mittels Veränderungen der umlaufenden Geldmenge durch das (staatliche) Währungsamt, das die Notenbank alten Stils zu ersetzen bestimmt ist, die Kaufkraft des Geldes, gemessen am Index der Lebenshaltungskosten, stabil halten.

Die eingehendere Darstellung und Würdigung der Reformvorschläge Gesells stellt die Aufgabe der weiteren Abschnitte dieser Arbeit dar. Die hier gegebenen Hinweise sollten aber genügen, um das Prinzip der vorgebrachten Vorschläge klarzumachen.

23) H. T. N. Gaitskell, *Four Monetary Heretics*, in: *What Everybody Wants to Know about Money*, ed. G. D. H. Cole, London 1933.

24) Dieser Reformvorschlag diene auch als Illustration der im vorigen Abschnitt besprochenen widerspruchsvollen Stellung des Staates in der liberalen Wirtschaft.

25) Aus diesem Grunde wird er auch in dieser Arbeit nicht weiter behandelt.

Die Einführung der Indexwährung in Verbindung mit dem Freigeld wird also die periodischen Wirtschaftsschwankungen verunmöglichen. Damit ist der entscheidende Schritt zur Erreichung einer Wirtschaft ohne Krisen und ohne arbeitsloses Einkommen getan. Nach Durchführung der Freiland-Reform stände der Menschheit zur Verwirklichung der Ideale und Ziele der Manchesterlehre nichts mehr im Wege!

II. Die Grundlagen der freiwirtschaftlichen Geld- und Zins-Theorie

1. Die Auffassung der modernen Wirtschaft als „Geld-Tauschwirtschaft“

Entstehung und Funktionen des Geldes

Gesell geht bei der Betrachtung und Erklärung wirtschaftlicher Phänomene mit Vorliebe von einem Zustand der naturalen Tauschwirtschaft aus. Seiner Ansicht nach ist das Geld in jenem primitiven Zustand eingeführt worden, weil der Tauschhandel mit der ständigen Entwicklung der Arbeitsteilung nicht Schritt halten konnte und zu schwerfällig wurde: „Das Geld ist Voraussetzung der Arbeitsteilung, sobald der Umfang, den sie angenommen, den Tauschhandel ausschliesst“¹. Die Bedeutung des Geldes liegt also in der Ermöglichung der Arbeitsteilung, erst dank des Geldes kann eine entwickelte und leistungsfähige Volkswirtschaft entstehen². Das Geld hat die Funktion, die Produkte der arbeitsteiligen Wirtschaft, die Waren, gegeneinander auszutauschen, da der Naturaltausch diese Aufgabe nicht mehr erfüllen kann. Damit ist die Aufgabe des Geldes aufgezeigt: „Das Geld ist Tauschmittel, nichts anderes. Es soll den Austausch der Waren erleichtern, die Schwierigkeiten des Tauschhandels umgehen. Der Tauschhandel war unsicher, schwerfällig, kostspielig und versagte wohl auch oft; das Geld, das ihn ablösen soll, muss darum den Austausch der Ware sichern, beschleunigen, verbilligen. Das ist es, was wir vom Geld fordern. Der Grad der Sicherheit, Schnelligkeit und Billigkeit, womit die Waren ausgetauscht werden, bildet den Prüfstein für die Brauchbarkeit des Geldes“³. Mit diesem Satz wird schon auf das wichtigste Postulat

1) Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, S. 126.

2) Es scheint uns hier nicht notwendig, auf diese Auffassung der historischen Entstehung des Geldes näher einzutreten, da sie noch von einer grossen Zahl anderer Autoren vertreten wird und keinesfalls kennzeichnend für die Freigeldlehre ist. Typisch ist immerhin auch hier die streng rationale Antwort, die durchaus der weltanschaulichen Grundlage der Lehre adäquat ist. Vgl. z. B. A. Amonn, Das Problem der Entstehung des Geldes. Schweiz. Ztsch. f. Vw. u. St., 82. Jg., 1946, S. 22

3) A. a. O., S. 238.

der Freigeldlehre hingewiesen — die Einführung eines neuen, wirk-sameren Geldes an Stelle des alten, das die Ursache aller wirtschaft-lichen Übel darstellt.

Die Funktion des Geldes als Spar- oder Wertaufbewahrungs-mittel lehnt Gesell entschieden ab. Wenn ein Wertaufbewahrungs-mittel notwendig ist, so darf diese Funktion nicht vom Geld ausge-übt werden; zwei verschiedene, voneinander getrennte Funktionen bedürfen zweier verschiedener, voneinander getrennter Werkzeuge. Dass unser Geld Tausch- und Sparmittel ist, widerspricht der „natür-lichen“ wirtschaftlichen Logik und stellt demnach eine Anomalie dar.

Andere freiwirtschaftliche Ansichten

Schwarz zählt neben der Tauschmittelfunktion des Geldes auch jene des Wertennenners, des Zahlungsmittels und jene anti-ökonomische und die Funktion des Tauschmittels ausschliessende als Thesaurie-rungsmittel auf, jedoch ist auch für ihn das Geld in erster Linie „das erste und wichtigste aller Verkehrsmittel, ohne das die andern Verkehrsmittel überflüssig und zwecklos werden“⁴, da erst das Geld die Arbeitsteilung ermöglicht. Ganz ähnlich bezeichnet Chri-sten, zeitlich vor Schwarz und zusammen mit ihm der bedeutendste Theoretiker der schweizerischen Freigeldbewegung, als die bei wei-tem wichtigste Funktion unseres heutigen Geldes „die Vermittlung des Warenaustausches“⁵.

Begriffsbestimmung „orthodoxer“ Autoren

Von den meisten Autoren, die eine Begriffsbestimmung des Geldes geben, werden noch andere Funktionen des Geldes genannt; so kommt beispielsweise Wieser zum Schluss, dass „das Wesen des Geldes sich durchaus nicht in dem einen Dienste als allgemeines Tauschmittel erschöpft“⁶. Amonn dagegen ist der Ansicht, unter „Geld“ könne nichts anderes verstanden werden, als das „allge-mein gebräuchliche Tauschmittel, d. h. etwas, wogegen alle wirt-schaftlichen Güter regelmässig ausgetauscht und eingetauscht zu wer-den pflegen. Das ist das einzig *wesentliche* Merkmal des Geld-begriffes“⁷. Andere Funktionen des Geldes seien im übrigen zwar

4) Geld. Was heute jedermann vom Gelde wissen sollte, 2. Aufl., Bern 1949, S. 5/6.

5) Das Geldwesen ein dynamisches System. 2. Aufl. Bern/Leipzig/Wien 1932, S. 19.

6) Artikel „Theorie des Geldes“ im Hdw. d. St.wiss., 4. Aufl., S. 686.

durchaus wirtschaftlich relevant, jedoch lediglich von der Tauschmitteleigenschaft abgeleitet und von dieser abhängig, so beispielsweise die Funktion des Geldes als Wertmassstab.

Zu enge Fassung des Geldbegriffes

Statt der Meinung dieser zwei Autoren könnte jene irgendwelcher anderer angeführt werden. Fast alle diese verschiedenen Begriffsbestimmungen lassen sich letzten Endes einer der beiden eben angeführten angleichen. In neuerer Zeit wird nun allerdings von der Theorie besonderes Gewicht auf die sogenannte „Liquidität“ des Geldes gelegt, und der Sachverhalt, der hier gemeint ist, scheint gerade für die kapitalistische Geldwirtschaft von hervorragender Bedeutung zu sein. Er wird weiter unten noch ausführlicher zu besprechen sein⁸. — Von einem rein formalen Standpunkt aus kann der freiwirtschaftliche Geldbegriff nicht gerade als falsch bezeichnet werden, doch ist er zweifellos zu eng gefasst, womit gewisse wesentliche Elemente zwangsläufig unberücksichtigt gelassen werden⁹.

Selbstverständlich kommt es nicht so sehr auf die Definition an sich an, als vielmehr auf diese Definition als Werkzeug und Bestandteil einer Theorie. Die Geldtheorie sollte aber allen möglichen Funktionen des Geldes Beachtung schenken, wenn sie wirklich die Wirtschaft in ihren monetären Aspekten als Gesamtheit erfassen will. Werden gewisse dieser Aspekte ausser acht gelassen, so besteht die Gefahr, dass nicht die Gesamtheit der Wirtschaft von der theoretischen Betrachtung erfasst wird und daraus unrichtige Folgerungen gezogen werden.

So erklärt sich die Bestimmung des Geldbegriffes durch die Freigeldlehre daraus, dass für ihre Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Wirtschaft allein die Tauschmittelfunktion des Geldes von Bedeutung ist. Es kann im übrigen nicht behauptet werden, dass von der Freigeldlehre alle andern Funktionen des Geldes völlig ausser acht gelassen würden. Wenn beispielsweise Schwankungen in der Kaufkraft des Geldes als eines der grössten Übel der Wirtschaft dargestellt werden, so betont sie dabei neben den unmittelbaren schädlichen sozialen Auswirkungen in erster Linie die Beeinflussung der Tauschmittelfunktion des Geldes, weil nämlich durch diese

7) Volkswirtschaftliche Grundbegriffe und Grundprobleme. Jena 1938, Seite 109.

8) Vgl. unten Abschnitt 3: Die Bedeutung des Geldes im Wirtschaftsprozess.

9) Vgl. ebenda.

Schwankungen der Warenaustausch zwischen der untersten Stufe der Produktionssphäre und der Konsumsphäre empfindsam gestört und sich hieraus wiederum eine depressive Wirkung über die gesamte Wirtschaft ausdehnen würde. Dass sich diese Wirkung aber überhaupt ausbreiten und bemerkbar machen kann, ist nur dadurch möglich, dass das Geld die Funktion des „Wertrechnungsmittels“ (Amonn) versieht, dank welcher der Preis als Regulator der Produktion wirken kann.

Dieser Sachverhalt, dass nämlich die Produzenten sich an den in Geld gemessenen Preisen orientieren, ist in der freiwirtschaftlichen Darstellung dieses Phänomens nicht explicit, vielleicht nicht einmal bewusst enthalten. Tatsächlich scheint uns aber die Wertmesserfunktion des Geldes mit der Betonung dieser Auswirkungen von Kaufkraftschwankungen erfasst zu sein.

Das Geld soll keine selbständige Bedeutung haben

Wenn also von einem formalen Standpunkt aus gegen die Begriffsbestimmung des Geldes durch die Freigeldtheorie nicht viel einzuwenden ist, so ist dagegen viel eher die mit der zu engen Fassung des Geldbegriffes zusammenhängende freiwirtschaftliche Auffassung des Wesens einer entwickelten, Geld verwendenden Wirtschaft zu bemängeln. Wir haben bereits oben erwähnt, dass Gesell mit einer gewissen Vorliebe die Vorgänge in einer naturalen Tauschwirtschaft betrachtet und von hier aus Schlüsse für das Verhalten eines idealen Wirtschaftssystems zieht. Diese Vorliebe für das tauschwirtschaftliche System geht aber noch viel weiter: Wenn Gesell sagt, das Geld habe einzig und allein Tauschmittel zu sein, muss diese Aussage letztlich in dem Sinne verstanden werden, dass das Geld lediglich die Aufgabe hat, den Tauschhandel technisch zu verbessern und zu vervollkommen, ihn aber nicht in seinem Wesen zu verändern. Das ideale Wirtschaftssystem scheint für Gesell somit eine technisch einwandfreie, d. h. reibungslos funktionierende Tauschwirtschaft zu sein, und von diesem Gedanken aus gelangt er zu seiner Auffassung des Geldes als reinem Tauschmittel.

Nach Ansicht Gesells soll sich das Geld also gewissermassen „neutral“ verhalten, indem es von sich aus die Tauschakte zwar vermittelt, jedoch in keiner Weise beeinflusst. Diese Auffassung entspricht jener, von welcher Keynes in seinem Beitrag zur Festschrift für Spiethoff schreibt: „Der Unterschied, der normalerweise zwischen einer Tauschwirtschaft und einer Geldwirtschaft gemacht wird, hängt vom Gebrauch des Geldes als eines passenden Mittels zur Durch-

führung der Tauschakte ab — als eines sehr zweckmässigen Instrumentes, das jedoch vergänglich und in seiner Wirkung neutral ist. Es wird nicht angenommen, dass es die eigentliche Natur des Tausches beeinflusse, der nach der Meinung derer, die ihn durchführen, ein solcher von Gütern ist, oder dass es die Beweggründe und Entschlüsse der beteiligten Parteien verändere. Geld wird mit anderen Worten verwendet, aber so behandelt, als wäre es gewissermassen „neutral“¹⁰.

Wir leben jedoch in Wirklichkeit nicht in einer Welt, in deren Wirtschaft das Geld diese neutrale Rolle spielt und die Keynes — „mangels eines besseren Namens“ — „Real-Exchange-Economy“ nennt. In der Wirtschaft, die unsere Umwelt bildet, spielt das Geld eine selbständige Rolle und beeinflusst Beweggründe und Entschlüsse der wirtschaftlichen Menschen. Das Geld ist also „kurz gesagt ein mitbestimmender Faktor der Situation, so dass der Verlauf der Dinge ohne Kenntnis des Verhaltens des Geldes zwischen dem Anfangs- und dem Endzustand weder lang- noch kurzfristig vorausgesehen werden kann“¹¹.

Das Geld ist in der Wirklichkeit nicht neutral

Gesell nimmt nun aber nicht dieselbe Stellung ein wie die Autoren, von denen Keynes spricht. Diese verkennen nämlich den wesentlichen und eminent bedeutungsvollen Unterschied zwischen einer „Real-Exchange-Economy“, in welcher dem Geld keine selbständige Bedeutung zukommt, und einer „Monetary Economy“, einer Geldwirtschaft, wie sie heute in Wirklichkeit den Rahmen für das gesamte Wirtschaftsleben bildet. Für diese Autoren ist die Annahme einer „Real-Exchange-Economy“ eine Massnahme, welche die Erfassung und Erklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit mit dem Rüstzeug des Theoretikers wesentlich vereinfacht, es aber — ihrer Ansicht nach — trotzdem ermöglicht, Schlüsse zu ziehen, die auch für die wirtschaftliche Realität Geltung besitzen.

Der Schöpfer der „natürlichen Wirtschaftsordnung“ geht demgegenüber gerade von der Erkenntnis dieses Unterschiedes aus: Die reale Wirtschaft *sollte* eben seiner Ansicht nach eine derartige „Real-Exchange-Economy“ sein, eine technisch verfeinerte und vervollkommnete Tauschwirtschaft, in welcher das Geld einzig und allein die Tauschakte zu vermitteln hätte; sie *ist* es jedoch in Wirklichkeit

10) Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung. Festschrift für A. Spiethoff. München 1933, S. 123.

11) Ebenda.

nicht. Sie ist es deshalb nicht, weil die Natur des herkömmlichen Geldes ihm erlaubt, mehr zu sein als nur Tauschmittel. Im Tauschakte der naturalen Tauschwirtschaft wurde Ware gegen Ware, es wurden mit der Marxschen Bezeichnung „Äquivalente“ getauscht. Beim Tausch der Ware gegen Geld werden keine Äquivalente getauscht, da die Ware dem Gelde gegenüber nicht gleichwertig, sondern unterlegen ist.

Der Gedanke der „Überlegenheit des Geldes“

Dieser Gedanke der Überlegenheit des Geldes über die Waren ist von grundlegender Bedeutung für die freiwirtschaftliche Geld- und Zinstheorie und damit auch für die Gesamtlehre. Die ganze Reform des Geldwesens, welche mit der Einführung des Freigeldes verbunden ist, hat ja keinen anderen Zweck, als dem Gelde diese Überlegenheit zu entziehen und es auf die gleiche Stufe mit den Waren zu stellen. Diese Überlegenheit ist nach freiwirtschaftlicher Auffassung die Ursache aller Schäden und Übel des Wirtschaftssystems, vor allem ermöglicht erst sie das Bestehen des Zinses.

Diese Überlegenheit des Geldes über die Waren scheint nun ihrerseits nach der Darstellung Gesells eine Folge der stofflichen Dauerhaftigkeit des Geldes zu sein. Wie Sieber bemerkt, kann dies als „Aussage über einen rein *technischen* Tatbestand . . . natürlich nicht bestritten“ werden, aber die Annahme einer Überlegenheit des Geldes, und das heisst der „Möglichkeit oder Unmöglichkeit der beliebigen Zurückhaltung des Geldes vom Angebot“, hat „nur einen Sinn, wenn sich mit der Vorstellung der stofflichen Dauerhaftigkeit des Geldes zugleich auch die einer Dauerhaftigkeit des Wertes . . . assoziiert“¹².

Dies ist zweifellos richtig, und es leuchtet ohne weiteres ein, dass Geld nicht um seiner selbst willen zurückgehalten wird, sondern wegen des Wertes, d. h. der Kaufkraft, die es verkörpert. Sieber nimmt deshalb an, dass Gesell, „obschon er sich darüber nirgends mit der nötigen Klarheit äussert, mit der Vorstellung der stofflichen Dauerhaftigkeit des Geldes die einer Dauerhaftigkeit des Wertes verbindet und die Möglichkeit der Zurückhaltung des Geldes vom Angebot nicht einfach in völlig unzulässiger Weise mit seiner technischen Dauerhaftigkeit begründet“¹³. Er kommt daraufhin zum Schluss — im wesentlichen auf Grund der Überlegung, dass kein

12) A. a. O., S. 92.

13) Ebenda, S. 92/3.

kausaler Zusammenhang zwischen der technischen und der wertmässigen Dauerhaftigkeit des Geldes besteht —, „die ganze Lehre von der Überlegenheit des Geldangebotes über das Warenangebot zufolge stofflicher oder wertmässiger Eigenschaften des Geldes und der Waren“¹⁴ sei im allgemeinen abzulehnen, der behauptete Tatbestand sei jedoch während des Konjunkturverlaufes in der Periode des Preiszerfalls gültig, woraus entsprechend folgt, dass während eines Steigens der Preise genau der gegenteilige Tatbestand, nämlich eine Überlegenheit der Waren über das Geld, Geltung besitzt.

Der Kern dieses Gedankens

Soweit Sieber hier vom genauen Wortlaut der Gesellschen Ausführungen ausgeht, können seine Schlussfolgerungen als solche voll akzeptiert werden. In dieser Auffassung Gesells von der Überlegenheit des Geldes über die Ware scheint uns aber eine tiefere und richtige Erkenntnis zu liegen, die leider durch die gewollt populäre und damit zeitweise unklare Darstellung nicht recht zur Geltung kommen kann und die vor allem auch Gesell selbst wohl nicht vollständig bewusst geworden ist. Es darf in diesem Zusammenhang wiederholt werden, was Dillard¹⁵ besonders hervorhebt, dass die Theorie der „natürlichen Wirtschaftsordnung“ das nachträglich erstellte theoretische Fundament und die Begründung der wirtschaftspolitischen Postulate Gesells darstellt, welche ihrerseits zum grossen Teil auf Beobachtungen des Wirtschaftslebens und auf mehr oder weniger intuitiven Erkenntnissen beruhen, wie beispielsweise eben jener, die in diesem Punkte von Bedeutung ist, dass nämlich das Geld in einem entwickelten Wirtschaftssystem kapitalistischer Prägung eine zentrale und „irgendwie“ äusserst einflussreiche Rolle spielt, die im wesentlichen eben dadurch möglich ist, dass es den Waren überlegen ist. Auf Grund dieser zunächst unklaren Erkenntnis postulierte Gesell einen periodischen Wertschwund für das Geld, dank welchem diesem seine überlegene Stellung entrissen würde. Eigentlich sollte die „Natürliche Wirtschaftsordnung“, als theoretische Begründung der Reformvorschläge, die Ursachen und Gründe dieser Überlegenheit des Geldes klarlegen. Und Sieber hat insofern recht, als Gesell diese Erklärung nicht in befriedigender Weise gelungen und er also nicht sehr weit über das Stadium der Intuition hinausgekommen ist. Er hat sozusagen, indem er seiner Eingebung folgte, nach

14) Ebenda, S. 96.

15) A. a. O.

den Worten Keynes „vorgezogen, lieber die Wahrheit unklar und unvollständig zu sehen, als Irrtum aufrechtzuerhalten . . .“¹⁶.

Seine Darstellung durch Keynes

Der Gedanke, den Gesell intuitiv und unklar erfasst zu haben scheint, ist nun aber von Keynes ausgearbeitet worden, der so grosses Gewicht auf das Phänomen der Liquidität legt und es auch entsprechend in eingehender Weise untersucht. Erst auf diese Weise wird erklärt, welche objektive Faktoren die Wirtschaftssubjekte veranlassen, einen mehr oder weniger grossen Teil ihres Vermögens in der Form von Geld zu halten, das heisst sich für das Horten zu entschliessen, wenn sie einmal vor die Entscheidung gestellt werden, in welcher Form sie dieses Vermögen „anlegen“ sollen. Offenbar nimmt das Geld gegenüber den Waren, oder allgemeiner gesprochen: innerhalb der verschiedenen Arten von Vermögensbeständen eine besondere Stellung ein, die im folgenden der Darstellung von Keynes gemäss dargelegt werden soll:

„Es gibt drei Eigenschaften, die verschiedene Arten von Vermögensbeständen in verschiedenen Graden besitzen, nämlich:

1. Einige Vermögensbestände erzeugen ein Erträgnis oder eine Produktion q , ...indem sie irgendein Erzeugungsverfahren unterstützen oder einem Verbraucher Dienste leisten.
2. Die meisten Vermögensbestände, mit Ausnahme von Geld, erleiden einen Schwund oder bedingen Kosten lediglich durch Zeitverlauf ...; das heisst, sie bedingen Durchhaltekosten c ...
3. Endlich mag die Verfügungsmacht über einen Vermögensbestand während eines Zeitabschnittes eine potentielle Annehmlichkeit oder Sicherheit bieten. Es gibt hiefür sozusagen kein greifbares Ergebnis am Ende des Zeitabschnittes in der Form von Produktion, und doch ist es etwas, für das die Leute bereit sind, etwas zu bezahlen. Wir werden den Betrag, den sie bereit sind, für die durch diese Verfügungsmacht gegebene potentielle Annehmlichkeit oder Sicherheit zu bezahlen ..., die Liquiditätsprämie l nennen.

Daraus folgt, dass der gesamte Ertrag, der vom Besitz eines Vermögensbestandes während eines Zeitabschnittes erwartet wird, gleich seinem Erträgnis minus seinen Durchhaltekosten plus seiner Liquiditätsprämie ist, das heisst gleich $q-c+l$. Das heisst $q-c+l$ ist der Eigenzinsfuss irgendeiner Ware“¹⁷.

16) Allgemeine Theorie. A. a. O., S. 313.

17) Ebenda, S. 188 ff.

Gesell betrachtet streng genommen von diesen drei Faktoren nur den zweiten, nämlich die Durchhaltekosten c und erkennt, dass diese bei den „Waren“ immer, wenn auch verschieden stark ins Gewicht fallen, während sie beim Geld praktisch nicht vorhanden sind. Für eine vollständige und konsequente Erfassung des Phänomens müssen jedoch alle drei Faktoren, und zwar besonders in ihrem grössmässigen Verhältnis untereinander untersucht werden. Die Berücksichtigung aller drei Faktoren führt dann zum Schluss, es sei „eine Eigenart des Geldes, dass sein Erträgnis *Null* ist und seine Durchhaltekosten unbeachtlich, aber seine Liquiditätsprämie beträchtlich...“ und dass damit „ein wesentlicher Unterschied zwischen Geld und allen (oder den meisten) anderen Vermögensbeständen“ darin besteht, dass im Falle des Geldes seine Liquiditätsprämie seine Durchhaltekosten stark übersteigt, während im Falle der anderen Vermögensbestände die Durchhaltekosten stark ihre Liquiditätsprämie übersteigen“¹⁸.

Schlussfolgerung

Diese starke Liquiditätsprämie ist es also, die dem Gelde seine „Überlegenheit über die Waren“ verleiht und der nicht nur in der Zinstheorie von Keynes, sondern auch in jener Gesells, wenn vielleicht auch nicht in derselben ausgeprägten Art und Weise eine grundlegende Bedeutung zukommt, welche denn auch in diesem Zusammenhange zu besprechen sein wird. Wenn wir die besondere Stellung des Geldes gegenüber anderen Vermögensbeständen in dieser Art, wie es Keynes tut¹⁹, in Erwägung ziehen und diese Betrachtungsweise auch für die Position Gesells gelten lassen, so muss dessen Behauptung von der Überlegenheit des Geldes doch anerkannt und darf nicht von vorneherein als in der Wirklichkeit nicht existierend abgelehnt werden.

Geld als Ware

Obwohl also im System Gesells das herkömmliche Geld den Waren eindeutig gegenübersteht, findet sich an einer Stelle seines Werkes doch die Bezeichnung des Geldes als Ware, d. h. als Erzeugnis der arbeitsteiligen Wirtschaft, das nur als Tauschmittel

18) Ebenda, S. 189/90.

19) Der Vollständigkeit halber sei hier noch erwähnt, dass Keynes in seiner Darstellung, die an dieser Stelle nur sehr summarisch wiedergegeben

nützlich, als Gebrauchsgegenstand jedoch wertlos ist²⁰, ganz entsprechend der Marx'schen Darstellung: „Alle Waren sind Nicht-Gebrauchswerte für ihre Besitzer, Gebrauchswerte für ihre Nichtbesitzer. Sie müssen also allseitig die Hände wechseln“²¹. Gesell nennt das Geld sogar die Ware der Waren, die Ware par excellence. Während aber bei Marx die Ableitung der Geldform aus der allgemeinen Wertform in den Rahmen seiner Werttheorie logisch richtig und überzeugend eingebaut ist, hat bei Gesell die ganze Konstruktion, mit deren Hilfe der Warencharakter des Geldes bewiesen werden soll, wie Sieber²² zeigt, nur den einen Zweck, entgegen der Meinung der Metallisten, jedoch gerade von ihrem zentralen Beweispunkt aus — „Ware kann nur mit Ware getauscht werden, da niemand einen nützlichen Gegenstand gegen einen unnützen hergeben wird“ — die Möglichkeit des Papiergeldes zu beweisen. Denn Gesell ist naturgemäss ein Gegner des stoffwerthaltigen Geldes im herkömmlichen Sinn, besonders des Goldgeldes, das zwar als „Waren-geld“ bezeichnet wird, tatsächlich aber nicht Ware darstellt, weil es ja im Laufe der Zeit nichts an Wert einbüsst und deshalb kein Äquivalent der Ware darstellt!

Proudhon und Gesell

Die „Real Exchange Economy“ von Keynes stellt also für Gesell die ideale Wirtschaftsform dar, deren praktische Verwirklichung jedoch durch das herkömmliche Geld verunmöglicht wird. Es ist deshalb eine Geldform notwendig, die lediglich Tauschmittel und den Waren tatsächlich „äquivalent“ ist: „Warum muss das Geld besser sein als die Waren, denen es als Tauschmittel *dienen* soll“²³? Ganz ähnlich hatte schon Proudhon, welcher der eigentliche Vorläufer Gesells ist und diesen auch in gewisser Hinsicht beeinflusst hat, die Eigenschaften des Geldes für alle Übel der Wirtschaft, die er samt und sonders als ungelöste Zirkulationsprobleme auffasste, verantwortlich gemacht. Er selbst schuf zur Überwindung dieser Schwie-

ist, auch den Einfluss der erwarteten „Änderungen in den verhältnismässigen Werten“ auf die erwarteten Erträge aus Vermögenswerten und damit das von Sieber angedeutete Problem der Wertveränderungen berücksichtigt. (Allgemeine Theorie, S. 190.)

20) A. a. O., S. 148.

21) K. Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie. 2. Aufl., Berlin 1922, Bd. I, S. 97.

22) A. a. O., S. 9/10.

23) Gesell, a. a. O., S. 9.

rigkeiten und damit zur Errichtung einer wirksameren und sozial gerechteren Wirtschaftsordnung seine Tauschbank. Der Kern seines Planes bestand darin, jegliches Produkt der menschlichen Arbeit unmittelbar zu barem Gelde zu machen: der Produzent lieferte sein Erzeugnis in die Tauschbank ein und erhielt dafür einen Tauschgutschein, der auf den Preis bzw. den Wert des Produktes lautete. (Für Proudhon waren nämlich Preis und Wert eines Produktes identisch.) Mit diesem Tauschgutschein konnte er bei der Tauschbank Güter nach seinem Wunsche einhandeln. Dank diesem System war nach der Ansicht von Proudhon jede Möglichkeit eines Mangels an effektiver Nachfrage ausgeschlossen!

Dieses Projekt Proudhons schlug bekanntlich fehl, aber Gesell glaubte den Fehler, den Proudhon begangen hatte, mit seinem eigenen Plan umgehen und dasselbe Ziel mit seinem Schwundgeld erreichen zu können: Während Proudhon die Arbeitsprodukte, d. h. die Waren auf die Stufe des überlegenen Geldes emporheben wollte, will Gesell das Geld von seiner hohen Stufe auf jene unterlegene der Waren hinabdrücken. Beide Massnahmen haben dasselbe Ziel, nämlich Geld und Ware einander gleichzustellen, einander tatsächlich äquivalent zu machen! „Also weg mit den Vorrechten des Geldes! Das Geld soll als Ware für niemand, auch für den Sparer, Spekulant und Kapitalisten nicht, besser sein als der Inhalt der Märkte, Läden, Eisenbahnschuppen. Das Geld soll also, wenn es den Waren gegenüber keine Vorrechte haben soll, wie die Waren verrosten, verschimmeln, verfaulen; es soll zerfressen werden, erkranken, davonlaufen... Dann erst werden wir sagen können, Geld und Ware ständen auf gleicher Rangstufe und wären vollkommen gleichwertige Dinge — so wie es Proudhon haben wollte“²⁴.

Auf diese Weise soll eine „monetäre Tauschwirtschaft“ errichtet werden, in der zwar Geld verwendet wird, jedoch nur als Tauschmittel und ohne dass ihm eine selbständige Bedeutung im Wirtschaftsablauf zufile. Die technisch vervollkommnete, jedoch im Wesen unveränderte Tauschwirtschaft, die Gesell als Ideal vorschwebt, wird damit Realität!

24) Ebenda, S. 9/10.

2. Der Gedanke der „Neutralität des Geldes“

Begriffsbestimmung

Es ist notwendig, die eben gemachte Aussage, Gesell habe das Bestehen eines nicht-neutralen Geldes in der wirtschaftlichen Realität erkannt, und er gehe bei seiner Kritik des Geldwesens von diesem Tatbestand aus, etwas näher auszuführen. Gesell spricht nie ausdrücklich von einer „Neutralität“ bzw. „Nicht-Neutralität“ des Geldes, und weder bei ihm selbst noch bei einem seiner Adepten ist der Ausdruck irgendwo niedergelegt. Es ist immer nur die Rede von der „Überlegenheit des Geldes über die Waren“, durch die eine reibungslose Abwicklung der Tauschgeschäfte erschwert oder verunmöglicht und damit der gesamte Wirtschaftsprozess an seiner entscheidenden Stelle gestört und jegliche wirtschaftliche Tätigkeit verhindert werden kann. — Es erscheint uns trotzdem berechtigt, zu sagen, der mit dieser Bezeichnung umschriebene Sachverhalt sei von Gesell erkannt worden und habe in einer besonderen Art und Weise einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung seines Systems ausgeübt.

Um diese Behauptung zu begründen, wird es zweckmässig sein, im folgenden näher auf die „orthodoxe“ Auffassung des Begriffes der „Neutralität des Geldes“ einzugehen. Wir können dabei von der Begriffsbestimmung ausgehen, die sich in der grundlegenden Arbeit von Koopmans²⁵ findet: „Neutral ist . . . das Geld dann, und zwar nur dann, wenn sämtliche Vorgänge in der Geldwirtschaft dem Idealtypus einer reinen Tauschwirtschaft nach den Gesetzen der Gleichgewichtstheorien entsprechen“²⁶. Dabei sind unter „Gleichgewichtstheorien“ alle jene Theorien zu verstehen, „die in irgendeiner Weise den Gedanken an einen — wenn auch nur hypothetischen und in der Wirklichkeit niemals vollständig zu erreichenden — wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen stellen“, und welche überdies alle „wenigstens zunächst von einem idealtypisch vereinfachten Wirtschaftssystem ausgehen“, zu dessen wichtigsten Merkmalen u. a. und zumal „direkter Tausch ohne Vermittlung irgendeines Tauschmittels“ gehört²⁷. Dank des Bestehens eines „neutralen Geldes“ soll sich der Wirtschaftsablauf definitions-gemäss diesem eben skizzierten hypothetischen Zustande annähern.

25) J. G. Koopmans, Zum Problem des „neutralen Geldes“, in: Beiträge zur Geldtheorie, hgg. von F. A. Hayek. Wien 1933, S. 211 ff.

26) Ebenda, S. 228.

27) Ebenda, S. 229.

„Neutralität des Geldes“ und Laissez-faire

Nach der Auffassung von Koopmans hat nun die „Begriffsbestimmung des neutralen Geldes . . . einen unverkennbaren wirtschaftspolitischen, d. h. also *normativen* Einschlag . . .“²⁸, und die Neutralität des Geldes lässt sich „überhaupt nur bei grundsätzlicher Anerkennung des sogenannten Laissez-faire als des Hauptprinzips der Wirtschaftspolitik vernünftigerweise begründen . . .“²⁹. Tatsächlich gehört für die klassische Schule der Nationalökonomie, von der ja die Laissez-faire-Anhänger ausgehen und auf deren theoretischem Lehrgebäude ihre wirtschaftspolitischen Forderungen beruhen, das „neutrale Geld“ zweifellos zu jenen Annahmen, von denen Wagner sagt, dass sie „teilweise ausdrücklich genannt, z. T. aber stillschweigend vorausgesetzt werden und die auf jeden Fall bewusst oder unbewusst dem theoretischen Bild der reinen Konkurrenzwirtschaft zugrunde liegen“³⁰. (Es wird jedoch — genau wie bei Gesell — der Ausdruck an sich dabei nie verwendet. Nach Koopmans³¹ wurde nämlich das Wort „neutral“ in diesem Zusammenhange erstmals 1898 von Wicksell verwendet.) Auf dieser Voraussetzung der Neutralität beruht doch beispielsweise die Annahme, dass das Geld lediglich den Austausch der Güter und Dienstleistungen in der Volkswirtschaft vermittelt, nicht aber von sich aus den Preisbildungs- und Produktionsprozess beeinflusst. Dasselbe lässt sich vom Sayschen Gesetz der Absatzwege sagen, das letzten Endes ganz einfach eine besondere Art und Weise, das Phänomen der „Neutralität des Geldes“ auszudrücken, darstellt.

Die Klassik sprach deshalb so oft vom „Geldschleier“, „den man entfernen müsse, um die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zu erfassen . . .“, weil sie damit ausdrücken wollte, „dass sie die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge unter der Annahme erfassen wollte, dass das Geld lediglich ein Austauschmittel, ein Hilfsmittel am Markt sei, d. h. sie wollte die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge unter der Voraussetzung einer Neutralität des Geldes darstellen“³². Am klarsten und eindrucklichsten kommt diese klassische Auffassung von der Bedeutung des Geldes für den Wirtschaftsprozess in jenem berühmten und vielzitierten Satz von J. St. Mill zum Ausdruck:

28) Ebenda, S. 230.

29) Ebenda, S. 231.

30) V. F. Wagner, Die Stellung der Landwirtschaft im Konkurrenzsystem. Schweiz. Ztsch. f. Vw. u. St., 82. Jg., 1946, S. 502.

31) A. a. O., S. 228, Anm. 1.

32) E. Carell, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München 1951, S. 374.

„... es kann, wenn man der Sache auf den Grund geht, in der Wirtschaft der Gesellschaft nichts Bedeutungsloseres geben als Geld ...“³³

Freiwirtschaft und Laissez-faire

Gesell ist — wie ausführlich dargelegt wurde — mit den Idealen des Laissez-faire völlig einverstanden und sein Hauptziel ist es gerade, dieses zu verwirklichen. Er wendet sich aber entschieden gegen die Auffassung, welche die reale Wirtschaft für eine „monetäre Tauschwirtschaft“ (eine „Real Exchange Economy“ im Sinne von Keynes) hält, in welcher also dem Geld keinerlei selbständige Bedeutung zukäme.

Die Laissez-faire-Anhänger haben ja selbst auch versucht, ihre Ideale in die Wirklichkeit umzusetzen. Nach der Ansicht Gesells konnte ihnen das jedoch neben anderen Gründen deshalb nicht gelingen, weil das Wesen des damals und heute noch verwendeten Geldes jeden solchen Versuch verunmöglichte. Dieses Geld verhält sich eben nicht passiv, womit eine wichtige Voraussetzung des klassischen Lehrgebäudes nicht erfüllt und dieses selbst deshalb in der Realität von vornherein nicht durchführbar ist. Gesell will mit seinem Schwundgeld die moderne Wirtschaft auf die Stufe der Tauschwirtschaft zurückbringen, von der auch die Klassiker in ihrer Theorie ausgehen, indem er dem Gelde seine Überlegenheit gegenüber den Waren nimmt und so die Voraussetzung für das Funktionieren eines tauschwirtschaftlichen Systems schafft.

Schlussfolgerung

Aus diesen Überlegungen scheint uns hervorzugehen, dass Gesell im Gegensatz zu den Aposteln des Laissez-faire und in Übereinstimmung mit den Verfechtern einer „Politik des neutralen Geldes“ erkannt hat, dass das Geld nicht-neutral ist und entgegen den Annahmen der klassischen Theorie den Wirtschaftsablauf von sich aus zu beeinflussen vermag, weil es „den Waren überlegen“ ist. Dagegen fordert Gesell ein Geld, das in keiner Weise demjenigen entspricht, das im allgemeinen die Theorie im Auge hat, wenn sie von einem „neutralen Gold“ spricht. Bevor wir aber auf diesen Unterschied zu sprechen kommen, sind noch einige Bemerkungen zu einem für

³³) Grundsätze der politischen Ökonomie, 3. Buch, 7. Kap., § 3
Deutsche Übersetzung nach der 7. engl. Aufl., Jena 1921, Bd. II, S. 8.

Getell und die gesamte Preiswirtschaftslehre charakteristischen und in diesem Zusammenhange nicht ganz irrelevanten Verhalten zu machen.

Schlussfolgerung aus der Erkenntnis der Nichtneutralität des Geldes

a) Keynes

Wenn auch Getell und Keynes beide in gleicher Weise festgestellt haben, dass das Geld in der modernen realen Wirtschaft nicht „neutral“ ist, sondern dass es eine selbständige Rolle spielt und den Gang der Wirtschaft beeinflusst, so scheinen mir die verschiedenen Schlussfolgerungen, welche jeder der beiden Autoren aus dieser selben Erkenntnis zieht, doch sehr interessant und aufschlussreich zu sein. Im übrigen wird unsere oben gemachte Aussage über die Einstellung Getells und der Preiswirtschaftler der ökonomischen Theorie gegenüber in diesem einzelnen Punkte bestätigt.

Keynes — wir beziehen uns hier auf den kurzen Beitrag zur *Spencer-Hochschule* — als zwar nicht traditioneller, wohl aber „zufrüher“ und theoretischer Wirtschaftswissenschaftler, der im übrigen zu jener Zeit (1932/33) von den Gesellschaftlichen Reformvorlägen noch keine Kenntnis hatte, stellt die Tatsache der Nicht-Neutralität des Geldes in der Wirtschaft nicht nur fest, sondern er akzeptiert sie auch. Sein Ziel ist es, die moderne Wirtschaft als „monetary economy“ in seinem Sinne zu erklären und zu verstehen, er will bei seiner Erklärung nicht vom Gelde als „einem mitbestimmenden Faktor der Situation“ abstrahieren, sondern dessen selbständige Rolle durchaus mitberücksichtigen. Für Keynes ist das Geld nicht nur Tauschmittel sondern es hat noch andere Funktionen, welche es nicht zu erfüllen vermöchte, wenn es auf die Rangstufe der Waren herabgedrückt würde.

b) Getell

Getell dagegen — als „monetärer Ketzer“ (monetary crank) und Sozialreformer — will das an sich nicht-neutrale Geld zwingen, sich „neutral“ zu verhalten, indem er ihm eben seine Vorteile gegenüber den Waren nimmt, er setzt dieses auf den gleichen Rang stellt und es damit völlig in seinem Wesen verändert. Dadurch würde der Wirtschaftslauf sich in der Wirklichkeit so vollziehen, wie er sich die Klänker in ihrem idealtypischen Modell vorgestellt hatten.

Freigeld und „orthodoxes“ neutrales Geld

Das Freigeld, das dieses Ziel verwirklichen soll, unterscheidet sich — wie bereits angedeutet wurde — sehr wesentlich von dem „neutralen Geld“, das im allgemeinen von Laissez-faire- und andern Geldtheoretikern verfochten wird. Es soll nämlich infolge des ihm anhaftenden Schwundes der Absicht nach *an sich* neutral sein. Dies ist bei dem neutralen Geld, von welchem in der wissenschaftlichen Literatur sonst normalerweise die Rede ist, keineswegs der Fall. Genau genommen sollte nämlich hier jeweils von einer „Politik des neutralen Geldes“ die Rede sein, wodurch der betreffende Sachverhalt viel deutlicher würde. Die Befürworter einer solchen Politik sind nämlich, wie weiter oben dargestellt, gar nicht derselben Ansicht wie die Klassik. Diese nahm an, und dies ist zum Teil ein Grundzug und eine Folge ihrer anti-merkantilistischen Position, dass das Geld von sich aus „neutral“ sei, weil es ihr klar schien, „dass das bloße Einführen einer besonderen Art, Güter gegeneinander auszutauschen, dadurch dass zuerst ein Gut gegen Geld und dann das Geld gegen etwas anderes ausgetauscht wird, keinen Unterschied in dem Wesen der Vorgänge ausmacht“³⁴. Die Verfechter jener Politik dagegen anerkennen ohne weiteres, dass das Geld seiner Natur nach nicht-neutral ist und dass die Aufgabe darin besteht, durch geeignete geldpolitische Manipulationen ein *neutrales Verhalten* des Geldes im Wirtschaftsprozess zu gewährleisten. Sie sind also der Ansicht, dass die störenden Auswirkungen des nicht-neutralen Geldes auf den Wirtschaftsprozess durch eine geeignete Geld- und Kreditpolitik verhindert oder doch schlimmstenfalls deren Folgen ausgeglichen und damit die Bedingungen eines Wirtschaftsablaufes im Sinne des Laissez-faire-Prinzips gewährleistet werden sollten. Damit haben wir aber den Fall einer manipulierten Währung vor uns, die sich als Ziel ihrer Geldpolitik die Neutralität des Geldes gewählt hat³⁵.

Diese Tatsache darf jedoch nicht als mit einer Wirtschaftspolitik des Laissez-faire unvereinbar und ihr vielleicht sogar entgegenlaufend angesehen werden. Es geht hier lediglich um den Rahmen, um die Bedingungen des Wirtschaftsablaufes. So sagt Koopmans, es müsse sich bei allen solchen Eingriffen um geldpolitische Massnahmen handeln, „denen nur bei oberflächlicher Betrachtung ein interventionistischer Zug anzuhaften scheint, deren eigentlicher Zweck jedoch keineswegs darin besteht, den idealtypischen „natürlichen“ Wirtschaftsablauf abzulenken bzw. zu korrigieren, sondern

34) J. St. Mill, a. a. O., S. 7/8.

35) Vgl. George N. Halm, Geld, Aussenhandel und Beschäftigung. München 1951, S. 101 ff.

vielmehr nur darin, die Bedingungen zu schaffen, unter denen dieser idealtypische Wirtschaftsablauf sich störungslos verwirklichen kann³⁶.

Politik des neutralen Geldes

Es handelt sich also gewissermassen um Massnahmen und Kontrollen zur Neutralhaltung des seiner Natur nach nicht-neutralen Geldes. „Die Vertreter des neutralen Geldes glauben, dass die gefährlichsten Störungen in der modernen Wirtschaft ihre Ursache in monetären Veränderungen haben. Wenn das Geld nicht Elemente der Verzerrung und Störung mit sich brächte, hätten wir keine Konjunkturschwankungen, sondern nur verhältnismässig glatte Anpassungen an technische und sonstige Veränderungen“³⁷. Die charakteristischen Erscheinungsformen des nicht-neutralen Geldes sind dabei die Inflation und die Deflation, und der „Nullpunkt“ zwischen diesen beiden Zuständen stellt die Situation der Neutralität des Geldes dar³⁸.

Eine neutrale Geldpolitik würde folgerichtig zu einer vollständigen Stabilhaltung der gesamten Geldmenge führen. Dies ist auch die Ansicht von Halm, der für diese Forderung allerdings zwei Einschränkungen macht³⁹: Veränderungen in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes müssen durch entsprechende Änderungen der Gesamtgeldmenge ausgeglichen werden und „fundamentalen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur“ muss die Geldmenge in gleicher Weise angepasst werden. Die Anhänger des neutralen Geldes haben sich mit der Wahl der Stabilhaltung der Geldmenge als monetärer Politik für die eine von zwei Möglichkeiten entschieden, die sich nach allgemeiner Auffassung in der Regel gegenseitig ausschliessen: eine vollständig stabile Geldmenge wird nämlich die Struktur der *relativen* Preise unverändert belassen und damit das Geld *als Tauschmittel* „neutralisieren“. Demgegenüber würde eine Politik, die sich die Stabilhaltung des allgemeinen Preisniveaus zum Ziele setzt, die *allgemeine* Preisstruktur stabilisieren und das Geld als Rechnungseinheit „neutral“ halten.

Abgesehen von Situationen mit besonders günstigen Bedingungen stellen diese beiden Ziele der Geldpolitik Alternativen dar. Den Freigeldanhängern ist diese Tatsache jedoch nicht bewusst, für sie stellt sich die Frage in dieser Form überhaupt nicht, da sie ja nicht

36) A. a. O., S. 238. Vgl. auch V. F. Wagner, Geschichte der Kredittheorien. Eine dogmenhistorische Darstellung. Wien 1937, S. 25 Anm.

37) Halm, a. a. O., S. 105.

38) Koopmans, a. a. O., S. 245/6.

39) A. a. O., S. 106.

eine „Politik“ des neutralen Geldes postulieren, sondern mit dem Schwundgeld jeglichen selbständigen Einfluss des Geldes auf den Wirtschaftsablauf und damit die Hauptursache der wirtschaftlichen Störungen glauben beseitigen zu können. In diesem letzten Sinne allein kann eigentlich vom Freigeld als neutralem Geld gesprochen werden, indem es eben in seiner Wirkung der oben zitierten Definition von Koopmans entspricht oder zumindest der Absicht nach entsprechen soll. Unter der Herrschaft des Freigeldes und der Festwährung werden lediglich von Zeit zu Zeit Massnahmen der zentralen Geldausgabestelle zur Aufrechterhaltung eines konstanten Geldwertes notwendig werden.

Dies wird jedoch nach freiwirtschaftlicher Auffassung eine leichte Sache sein, indem jene zentrale Stelle sich nur am Index der Lebenshaltungskosten oder einem andern entsprechenden Massstab zu orientieren haben wird, um das allgemeine Preisniveau durch Ausweitung oder Einengung der umlaufenden Geldmenge stabil zu halten.

Jedenfalls wird nach dieser Auffassung nach Einführung des Schwundgeldes eine sehr beschränkte Kontrolle der Geldmenge genügen, im übrigen wird sich der Wirtschaftsablauf automatisch nach „natürlichen Gesetzen“ vollziehen. Diese Betrachtungsweise entspricht jener der Befürworter einer Politik des neutralen Geldes und steht im Gegensatz zu jener, die in neuerer Zeit immer häufiger angewendet wird. Mit der Bereitschaft, gewisse Grundsätze und Einrichtungen der freien Verkehrswirtschaft zugunsten der Gewährleistung einer störungsfreien konjunkturellen Entwicklung und eines möglichst hohen Beschäftigungsgrades aufzugeben, kommt auch dem der Neutralität des Geldes gerade entgegengesetzten Ziel der Geld- und Kreditpolitik immer grössere Bedeutung zu: „Denn nicht das neutrale Geld wird eine konjunkturstabilisierende Aufgabe erfüllen, sondern gerade das nichtneutrale Geld. Oder anders ausgedrückt, die Aufgabe der Geldpolitik besteht nicht in einer Neutralisierung, sondern vielmehr in einer Aktivierung des Geldes zum Zwecke der Stabilisierung der ökonomischen Bewegungsvorgänge“⁴⁰.

Zusammenfassung

Die freiwirtschaftliche Ansicht von der Neutralität des Geldes, wie sie gerade dargestellt worden ist, kann zweifellos als einzigartig gelten. Sie entsteht zwar aus einer Auffassung von der Rolle des

40) H. Sauer mann, Zum Problem des neutralen Geldes. Beiträge zur Geld- und Finanztheorie. Wilhelm Gerloff zum 70. Geburtstag. Tübingen 1951, S. 105.

Geldes im Wirtschaftsprozess, die nicht nur Gesell und seinen Nachfolgern eigentümlich ist; bezeichnend für diese Auffassung scheint mir das Ausgehen von einem natural-tauschwirtschaftlichen Zustand der Wirtschaft zu sein, welcher als — allerdings technisch unvollkommen ausgebildetes — Ideal betrachtet wird. Einzigartig aber erscheint mir Gesells Ansicht, das mit dem periodischen Schwund behaftete Geld werde sich von sich aus in einer Art und Weise verhalten, wie dies sonst nur dank ständigen Massnahmen der Geld- und Kreditpolitik als möglich angenommen wird. — Eine Reform im Sinne des Freigeldes würde das Wesen des herkömmlichen Geldes in grundlegender Hinsicht beeinflussen und verändern. Über diese Seite des ganzen Problems sind im folgenden Abschnitt noch einige Bemerkungen zu machen.

3. Die Bedeutung des Geldes im Wirtschaftsprozess

Beschränkung auf den Grundgedanken

In diesem Abschnitt sollen die Grundlagen und Grundanschauungen der freiwirtschaftlichen Geldlehre, wie sie eben dargelegt worden sind, einer kurzen kritischen Betrachtung unterzogen werden. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende Kritik des Schwundgeld-Gedankens an sich, sondern lediglich um eine Würdigung der Ideen, die jenen zugrunde liegen. Die Auswirkungen auf den Wirtschaftsablauf, die sich Gesell und die Freiwirtschaftler von einer Einführung des Freigeldes versprechen, können erst dann untersucht werden, wenn auch die Zinstheorie Gesells betrachtet worden ist. All dies hat in einem späteren Abschnitt zu geschehen. Freilich wird die Stellung, die wir jetzt den Grundlagen gegenüber einnehmen, von Bedeutung sein für die später erfolgende Untersuchung und Kritik des Gedankens einer Geldreform im Sinne des Freigeldes und der Indexwährung. Die Postulate der Freiwirtschaftslehre beruhen naturgemäss und in einer Art und Weise, die früher schon dargelegt worden ist, auf einer ganz bestimmten Anschauung des Wesens und der Funktionen des Geldes, und zu einem wirklichen Verständnis dieser Postulate scheint es mir deshalb wichtig, sich ihres Ausgangspunktes bewusst zu sein.

Der Gegensatz Tauschwirtschaft - Geldwirtschaft: das „time-lag“

Für Gesell steht die Idee der naturalen Tauschwirtschaft — wie bereits mehrfach ausgeführt — deshalb an zentraler Stelle, weil er

eine geldverwendende Wirtschaft, die nicht anders als eine technisch wesentlich verbesserte Tauschwirtschaft funktioniert, als Ideal jeder möglichen Wirtschaftsform betrachtet. Und diese Auffassung wiederum beruht auf der Annahme, dass in einer solchen Tauschwirtschaft, die immer eine idealtypische sein wird, auch wenn Gesell sich dieser Tatsache nicht bewusst ist, die Tauschvorgänge sich reibungslos vollziehen, weil jegliches Horten — und daraus folgend jegliches entsprechende Enthorten — verunmöglicht ist, da jedes Horten in Waren — und etwas anderes ist in einer naturalen Tauschwirtschaft nicht möglich — mit mehr oder minder empfindlichen Verlusten verbunden sein muss. Die Fälle von Waren, die im Laufe der Zeit keine Werteinbusse erleiden, sondern vielmehr an Wert sogar zunehmen, sind an Zahl und Bedeutung verhältnismässig gering⁴¹.

Ganz anders verhält es sich in der Geldwirtschaft: das Geld kann gehortet und später entsprechend enthortet werden, was nichts anderes heisst, als dass das einzelne Tauschgeschäft, in welchem Ware gegen Ware oder gegen Dienstleistungen getauscht wird und das durch das Dazwischentreten des Geldes der ursprünglichen Absicht nach nicht wesentlich verändert werden sollte, jetzt in zwei selbstständige Teilakte zerlegt werden kann, die vollkommen voneinander unabhängig sind. Der Geldkreislauf, der das Gegenstück des Güterkreislaufes darstellt und diesen in der modernen Wirtschaft erst ermöglicht, kann somit unterbrochen werden und sich vor allem unstetig und unberechenbar verhalten, indem nämlich durch die individuellen Akte des Hortens und Enthortens Geld passiv bzw. aktiv gemacht wird.

Durch das Dazwischentreten des Geldes ist die Möglichkeit gegeben, dass ein bedeutendes zeitliches Intervall, ein sog. „time-lag“ zwischen den einzelnen Hälften eines im Sinne der Tauschwirtschaft vollständigen Tauschaktes entsteht, und dies stellt eine Störung der Tauschverhältnisse dar. Der Wirtschaftsablauf vollzieht sich damit nicht mehr gemäss dem Idealtypus der naturalen Tauschwirtschaft, und das bedeutet mit anderen Worten, dass sich das Geld nicht neutral verhält! Durch das zeitliche Auseinanderklaffen der beiden

41) Diese Unmöglichkeit des Hortens von Waren darf — und dies gilt sowohl für die Naturaltausch- als auch für die moderne Geldwirtschaft — nicht als unbedingte Verunmöglichung jeglichen Zurückhaltens von Waren vom Angebot aufgefasst werden. Über eine gewisse, in der Regel jedoch beschränkte Zeitspanne lassen sich auch Waren horten. Die Annahme im Text ist also zweifellos vereinfachend — wir könnten sagen: idealtypisch — darf aber wohl gelten gelassen werden, da es hier nur um den Unterschied der Hortmöglichkeiten in einer Tausch- gegenüber einer Geldwirtschaft geht.

Hälften eines vollständigen Tauschaktes als Folge des Hortens des allgemeinen Tauschmittels, was gleichbedeutend ist mit einer Verringerung des Geldumlaufs, wird „das Saysche Prinzip der Äquivalenz von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage durchbrochen und werden demzufolge Preisverschiebungen und andere Störungs- bzw. Anpassungsphänomene ausgelöst, die unter sonst gleichen Umständen in der idealtypischen Naturalwirtschaft unterblieben wären“⁴². Die Veränderungen in der umlaufenden Geldmenge können also deflatorische oder — bei einer Reaktivierung der anfänglich gehorteten Geldbeträge — inflatorische Auswirkungen zeitigen, die sich in den meisten Fällen nicht nur in Preisveränderungen, welche auf ein neues Gleichgewicht hintendrieren, auswirken, sondern darüber hinaus Mengenveränderungen mit kumulativer Wirkung auf Beschäftigung und Einkommen zur Folge haben werden. Aus alldem ergibt sich, dass der Sachverhalt des „time-lag“ für die Unterscheidung zwischen einer naturalen Tauschwirtschaft und einer Geldwirtschaft von zentraler Bedeutung ist und dass das „time-lag“ in diesem Sinne als Inbegriff der Nichtneutralität des Geldes das wesentlichste Merkmal der modernen Geldwirtschaft darstellt.

Gesell hat alle diese Tatsachen mit mehr oder weniger Klarheit erkannt bzw. vermutet, und er wendet sich denn auch entschieden gegen die Hortfähigkeit des herkömmlichen Geldes, die ja erst das Entstehen solcher „time-lags“ ermöglicht. Sein Gedanke, das Horten des Geldes zu verunmöglichen, soll in der Realität jenes Prinzip der „Simultaneität von Einkommensempfang und Einkommensverausgabung“ verwirklichen, das im Sayschen Gesetz der Absatzwege impliziert ist und in der idealtypischen Tauschwirtschaft volle Geltung besitzt. Wenn das Geld einem „Wertschwund“ unterliegt, d. h. im Laufe der Zeit periodisch einen bestimmten Teil seines Nominalwertes einbüsst und somit seinem Besitzer Durchhaltekosten verursacht, wird es nicht mehr oder viel seltener gehortet werden, da ein solches Verhalten dann mit empfindlichen Verlusten verbunden ist. Damit wäre nach freiwirtschaftlicher Ansicht das Ziel einer störungsfreien Abwicklung der realen Tauschgeschäfte entsprechend jener in der idealtypischen Tauschwirtschaft erreicht.

Das Geld, „Träger höchster Liquidität“

Das Geld ist aber in der heutigen Wirtschaftsrealität mehr als nur allgemeines Tauschmittel. Es verhält sich nicht neutral, sondern übt einen aktiven Einfluss auf den Wirtschaftsablauf aus. Im Sinne

42) Koopmans, a. a. O., S. 258/9.

des Zitates von Keynes würde durch die Einführung des Freigeldes der Charakter der Geldwirtschaft in einer Art und Weise verändert, dass sie sich ihrem Wesen nach stark dem Zustande einer Tauschwirtschaft annäherte. Das Gut oder der Gegenstand, der in einer Geldwirtschaft — in dem Sinne, wie dies schon mehrfach dargelegt wurde — die Funktion des allgemeinen Tausch- (und Zahlungs-) Mittels erfüllt, nimmt eine ganz besondere und eigentümliche Stellung ein, die darauf beruht, dass das Geld in der Gesellschaft normalerweise das Gut mit dem höchsten Grad an Liquidität ist: „In der verkehrswirtschaftlichen Ordnung übernimmt das Gut, welches die höchste Liquidität hat, die Funktion“, Geld „zu sein“⁴³, wobei unter „höchster Liquidität“ die Tatsache verstanden wird, dass das betreffende Gut „jederzeit in jeder Menge nachgefragt“⁴⁴ wird. Mit anderen Worten: „Das Geld hat den selbständigen Wert höchster Liquidität insofern, als es in der Gesellschaft, in der es ‚gilt‘, einen allgemeinen sachlich und zeitlich nicht bestimmten, also voller *Entscheidungsfreiheit* des Eigentümers unterliegenden Anspruch auf alle Güter und Leistungen darstellt, die überhaupt in den Bereich der Wirtschaft einbezogen sind. Die Verfügung über Geld gewährt das Höchstmass an wirtschaftlicher Freiheit, das die Wirtschaftsordnung . . . überhaupt zu gewähren vermag“⁴⁵.

Die Liquidität ist beim Freigeld beschränkt

Diese wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit ist im Falle des Freigeldes eingeschränkt, da hier der Anspruch auf Güter und Dienst-

43) A. Paulsen, Neue Wirtschaftslehre. Berlin und Frankfurt a. M. 1952, S. 25.

44) Ebenda, S. 26.

45) Ebenda, S. 25. Auch die Ansicht eines Nicht-Ökonomen mag hier von Interesse sein: „Dass die Wünsche der Menschen hauptsächlich auf Geld gerichtet sind und sie dieses über alles lieben, wird ihnen oft zum Vorwurf gemacht. Jedoch ist es natürlich, wohl gar unvermeidlich, das zu lieben, was, als ein unermüdlicher Potens, jeden Augenblick bereit ist, sich in den jedesmaligen Gegenstand unserer so wandelbaren Wünsche und mannigfaltigen Bedürfnisse zu verwandeln. Jedes andere Gut nämlich kann nur *einem* Wunsch, *einem* Bedürfnis genügen: Speisen sind bloss gut für den Hungrigen, Wein für den Gesunden, Arznei für den Kranken, ein Pelz für den Winter, Weiber für die Jugend usw. Sie sind folglich alle nur ‚agatha prosit‘, d. h. nur relativ gut, Geld allein ist das absolute Gute: weil es nicht bloss *einem* Bedürfnis in concreto begegnet, sondern *dem* Bedürfnis überhaupt, in abstracto.“ (A. Schopenhauer, Aphorismen zur Lebensweisheit, hgg. von Paula Messer-Platz. Stuttgart 1924, S. 47.)

leistungen sachlich zwar unbestimmt ist, zeitlich jedoch nicht, soll doch der periodische Wertschwund den jeweiligen Inhaber der Geldzeichen zwingen, diese möglichst schnell — und d. h. möglicherweise gegen seine ursprünglichen Absichten — loszuwerden, mit anderen Worten gegen Güter und Dienstleistungen auszutauschen.

Der Wertschwund hindert den jeweiligen Geldbesitzer nämlich nicht nur am Horten im Sinne einer Zurückhaltung des Geldes und damit einer Verringerung des Geldumlaufes während eines längeren Zeitraumes, der sich über mehrere Produktionsperioden erstrecken mag, sondern darüber hinaus auch daran, sein Geld relativ kurzfristig zurückzuhalten, bis er seine endgültige Entscheidung über dessen Verwendung getroffen hat. „Die Verfügung über Geld ist die Position, auf die man sich *zurückziehen* kann, um in voller Wahlfreiheit wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen“ ⁴⁶. Das Freigeld schneidet also sozusagen dem Geldbesitzer diese Rückzugsmöglichkeit ab.

Mit dem Mittel des Schwundgeldes soll dem allgemein gebräuchlichen Tausch- und Zahlungsmittel seine Liquidität zwar nicht völlig entzogen, aber doch empfindlich beschnitten werden; und zwar besteht diese Absicht ganz bewusst, liegt doch nach Ansicht der Freiwirtschaftslehre in der Tatsache der Liquidität die Hauptursache für das oft unheilvolle Verhalten des Geldes im Wirtschaftsprozess.

Die Bedeutung des Zeitmomentes

In der Geldwirtschaft moderner Prägung soll aber das Geld einen grösstmöglichen Grad an Liquidität besitzen, da es in der Terminologie von G. F. Knapp eine „zirkulatorische“, nicht eine „reale“ Befriedigung zu gewähren hat, d. h., es soll nicht unmittelbar als Gebrauchsgut, sondern als Tausch- und Zahlungsmittel verwendet werden. Die Befriedigung des Geldbesitzers „beruht also nicht im Besitze an sich, sondern im Besitze mit der Aussicht auf *künftige* Verwendung zum Zahlen“ ⁴⁷. Der Einkommensempfänger vermag in der Regel nicht sogleich über die Verwendung seines gesamten Einkommens zu entscheiden — und dies um so weniger, je länger seine Einkommensperiode ist —, so dass die idealtypische „Simultaneität vom Einkommensempfang und Einkommensverausgabung“ im Sinne Says in der Realität niemals verwirklicht ist. Das Wirtschaftsobjekt muss die notwendige wirtschaftliche Entscheidungs-

⁴⁶) Paulsen, a. a. O., S. 25.

⁴⁷) G. F. Knapp, Staatliche Theorie des Geldes. 2. Aufl., München und Leipzig 1918, S. 38 (Kursiv von mir).

freiheit besitzen, es muss *disponieren* können. Diese Tatsache des Disponierenkönnens schliesst aber immer ein zeitliches Element ein, „denn die Bedeutung des Geldes rührt im wesentlichen daher, dass es ein Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt“⁴⁸. In diesem Zusammenhang mag auch auf das Phänomen der „Erwartungen“ hingewiesen sein, auf das vor allem die moderne Theorie so grosses Gewicht legt; die Unternehmer und die Wirtschaftssubjekte im allgemeinen richten sich in ihren Entscheidungen nach den Vorstellungen, die sie sich von der zukünftigen Entwicklung des Wirtschaftsgeschehens machen. Diese Erwartungen können sie dazu veranlassen, ihr Geldvermögen einstweilen zurückzuhalten und erst in einem zukünftigen Zeitpunkt, den sie zu diesem Zwecke günstiger erachten, zu investieren oder sonstwie zu verausgaben.

Dieser Sachverhalt der wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit, welche das Geld gewährt, wird von Gesell, wenn auch nicht übersehen, so doch in seiner Bedeutung sehr unterschätzt. Seine Theorie ist eben ihrem innersten Wesen nach eine „Händler-Theorie“. Gesell sieht als tätiger Kaufmann die wirtschaftlichen Vorgänge in erster Linie von seinem eigenen persönlichen Standpunkt aus, dem als der wichtigste wirtschaftliche Vorgang der Tauschakt zwischen der untersten Stufe der Produktionssphäre einerseits und der Konsumsphäre andererseits erscheint. Er beachtet die Tatsache nicht genügend, dass Konsum- und Kapitalgüter in der Regel nicht unmittelbar von einer „ursprünglichen“ Produktionsstufe zum letzten Konsumenten gelangen und dass nicht höchstenfalls der Kaufmann die einzige Zwischenstufe darstellt. Bis ein Produkt den Weg von der obersten, d. h. von der Konsumsphäre am weitesten entfernt liegenden Produktionsstufe bis zum letzten Konsumenten zurückgelegt hat, muss es eine ganze Reihe von Zwischenstufen durchlaufen. Die Betriebe und Unternehmungen auf diesen verschiedenen Zwischenstufen sind zu einem grossen Teil selbständig und bedürfen, um die Zwischenprodukte der höheren Stufen übernehmen und dann weiter verarbeiten zu können, des Geldes. Das Geld fungiert natürlich auch in diesem Falle als Tauschmittel, das Wesentliche an diesem ganzen Vorgang ist jedoch, dass es zu seiner Abwicklung einer gewissen Zeitperiode bedarf: der ganze Produktionsprozess vom Rohstoff bis zum gebrauchsfertigen (Konsum- oder Kapital-)Gut benötigt Zeit, und dieser Tatbestand der „zeitlichen Ausdehnung der Produktion“ macht das Bestehen eines Tauschgutes mit hohem Liquiditätsgrad notwendig, das zur Verfügung steht, wenn es benötigt wird und das damit sozusagen „materialisierte wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit“ verkörpert.

48) Keynes, Allgem. Theorie, a. a. O., S. 248.

Die „Vorliebe für Liquidität“

Gesell und nach ihm die Freiwirtschaftler sehen in diesem hohen Liquiditätsgrad mit Recht den Grund für die Möglichkeit, Geld zu horten und betrachten diese Möglichkeit infolgedessen als unheilvoll. Sie erkennen also den Sachverhalt der Liquidität, können ihn aber nicht in befriedigender Weise erklären, weil sie nicht einzusehen vermögen, dass er für eine Geldwirtschaft notwendig, ja dieser geradezu eigentümlich ist. Nach der Ansicht von Keynes ist Gesell „die Vorstellung der *Vorliebe* für Liquidität entgangen“⁴⁹, die auch in der Naturaltauschwirtschaft vorhanden ist und sich auf das Gut richten wird, welches nach der allgemeinen Auffassung „jederzeit und in jeder Menge“ nachgefragt werden wird. Gesell hat die Tatsache nicht genügend berücksichtigt, dass das Geld nicht etwa der einzige Vermögensbestand ist, der sozusagen eine Liquiditätsprämie „abwirft“, sondern dass es jenen Vermögensbestand darstellt, bei welchem der (positive) Unterschied zwischen der Liquiditätsprämie und den Durchhaltekosten grösser ist als bei allen andern. Und worauf es ankommt, ist eben diese Differenz! Wenn durch irgendwelche Massnahmen der Währungsbehörden das Geld einmal Durchhaltekosten bedingen würde, die seine Liquiditätsprämie übersteigen, so würde sich die Nachfrage der Vermögensbesitzer wahrscheinlich auf andere Vermögensbestände richten, bei welchen die erwähnte Differenz positiv wäre. Dieser Aspekt des Phänomens der Liquidität wird später noch eingehender zu besprechen sein.

Illiquidität beschränkt die Verwendungsmöglichkeiten eines Gutes als „Geld“

Das Freigeld, das die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit einschränkt, wird somit die Bedeutung des Geldes in der modernen Geldwirtschaft und auch den Charakter dieser letzteren stark verändern, indem es sie dem Zustand einer naturalen Tauschwirtschaft näherbringt. So würde der Extremfall einer Wirtschaft, „in der es keine Vermögensform gibt, deren Liquiditätsprämie immer ihre Durchhaltekosten übersteigt“⁵⁰, den Zustand einer sogenannten „nicht-geldlichen Wirtschaft“ charakterisieren. Diese Auswirkungen des Freigeldes lassen an die Bemerkung von Koopmans denken, der damit allerdings auf ein noch weitergehendes Missverständnis der

49) Ebenda, S. 301.

50) Ebenda, S. 200.

Aufgaben einer „Neutralität des Geldes“ hinweist: „Der Sinn und Zweck des ‚neutralen Geldes‘, unter dessen Herrschaft sich der Wirtschaftsablauf definitionsgemäss diesem hypothetischen Zustand (einer idealtypischen gleichgewichtigen Tauschwirtschaft) annähern soll, ist ja nicht, die offensichtlichen, bei der heutigen Organisation der Wirtschaft längst überwundenen Nachteile der Nichtexistenz eines allgemeinen Tauschmittels künstlich wieder erstehen zu lassen, sondern vielmehr, die von einem jeden anerkannten Vorzüge der geldlichen Organisation der Wirtschaft mit der Eliminierung deren anderweitigen Nachteile . . . zu vereinigen“⁵¹.

Wenn auch die Reform des Geldwesens im Sinne des Freigeldes nicht so weit führen würde wie es in diesem Zitat angedeutet wird, so hätte sie doch Auswirkungen auf die Wirtschaft zur Folge, die immerhin in diese Richtung weisen müssten. Ohne seinen höchstmöglichen Grad an Liquidität würde dem Geld in der gesellschaftlichen Wirtschaft eine ganz andere und jedenfalls geringere Bedeutung zukommen, als dies heute der Fall ist. Diese veränderte Bedeutung des Geldes hätte nun seinerseits bestimmte Folgen, die wir im Kapitel über die Zins-Lehre zum Teil als vorteilhaft und günstig zu bezeichnen haben werden. Sofern hingegen die Tatsache der Liquidität als eine der wichtigsten Funktionen oder gar als das Hauptmerkmal des Geldes angesehen wird, kann man sich an dieser Stelle mit voller Berechtigung fragen, ob das Gesellsche Schwundgeld überhaupt noch „Geld“ darstellt. Die Antwort auf diese Frage wird je nach der vorher festgelegten Umschreibung oder Definition des Begriffes „Geld“ erfolgen. Hier möge nur festgehalten werden, dass gerade nach moderner Auffassung, welche die Liquiditätsfunktion des Geldes betont — vgl. das Zitat von Keynes, S. 36 — dem Schwundgeld die Fähigkeit, in der modernen Wirtschaft als „Geld“ zu fungieren, wohl nur in sehr beschränktem Umfange zuerkannt werden könnte!

51) Koopmans, a. a. O., S. 230.

III. Die Kapital- und Zins-Theorie

1. Die freiwirtschaftliche Kapital- und Zins-Theorie

Verwandte Ideen schon bei Sonnenfels

Die freiwirtschaftliche Lehre vom Geld, wie sie besprochen worden ist, ist für das Verständnis der ganzen Freiwirtschaftslehre besonders deshalb wichtig, weil sie die Grundlage der Zins- und Kapitaltheorie Gesells bildet, die er im 5. Teil seines Werkes ausgearbeitet hat. Die Zins- und Kapitaltheorie stellt aber zweifellos den zentralen Teil der Freigeldtheorie dar, nur von ihr aus kann diese ganz verstanden werden; sie ist ferner deshalb von Bedeutung, weil sie eigentlich als einziger Bestandteil der Gesamtlehre Anspruch darauf erheben kann, „von ganz spezifischer Originalität“ und eine „ziemlich vereinzelte Erscheinung“ zu sein ¹.

Es ist allerdings zu erwähnen, dass v. Böhm-Bawerk in seiner „Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien“ die Namen zweier Autoren anführt, die ähnliche Ideen vertreten zu haben scheinen wie Gesell, der die betreffende Stelle des Böhm-Bawerkschen Buches denn auch seinerseits zitiert ². Es handelt sich dabei vor allem um den Kameralisten Sonnenfels, welcher, „von Forbonnais beeinflusst, ... den Ursprung des Zinses in einer Hemmung des Geldumlaufs durch die geldanhäufenden Kapitalisten“ sieht, „aus deren Händen sich das Geld nur durch einen im Zinse dargebotenen Tribut wieder hervorlocken lässt“ ³. Dabei scheint es sich jedoch nicht um mehr als nur gerade einen vereinzelt Gedanken oder eine Andeutung zu handeln, jedenfalls zählt v. Böhm-Bawerk zusammenfassend auch Sonnenfels zu jenen Autoren, deren Theorie im Grunde darauf hinausläuft, „dass sie den ausbedungenen oder den Leihzins erklären aus der Tatsache der Existenz eines ursprünglichen Kapitalzinses ...“ ⁴, dessen Wesen und Ursache zu erklären sie allerdings unterlassen. Und da Sonnenfels an anderer Stelle seines Werkes ⁵ „als Gründe der Zinsforderung der Kapitalisten die Abwesenheit

1) Sieber, a. a. O., S. 88.

2) A. a. O., S. 387.

3) E. v. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins. Erste Abteilung: Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien. Innsbruck 1884, S. 47/8.

4) Ebenda, S. 66.

5) Handlungswissenschaft. 2. Aufl., Wien 1758.

ihres Geldes, die Gefahr, und den Nutzen, den sie sich mit Ankauf fruchtbringender Sachen verschaffen konnten...“ nennt, kommt v. Böhm Bawerk zum Schluss, er entwickle über die Frage des Zinses, dem er gesamthaft betrachtet ablehnend gegenübersteht, eine „widerspruchsvolle Beredsamkeit...“⁶.

Stellung der Zinstheorie in Gesells Hauptwerk

Gesell behandelt die Freigeld-Zins-Theorie trotz ihrer grossen Bedeutung erst im fünften und letzten Abschnitt seines Buches, nachdem die Reform des Geldwesens in ihrer technischen Durchführung und vor allem in ihren Auswirkungen — wie der Autor sie sich vorstellt! — eingehend geschildert worden ist. Diese Tatsache mag als eine Bestätigung der schon erwähnten Meinung von Dillard angesehen werden, wonach die ganze von Gesell entwickelte Freiwirtschaftslehre eine *nachträgliche* theoretische Begründung seiner Reformvorschläge darstellt, welche ihrerseits auf einer eher intuitiven Erkenntnis gewisser Mängel unserer Wirtschaftsordnung beruhen. Die Zinstheorie wird aber wohl auch deshalb erst am Schluss des Buches behandelt, weil sie unbestritten den am meisten theoretische Anforderungen stellenden Teil des Werkes darstellt.

Begründung der Ausführlichkeit der folgenden Darstellung

Das Zinsphänomen ist nach freiwirtschaftlicher Auffassung der Schlüssel für die Mehrzahl der Schwierigkeiten unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems, und die Lösung der Zinsfrage im Sinne der Freigeldtheorie würde dem Wirtschaftsleben wieder die Möglichkeit zu geben, sich gemäss den „natürlichen Wirtschaftsgesetzen“ auf einen Zustand der wirtschaftlichen Harmonie und des grösstmöglichen Wohlergehens aller hinzuentwickeln. Gesell und die Freiwirtschaftler sind ja aus zwei verschiedenen Gründen Gegner des Zinses: erstens, weil er „arbeitsloses Einkommen“ darstellt und deshalb aus sozialen Gründen verdammenwert erscheint, und zweitens, weil infolge der Möglichkeit der Geldbesitzer, Zins zu erpressen, das Wirtschaftsgeschehen periodischen Schwankungen unterworfen ist, welche verhindern, dass dieses jemals den optimalen Zustand erreichen könne. In welcher Weise das zinserpressende Geld diese Wirkung ausüben vermag, soll die Darstellung dieses Abschnittes zeigen.

6) A. a. O., S. 48.

Die Robinson-Wirtschaft als Ausgangspunkt

Gesell geht zur Erklärung des Zinsphänomens diesmal vom Modell einer Robinsonwirtschaft aus, dessen Darstellung im übrigen nach der Ansicht von Keynes eine „ganz ausgezeichnete wirtschaftliche Parabel“ ist, „so gut wie nur irgend etwas dieser Art, was geschrieben wurde...“⁷. In einem Gespräch zwischen Robinson und einem Fremden, der auf dessen Insel gestrandet ist und sich nun für die erste Zeit seines erzwungenen Aufenthaltes an diesem Orte Vorräte ausleihen möchte, wird gezeigt, dass in einem solchen Wirtschaftszustand, der jenem der naturalen Tauschwirtschaft entspricht, der Darlehensgeber sich vom Borger keinen Zins ausbedingen kann⁸: Der Fremde weigert sich nämlich, den geforderten Naturalzins zu zahlen und setzt auseinander, wie es für Robinson schon vorteilhaft ist, wenn ihm lediglich der ausgeliehene Güterbestand in gleicher Menge und Qualität zurückerstattet wird, da nämlich seine Vorräte, sofern er sie einfach aufgestapelt an sicherem Orte aufbewahrt, im Laufe der Zeit durch „Ratten, Motten, Rost“ einen Teil ihres Wertes einbüßen werden. Robinson muss die Richtigkeit dieser Argumentation anerkennen und er erklärt sich bereit, dem Fremden das gewünschte Darlehen in Sachgütern zinslos zu gewähren.

Das Geld ist Voraussetzung des Zinses

Damit ein Zins erhoben werden kann, ist das Bestehen einer Geldwirtschaft Voraussetzung. Der Geldbesitzer ist im Tauschakte dem Warenbesitzer überlegen, sofern er ihm als Kaufmann und nicht als Konsument gegenübertritt, d. h. sofern er die Möglichkeit besitzt, mit dem Kaufe zuzuwarten und sein Geld zurückzuhalten. In dieser Möglichkeit des Zuwartens besteht die Überlegenheit des Geldes über die Waren, von welcher weiter oben schon die Rede war. Der Warenbesitzer dagegen ist gezwungen, seine Vorräte anzubieten, weil diese im Laufe der Zeit eine Wertverminderung erfahren und er somit Verluste erleidet. Der Geldbesitzer, d. h. der die Waren Nachfragende kann diese Notlage des Warenbesitzers ausnützen und wird deshalb von ihm einen Zins „erpressen“; er wird ihm mit anderen Worten für die Waren einen Gegenwert anbieten, der geringer ist als jener, den er ihm in einem Zustand der naturalen Tauschwirtschaft im analogen Falle gerechterweise anbieten müsste. — „Der

7) A. a. O., S. 301.

8) Gesell, a. a. O., S. 333.

Geldzins wird von den Waren, also unmittelbar aus dem Kreislauf von Ware und Geld erhoben“⁹. Aus diesem Satz wird auch klar, warum dem Kaufmann eine so entscheidende Bedeutung zukommt: dass der einfache Konsument, der mit seinem Geld dem Warenbesitzer entgegentritt, diesem gegenüber keine überlegene Position einnimmt, dürfte einleuchtend sein, steht er doch unter einem mindestens ebenso grossen Zwang der Nachfrage wie jener unter einem solchen des Angebotes an Waren. Beim Kaufmann ist dies anders: „Durch die Hände des Kaufmannes gehen alle Waren und geht alles Geld. Darum sind die Gesetze des kaufmännischen Geldumlaufes hier allein massgebend“¹⁰.

Die Bedeutung der „kaufmännischen Vermittlung“

Dabei ist zu betonen, dass der Kaufmann, der mit fremdem Geld arbeitet, nicht darum den Geldzins von den Waren erhebt, um dem „Kapitalisten“ den Darlehenszins zahlen zu können, sondern gerade umgekehrt: Er zahlt den Darlehenszins nur *deshalb, weil er* die Möglichkeit hat, von den Warenbesitzern den Geldzins zu erheben, denn „wie die Dinge nun einmal liegen, ist die kaufmännische Vermittlung (und damit auch der Zins) Notwendigkeit und Regel für den weitaus grössten Teil der Warenerzeugung“¹¹.

Der Kaufmann handelt in diesem Falle also einfach als Beauftragter des Kapitalisten und erhebt diese Abgabe — die meist als „Urzins“ bezeichnet wird, weil sie im Ursprung des ganzen Zinsphänomens liegt — für diesen von den Warenbesitzern. „Der Geldzins ist das Erzeugnis eines selbständigen Kapitals, d. i. des Geldes, und lässt sich am besten mit dem Wegesperrgeld vergleichen, das der Raubritter und bis in die jüngste Zeit der Staat für die Benutzung der Strassen erhob“¹². „Wir bezahlen im Urzins also weiter nichts als die Tätigkeit der Kapitalisten, die darin besteht, dem Handel Steine in den Weg gewälzt zu haben“¹³. Dieser Urzins, den der Kaufmann von den Waren erhebt, hat nichts mit seinem

9) Ebenda, S. 354. Als „Geldzins“ bezeichnet Gesell den Tribut, den das Geld auf die beschriebene Art von den Waren erhebt. Statt dieser Bezeichnung findet sich oft auch jene des „Urzinses“ oder schlechthin des „Zinses“.

10) Ebenda, S. 344.

11) Ebenda, S. 343. — S. 386: „Der Kaufmann ist bereit, für ein Gelddarlehen Zins zu zahlen, weil er weiss, dass er sich dafür an den Waren schadlos halten kann.“

12) Ebenda, S. 354.

13) Ebenda, S. 352.

„Handelsgewinn“ zu tun, welcher in keiner Weise von der Tatsache abhängt, ob der Kaufmann mit eigenem Geld arbeitet, oder mit jenem eines Kapitalisten . . . „Er beträgt, auf den Jahresumsatz verteilt, nach mehrtausendjähriger Erfahrung 4—5 0/0“¹⁴.

Potentielle Konkurrenten des Geldes und ihr Einfluss

Obwohl das Geld die Arbeitsteilung und den Warenaustausch wesentlich erleichtert und nahezu unentbehrlich ist, kann es doch nicht einen allzu hohen Zins von den Waren fordern, weil ihm sonst trotz all seiner Zweckmässigkeit Konkurrenten erwachsen. Nach Ansicht Gesells haben nämlich die Warenerzeuger, sobald der dem Gelde zu zahlende Tribut ihnen zu hoch erscheint, drei Möglichkeiten, ihn zu umgehen, wobei sie allerdings mit dem Verzicht auf Geld gewisse Unannehmlichkeiten und Mühen auf sich nehmen müssen: Sie können *erstens* auf die Arbeitsteilung verzichten und die Güter, die sie mit dem für ihre eigenen Produkte eingenommenen Geld gekauft hätten, selbst — wenigstens zum Teil — herstellen. Gesell zufolge behilft sich ein grosser Teil der Weltbewohner immer noch mit der Urwirtschaft, „zum Teil darum, weil der durch Geld vermittelte Güteraustausch zu stark mit Zins belastet ist“¹⁵. — Oder die Warenerzeuger können *zweitens* unter Umgehung des Geldes als Tauschmittel ihre eigenen Produkte direkt gegen die von ihnen gewünschten austauschen. — Die *dritte* Möglichkeit besteht darin, dass sie ihre Waren nicht gegen Geld hergeben, sondern statt dessen einen Wechsel unterzeichnen, der an die Stelle des Geldes tritt und den Warenaustausch in beschränktem Rahmen ermöglicht.

Somit ergeben sich als potentielle Konkurrenten des Geldes, die bei einem zu hohen Urzins es zu ersetzen bereit sind, die Urwirtschaft, der Tauschhandel und der Wechsel. — Sobald diese „Konkurrenz“ einmal tatsächlich in Erscheinung tritt, vermindert sie die Menge der Waren, die zu ihrem Austausch auf das Geld angewiesen sind; jene Güter und Waren nämlich, die sich einer jener drei Möglichkeiten bedienen, „sind für das Geld verloren, ähnlich wie der Zigeuner in seinem Karren für die Eisenbahn ein verlorener Kunde ist“¹⁶. Diese also verminderte Warenmenge steht einer unveränderten — und einen zu hohen Zins fordernden — Geldmenge gegenüber und bewirkt ein Steigen der Preise und damit Verluste für die Geldbesitzer in Form von Kaufkrafteinbussen¹⁷. Aus diesem Grunde

14) Ebenda, S. 342.

15) Ebenda, S. 345.

16) Ebenda, S. 346.

wird das Geld auf dem Markte bereit sein, auch gegen einen geringeren Urzins Waren zu kaufen und deren Austausch zu ermöglichen, und als Folge davon werden seine drei Konkurrenten wieder etwas in den Hintergrund gedrängt werden.

Analoges geschieht im Falle einer Senkung des Urzinses: Die Arbeitsteilung und damit die Geldwirtschaft dehnt sich aus, Waren, die früher auf dem Wege des Tauschhandels die Hände wechselten, nehmen jetzt die Dienste des Geldes in Anspruch, weil der niedrigere Urzins nun tragbar erscheint. Die Warenmenge, die nun der Geldmenge gegenübersteht, vergrößert sich und bewirkt eine allgemeine Senkung der Preise. Diese Sachlage stellt aber eine Stärkung der Position der Geldbesitzer dar, welche sie sogleich ausnützen werden, indem sie ihre Forderungen gegenüber den Warenbesitzern und das heisst den Urzins erhöhen! Auf diese Weise sorgen die „natürlichen Kräfte der Wirtschaft“, dass der Urzins weder zu hoch steigt, noch zu tief fällt, „so dass die Höchstgrenze des Geldzinses auch die Mindestgrenze ist“¹⁸.

Die Höhe des Urzinses hängt somit nicht vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Geld ab, denn der Urzins entspricht „dem Unterschied im Nutzen, den der Gebrauch des Geldes als Tauschmittel gegenüber dem Geldersatz (Wechsel, Urwirtschaft, Tauschhandel)“ bietet . . . „Kein Angebot von Geld, und möchte es noch so gross sein, vermochte diesen Unterschied und damit den Zins zu beseitigen“¹⁹.

Die Geldmenge hat keinen Einfluss auf den Urzins

Hieraus folgt, dass es unter der Herrschaft des herkömmlichen Geldes unmöglich ist, den Urzins zu beseitigen oder auch nur zu senken. Denn eine Vermehrung der Geldmenge würde nach freiwirtschaftlicher Auffassung zu einer Preissteigerung führen, zum Austausch der vorhandenen Waren wäre infolgedessen eine grössere Geldmenge notwendig und die Geldbesitzer ständen damit einer vermehrten Nachfrage nach Geld gegenüber, was wiederum ihre eigene Position verstärken würde. — Das Resultat des erhöhten Geldangebotes bestände also in einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus mit den entsprechenden Konsequenzen, während der Geldzins gänzlich unverändert bliebe.

17) Bei der Darstellung seiner Zinstheorie setzt Gesell die von ihm schon vorher kurz besprochene Quantitätstheorie als Grundlage voraus.

18) A. a. O., S. 349.

19) Ebenda, S. 383.

Der Darlehenszins und seine Bestandteile

Infolge des Bestehens des Urzinses muss auch für ein Gelddarlehen Zins bezahlt werden. Denn der Geldbesitzer, der sein Geld ausleiht, wird natürlich nicht freiwillig auf die Einnahmen verzichten, die er in Form des Urzinses von den Warenbesitzern erheben könnte. Falls ihm nicht ein Darlehenszins mindestens in der Höhe des Urzinses bezahlt wird, wird er es vorziehen, selbst sein Geld als „Kaufmannskapital“ zu verwerten und auf diese Weise einen Gewinn zu machen. Dieser Darlehenszins, wie er in der wirtschaftlichen Realität erscheint, stellt eine komplexe Grösse dar. Die Schwierigkeit, die „Wahrheit über den Zins“ zu erkennen, liegt nach Gesells Ansicht eben in der Tatsache, dass der Urzins niemals als solcher auftritt, dass das, was für uns erkennbar wird, lediglich der „Brutto-Zins“ ist. Der Urzins muss also offenbar auch nach der Meinung Gesells als eine fiktive Grösse aufgefasst werden, auch wenn das an keiner Stelle seines Werkes mit genügender Klarheit und Schärfe gesagt wird. Der Brutto-, d. h. der Darlehenszins, dessen Grösse für uns massgebend ist und in der Regel als der eigentliche Zins betrachtet wird, setzt sich nämlich aus drei verschiedenen Bestandteilen zusammen: 1. dem eigentlichen Urzins als dem Tribut, der dem Gelde bezahlt werden muss für die von ihm gewährte Möglichkeit, den Warenaustausch auf die zweckmässigste und reibungsloseste Art durchzuführen. Diesen Tribut will sich der Geldbesitzer auch bei der Darlehensgewährung nicht entgehen lassen. 2. der Risikoprämie, die sich nach der Sicherheit, die der Schuldner zu bieten hat und nach der allgemeinen Wirtschafts- und Konjunkturlage richtet und 3. der sogenannten „Hausse-Prämie“, durch welche der Gläubiger sich an einer eventuell erwarteten Preissteigerung beteiligt bzw. bei erwartetem allgemeinem Preisrückgang in der Form einer „Baisse-Prämie“ die Kreditbegehrenden trotz allem zur Übernahme einer Schuldverpflichtung anzuhalten trachtet. Diese Hausse-Prämie lässt in Zeiten steigender Preise den Zinsfuss über die Höhe des Urzinses steigen, während sie in Zeiten des Preisfalles die Tendenz hat — wobei hier von der Risikoprämie abgesehen ist — den Zinsfuss der Höhe des Urzinses anzugleichen oder gar darunter zu drücken.

Der Realkapitalzins als vom Urzins abhängige Grösse

Genau so, wie der Geldbesitzer beim Ausleihen seines Geldes nicht auf den Urzins verzichtet, wird er es auch nicht tun, wenn er mit seinem Gelde Kapitalgüter herstellt. Da der Urzins, den das

Geld von den Waren erhebt, „keine einmalige Beute“ darstellt, sondern eine „dauernd sprudelnde Quelle“²⁰, erleidet der Geldbesitzer einen Verlust, falls er sein Geld in ein Sachkapital verwandelt, das ihm nicht einen mindestens gleichwertigen Ertrag abwirft. „Kann das Geld von den Waren, aufs Jahr verteilt, 5 % erheben, so muss auch das Haus von den Mietern, das Schiff von den Frachtgütern, die Fabrik von den Löhnen die gleiche Abgabe erheben können, sonst bleibt das Geld auf dem Markte bei den Waren, und das Haus wird nicht gebaut“²¹. Das Sachkapital ist nur deshalb „Kapital“ — d. h. in der Terminologie Gesells und der Freiwirtschaftslehre: es hat nur deshalb die Fähigkeit, einen Zins zu erheben —, weil das Geld das „Urkapital“ ist und dem Sachkapital diese Fähigkeit übertragen hat. Zwar wird die Höhe des Sachkapitalzinses an sich durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Sachkapital bestimmt, aber der Urzins stellt immer die massgebende Grösse dar: „Der Urzins ist der Gleichgewichtspunkt, um den der Zins aller Realkapitalien pendelt“²².

Steigt z. B. der Zins der Realkapitalien über das Niveau des Urzinses, so werden die Kapitalisten ihr Geld vermehrt zur Schaffung solcher Realkapitalien verwenden und sich somit einen zusätzlichen Gewinn in der Höhe der Differenz zwischen Realkapitalzins und Urzins sichern. Durch diese zusätzliche Produktion von Sachkapital wird dessen Angebot vergrössert und sein Zins, d. h. sein Ertrag, verringert. Das Angebot wird also vergrössert werden, bis der Realkapitalzins auf das Niveau des Urzinses gesunken ist. Sinkt er gar darunter, so ist dies für die Geldbesitzer das Zeichen, das Angebot an Realkapital einzuschränken, zu welchem Zwecke sie nicht nur auf eine Neuproduktion von Kapitalgütern verzichten, sondern zum Teil auch die Ersatz-Investition einschränken, und statt dessen ihr Geld gegen eine Prämie an jene ausleihen, die es dringend als Tauschmittel benötigen!

Die Kapitalisten sind auf diese Weise besorgt, dass das Angebot an Sachkapital immer geringer ist als die entsprechende Nachfrage, welche deshalb zur Zahlung eines Zinses gezwungen wird, der nicht nur dem Kapitalertrag entspricht, sondern vor allem auch mindestens das Niveau des Urzinses erreicht. Nur dank der Natur des herkömmlichen Geldes haben die Kapitalisten diese Möglichkeit, andernfalls könnte die Realkapitalmenge ständig vermehrt und damit ihr Ertrag — und entsprechend der Zins, der für deren Überlassung zu zahlen ist — gesenkt werden. Das ist eine der zentralen Thesen

20) Ebenda S. 356.

21) Ebenda, S. 357.

22) Ebenda, S. 361.

Gesells, die ihn in schroffen Gegensatz zu allen bisher vertretenen Ansichten stellt und gleichzeitig einen der Hauptberührungspunkte mit der Lehre von Keynes darstellt. Gesell drückt diese Ansicht an einer Stelle folgendermassen aus: „Der Geldzins wird nicht vom Zins der Sachgüter (Realkapitalien) beeinflusst (wohl aber umgekehrt), und der Wettbewerb der Geldverleiher hat keinen Einfluss auf ihn“²³.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich — in grossen Zügen der Darstellung Dillards folgend — feststellen, dass Gesell drei verschiedene Aspekte des Zinsphänomens unterscheidet, wenngleich sie in seinen Ausführungen nicht sehr deutlich auseinander gehalten werden. Am Beginn der Erklärung des Zinses steht der Urzins als rein monetäres Phänomen, das völlig unabhängig ist von Erscheinungen wie der „time-preference“, dem Warten oder der Produktivität des Sachkapitals. Es handelt sich hier um eine vorwiegend hypothetische, in der Wirklichkeit nicht wahrnehmbare Grösse, sozusagen den Differentialgewinn des Geldes im Vergleich zu anderen Formen des Tausches, und diese Grösse bedingt nun in ganz bestimmter Weise die beiden anderen Aspekte des Zinses und beeinflusst diesen in seiner Höhe.

Die zweite Erscheinungsform des Zinses ist der *Realkapitalzins*, womit das Erträgnis bezeichnet wird, das ein beliebiges Kapitalgut seinem Besitzer abwirft. — Auch der Realkapitalzins ist in der Regel in der Wirklichkeit nicht direkt wahrnehmbar, jedoch auch keine rein theoretische Grösse wie der Urzins, sondern schätzungs- und näherungsweise festzustellen. Mit zunehmender Akkumulation von Kapitalgütern in einer Volkswirtschaft nimmt dieses Erträgnis ab, sinkt aber infolge des Bestehens eines wertbeständigen Geldes niemals unter das Niveau des Urzinses.

Der *Darlehenszins* als dritter Aspekt des Zinsphänomens bezeichnet sowohl den Zins für Darlehen in Sachgütern als auch für solche in Geld. Da er meist vertraglich festgesetzt wird, ist seine Höhe unmittelbar zu erkennen; sie entspricht tendentiell dem Urzins, indem ja dieser die Höhe des Kapitalertrages und damit auch des Zinses für ein Darlehen in Sachgütern beeinflusst, während der Zins für Gelddarlehen in seinen drei Bestandteilen in der oben beschriebenen Art und Weise determiniert wird.

23) Ebenda, S. 354. Die zweite Hälfte der Aussage entspricht natürlich keineswegs der von Keynes vertretenen Ansicht, was weiter unten im Text auch noch dargestellt werden soll.

Freigeld beseitigt allein den Urzins

Jeglicher Lösungsversuch des Zinsproblems hat, sobald man sich auf den Boden dieser Zinstheorie stellt, beim Urzins anzusetzen. Genau dies tut nun das Freigeld; welche konkrete äussere Form der Verwirklichung es immer erfährt, hebt es die Hortungsfähigkeit des Geldes auf und nimmt diesem seine Überlegenheit gegenüber den Waren und damit die Möglichkeit, von ihnen eine Abgabe, eben den Urzins, zu erheben. Mit der Einführung des Freigeldes verschwindet also der Urzins, „... im übrigen aber wird am Tage, an dem das Gold (und überhaupt das wertbeständige Geld) von seinem Throne gestossen wird und das Freigeld es übernimmt, den Austausch der Waren zu vermitteln, sich überhaupt nichts Nennenswerthes in bezug auf den Zins ereignen“²⁴. Der vorhandene Bestand an Realkapital wird nach wie vor einen gewissen Ertrag abwerfen, der nur allmählich in dem Masse sinken wird, als weiteres Realkapital zu dem schon bestehenden hinzutritt. Solange die Nachfrage nach Sachkapital sein Angebot übersteigt, wird für dessen leihweise Überlassung ein Zins bezahlt werden müssen. Und ebenso wird man für die leihweise Überlassung eines Geldbetrages Zins bezahlen müssen, solange die Möglichkeit besteht, mit dem Gelde zinstragendes Realkapital zu kaufen! „Bis dahin war der Zins für Realkapital abhängig vom Urzins; jetzt ist der Urzins beseitigt und die Höhe des Darlehenszinses richtet sich genau nach dem Zins des Sachgutes. Man wird also bei Gelddarlehen nicht darum Zins zahlen, weil das Geld den Waren eine Abgabe aufbürden kann, sondern weil die Nachfrage nach Darlehen vorläufig noch das Angebot übersteigt“²⁵. Solange also das herkömmliche, hortungsfähige Geld Geltung besitzt, ist die Urzinstheorie die einzige Möglichkeit, das Phänomen des Zinses und dessen Höhe zu erklären. Ist einmal das Freigeld eingeführt und damit der Urzins beseitigt, so wendet Gesell zur Erklärung offenbar etwas wie eine „Produktivitäts-Theorie“ an, indem er den Ertrag des Realkapitals die Höhe des (Geld-)Zinses bestimmen lässt.

Solange die Nachfrage nach Geld bei einem hypothetischen Zinssatz von Null Prozent das Angebot übersteigt, kann ein Zins gefordert werden. Unter der Herrschaft des Freigeldes wird aber alles Geld, das nicht zu Konsumzwecken ausgegeben wird, für Sachgüter aufgewendet, d. h. investiert werden. Auch bei einem sehr niedrigen Zinsfuss wird das immer noch vorteilhafter sein als den Schwundverlust, der dem Gelde anhaftet oder auch nur droht, tragen zu

24) Ebenda, S. 382.

25) Ebenda.

müssen. Die daraus folgende ungehemmte Kapitalakkumulation wird den Sachkapitalzins und mit ihm den Darlehenszins stetig senken und nahe an das Niveau von null % heranführen.

Kapitalgüter im Sinne von Sachgütern, die ihrem Besitzer einen Zinsertrag einbringen und die nicht oder nur beschränkt vermehrbar sind, sollen nationalisiert werden. Dies gilt in erster Linie für den gesamten Grundbesitz, welcher seinen bisherigen Eigentümern gegen Staatsschuldscheine abgekauft und dann verpachtet werden soll, wobei die Pachteinahmen zur Einlösung der Schuldverpflichtungen gegenüber den bisherigen Eigentümern verwendet werden sollen²⁶. Auf diese Weise wird verhindert, dass die Geldbesitzer ihr gesamtes Vermögen im Grundbesitz investieren und so die ungehemmte Kapitalakkumulation und das Sinken des Sachkapitalzinses verunmöglichen.

Der Zins wird nicht „abgeschafft“, sondern verschwindet allmählich

Wenn also immer wieder gesagt wird, die Freiwirtschaftslehre wolle den Zins „abschaffen“ so entspricht dies keineswegs den Tatsachen. Es besteht vielmehr die Meinung, durch eine ungehemmte Kapitalakkumulation werde der Zins sich selbst allmählich zum Verschwinden bringen. Die Ansicht, bei einem ständig sinkenden Zinsfuß werde die Nachfrage nach Kapital ins Unermessliche steigen, wird von Gesell — und vor allem von seinen Jüngern — entschieden abgelehnt: Solange nämlich die Nachfrage das Angebot beträchtlich übersteigt, hat der Zins gar nicht die Möglichkeit zu sinken. Ferner bleibt auch bei einem noch so niedrigen Zinsfuß immer die Verpflichtung bestehen, das empfangene Darlehen zurückzuerstatten. Auch in einer völlig zinsfreien Wirtschaft könnte man „Gratisdarlehen“ nur in diesem Sinne erhalten. Die Tatsache, dass ein Darlehen nach einer bestimmten, mehr oder weniger langen Zeit zurückzuzahlen ist, wird manche Nachfrage, die unüberlegt und wahllos hätte stattfinden können, abschrecken oder wenigstens einschränken. Ferner wird wohl besonders bei langfristiger Kreditgewährung von seiten des Darlehengebers eine Risikoprämie erhoben oder jedenfalls auf die Gewährung einer genügenden Sicherheit geachtet werden, was wiederum die tatsächliche Nachfrage einschränken sollte.

Für Investoren, die zur Übernahme eines überdurchschnittlichen Risikos²⁷ bereit sind, bestände immer noch die Möglichkeit, einen

26) Dieses Projekt stellt den Kerngedanken der „Freiland“-Reform dar, die heute eindeutig in den Hintergrund der Propaganda der Anhänger der Freiland-Freigeld-Festwährung-Idee getreten ist.

grösseren Ertrag vom investierten Kapital zu beziehen. Freie Initiative und Unternehmertum würden so bestehen bleiben, während das „arbeitslose Einkommen“ in Form von Zins und Rente zu langsamem Verschwinden verurteilt wäre und damit der Anteil des Arbeitseinkommens am gesamten Volkseinkommen sich fortdauernd vergrössern würde. Nach dem wirtschaftlichen wäre damit auch das soziale Ziel der Freiwirtschaftslehre erreicht.

2. Die Theorie von John Maynard Keynes

Bestimmungsgründe der Beschäftigung und des Volkseinkommens

Keynes versucht in seinem Hauptwerk mittels eines Systems wirtschaftlicher Gesamtgrössen aufzuzeigen, welches die Bestimmungsgründe der Beschäftigungsmenge und des Ausmasses des Gesamteinkommens einer Volkswirtschaft sind und in welcher Weise sie wirken²⁸. Da Beschäftigungsmenge und Grösse des Volkseinkommens in einer engen positiven Korrelation zueinander stehen, ist es genügend, die Determinanten der letzteren zu kennen und zu untersuchen. Von grundlegender Wichtigkeit für die Analyse von Keynes ist das Prinzip der „effektiven Nachfrage“: es ist für die Aufrechterhaltung eines bestimmten Beschäftigungsgrades und eines bestimmten Niveaus des Volkseinkommens wichtig, dass die Gesamtsumme der erhaltenen Einkommen wiederum ausgegeben wird, d. h. Nachfrage nach Konsum- oder Produktionsgütern hält und auf diese Weise wieder zu Einkommen anderer Wirtschaftssubjekte wird. Das Gesamteinkommen einer Periode, welches den Unternehmern und Nichtunternehmern zufließt, entspricht nämlich der Summe aus dem Wert des Konsums und dem Wert der Investition; es wird also mit andern Worten durch das Konsum- und Investitionsvolumen bestimmt. Dieses Gesamteinkommen wird also zu einem Teil für Konsumgüter ausgegeben, während ein anderer Teil nicht verbraucht, sondern gespart wird. Im Gleichgewicht sollte die Nachfrage nach

27) Hierbei wird stillschweigend vorausgesetzt, dass unter dem Regime des Freigeldes und der Festwährung das durchschnittliche Risiko einer Investierung ganz beträchtlich geringer wäre als heute, weil heftige Preisveränderungen und Krisen — sozusagen ex definitione — ausgeschlossen wären.

28) Vgl. für die folgende Darstellung besonders Paulsen, a. a. O., S. 50 ff., sowie E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, 3. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1952, Seiten 91—161.

Konsumgütern deren Angebot, d. h. deren Produktion — abzüglich der Errichtung von Vorräten — entsprechen und die Ersparnisse dem Angebot an Kapitalgütern²⁹. Ist dies nicht der Fall, so wird sich das Produktionsvolumen verändern und in entsprechendem Masse die Beschäftigungsmenge und das Volkseinkommen beeinflussen.

Verbrauchs- und Sparneigung

Der Umfang des Konsumvolumens hängt davon ab, welchen Teil des Einkommens die Einkommensbezieher gesamthaft für Konsumausgaben aufzuwenden beschliessen. Die betreffenden Entscheidungen der Einkommensbezieher werden in den Haushaltplänen getroffen, letzten Endes jedoch nach der Annahme von Keynes durch die Höhe des Einkommens bestimmt. Keynes bezeichnet das Verhältnis zwischen Konsumvolumen und Gesamteinkommen als „Verbrauchsneigung“: werden z. B. aus einem Volkseinkommen von 10 Mrd. deren acht zu Konsumzwecken aufgewendet, so beträgt die Verbrauchsneigung 80 % oder $\frac{4}{5}$. Da dieses Verhältnis die funktionale Beziehung zwischen dem Einkommen (Y) und dem Ausmass des Verbrauches (C) angibt, wird es auch als „Verbrauchsfunktion“ bezeichnet: $C = f(Y)$. Wichtig für die Theorie von Keynes ist nun die Tatsache, dass mit zunehmendem Einkommen der Verbrauch ceteris paribus zwar absolut zunimmt, relativ zum Gesamteinkommen sich jedoch vermindert. Mit anderen Worten: die marginale Verbrauchsneigung, d. h. das Verhältnis zwischen einer Verbrauchsveränderung und der sie bewirkenden Einkommensveränderung, nimmt mit wachsendem Einkommen ab.

Die Sparneigung als Verhältnis zwischen Sparvolumen und Gesamteinkommen stellt die „Kehrseite“ der Konsumneigung dar; entsprechend nimmt die marginale Sparneigung mit wachsendem Einkommen zu. — Der Teil des Volkseinkommens, welcher gespart wird, stellt zunächst einmal lediglich eine Verringerung der effektiven Nachfrage dar und somit einen Ausfall an Einkommen. Damit die gesamte wirksame Nachfrage trotzdem dem in der früheren Periode im Produktionsprozess ausbezahlten Einkommen entspreche, muss das Investitionsvolumen mit der Menge der Ersparnisse über-

29) Für eine eingehendere Untersuchung des Vorganges müsste eine klare Unterscheidung der verschiedenen zeitlichen Perioden vorgenommen werden, in welchen das Gütervolumen erzeugt und angeboten und entsprechend die individuellen Einkommen bezogen und für Konsum und Ersparnis aufgewendet werden. Für unseren Zweck scheint mir aber diese vereinfachte Methode zu genügen.

einstimmen. Damit sind wir beim Hauptproblem der Keyneschen Theorie, dem Verhältnis zwischen Sparen und Investieren, angelangt. Keynes geht nämlich nicht von den beiden unmittelbaren Determinanten des Volkseinkommens, also dem Konsum- und dem Investitionsvolumen aus, sondern wählt statt des ersten dessen Kehrseite, eben das Volumen der Ersparnisse als Ausgangspunkt³⁰. Die Investitionsentscheidungen werden vollständig unabhängig von den Entscheidungen über die Ersparnisse getroffen; deshalb ist es unwahrscheinlich, dass das Volumen der beabsichtigten Investition, welches jenen Investitionsentscheidungen entspricht, genau mit dem Volumen der Ersparnisse übereinstimmt. Da Konsum- und Investitionsvolumen zusammen den Betrag des Einkommens bestimmen, bedeutet eine Divergenz zwischen Ersparnis- und Investitionsquote, dass sich die Einkommensgrösse gegenüber der vorangegangenen Periode verändert.

Spar- und Investitionsvolumen

Die Tatsache, dass im System von Keynes zwar einerseits Spar- und Investitionsvolumen (*S* und *I*) schon ex definitione einander gleich sind, andererseits aber auch auseinandergesetzt wird, auf welche Art und Weise durch den Einfluss der Höhe des Volkseinkommens diese beiden Grössen im Falle eines Auseinanderklaffens einander angeglichen werden, hat zu endlosen Diskussionen Anlass gegeben. Da für uns an dieser Stelle diese Streitfrage keine sehr grosse Rolle spielt, können wir uns mit dem Hinweis begnügen, dass ex ante die *beabsichtigten*, *freiwilligen* Ersparnisse keineswegs mit den *beabsichtigten*, *freiwilligen* Investitionen übereinzustimmen brauchen und tatsächlich auch selten übereinstimmen werden, dass dagegen ex post *S* und *I* deshalb gleich sind, weil jetzt in ihnen auch *unbeabsichtigte*, *unfreiwillige* Beträge enthalten sind. Zu unterstreichen ist vor allem der Gegensatz zur klassischen Auffassung, nach welcher *S* und *I* einzig durch eine Veränderung des Zinssatzes miteinander ins Gleichgewicht gebracht werden können, während nach Keynes eine solche Anpassung nur über die Höhe des Volkseinkommens erfolgen kann³¹, wodurch der Anpassungsprozess komplizierter und umwegiger wird und die Gesamtwirtschaft stärker beeinflusst und verändert. Diese Auswirkungen einer Divergenz zwi-

30) Vgl. hierzu E. Schneider, a. a. O., S. 108/9.

31) „It is through changes in income that the equality of saving and investment is preserved.“ J. Robinson, Introduction to the Theory of Employment, London 1937, S. 16.

schen S und I auf das Einkommensniveau sind von massgebendem Einfluss, dagegen können wir hier die Diskussion um die Definition der beiden Begriffe vernachlässigen³².

Bestimmungsgründe der Investition

Die Lücke im Volumen der effektiven Nachfrage, die durch den Nicht-Konsum, d. h. die Ersparnis gebildet wird, sollte von der Investition in ausreichendem Masse geschlossen werden. Da diese Lücke mit wachsendem Volkseinkommen immer grösser wird, kommt der Investition entsprechend eine immer wachsende Bedeutung zu. Dabei ist unter Investition „... aller Zuwachs zum Gesamtbestand an Gütern, gleichgültig welcher Form, Vollendungsstufe oder Zweckbestimmung“, also jeglicher Zuwachs zum Realkapital zu verstehen³³. Die Investitionsentscheidungen der Unternehmer sind dadurch gekennzeichnet, dass sie in starkem Ausmass von deren Erwartungen abhängig sind und nur teilweise von objektiven Faktoren beeinflusst werden. Die Unternehmer erwarten, dass ihre Investitionen, z. B. ihre neu errichteten Kapitalanlagen in periodischen Zeitabständen bestimmte Erträge abwerfen, welche die Einnahmen jener Investitionsaufwendungen darstellen. Bevor ein Investitionsentschluss gefasst wird, werden jeweils die erwarteten Einnahmen mit den tatsächlich notwendigen Ausgaben verglichen: „Wir wollen sagen, eine Investition sei für den Unternehmer vorteilhaft, wenn die aus der Investition hervorgehenden Einnahmen in ihrer Gesamtheit eine Wiedergewinnung der Ausgaben einschliesslich einer vom Unternehmer als hinreichend angesehenen Verzinsung repräsentieren“³⁴. Im Zeitpunkt, da die Investitionsentscheidungen getroffen werden, sind jene Einnahmen nicht objektiv bekannt, sondern lediglich von den Unternehmern erwartet und damit weitgehend subjektive, „psychologisch bedingte“ Grössen. Je grösser das Risiko der Investition eingeschätzt wird, desto höher müssen die erwarteten Erträge sein, damit der Unternehmer die Investitionsentscheidung

32) Vgl. z. B. G. Haberler, *Prosperität und Depression*, Bern 1948, S. 172: „Es scheint ziemlich klar zu sein, dass kein wirkliches Problem unter denen zur Diskussion steht, die von einer Differenz zwischen S und I sprechen und denen, die darauf bestehen, dass S und I gleich sein müssen. Beide Schulen sprechen über dasselbe Phänomen in verschiedenen Terminologien. Es werden keine Feststellungen über Tatsachen diskutiert.“

33) A. Paulsen, a. a. O., S. 121.

34) E. Schneider, *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, 2. Teil: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, Tübingen 1949, S. 165.

trifft. Die Reihe der erwarteten Erträge der Investition wird zum Zwecke des Vergleichs „kapitalisiert“, d. h. auf den gegenwärtigen Zeitpunkt diskontiert.

Die „Grenzerziebigkeit des Kapitals“

Der so erhaltene „Kapitalwert“ der zukünftigen erwarteten Erträge wird zum Kostenwert der Investition in Beziehung gesetzt; das Verhältnis dieser beiden Grössen, von denen die eine, von den Erwartungen der Unternehmer abhängige den „psychologischen“, die andere den objektiven Faktor darstellt, ist die „Grenzerziebigkeit des Kapitals“³⁵. Keynes selbst definiert die Grenzerziebigkeit des Kapitals „... als jenem Diskontsatz gleich, der den gegenwärtigen Wert der Reihe von Jahresrenten, die aus dem Kapitalwert während seines Bestandes erwartet werden, genau gleich seinem Angebotspreis machen würde“³⁶. Während sich so für jeden Kapitalbestand eine besondere Grenzerziebigkeit errechnen lässt, kann „die grösste dieser Grenzerziebigkeiten ... als die Grenzerziebigkeit des Kapitals im allgemeinen betrachtet werden“³⁷.

Diese Grenzerziebigkeit kann sich nun verändern entweder als Folge einer Änderung der Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Erträge von Investitionen oder als Folge einer Änderung des objektiven Faktors, d. h. der Ersatzkosten. Bei zunehmendem Kapitalbestand der Volkswirtschaft werden sich beide Faktoren in der Weise verändern, dass die Grenzerziebigkeit des Kapitals abnimmt.

Investitionsneigung und Marktzinssatz

Für ihre Investitionsentscheidungen werden die Unternehmer die Grenzerziebigkeit des Kapitals mit dem Marktzinsfuss verglichen, welcher den anderen wichtigen Faktor bei der Bestimmung des Investitionsvolumens darstellt. Der Zinsfuss kann von Bedeutung sein als Preis des Leihkapitals, das der Unternehmer zur Durchführung der Investition borgen muss, d. h. also als Kostenfaktor, viel wich-

35) D. Dillard, *The Economics of John Maynard Keynes*, London 1950, S. 135.

36) Allgemeine Theorie, a. a. O., S. 114. Der Angebotspreis seinerseits ist der Preis, „der einen Fabrikanten gerade noch veranlassen würde, neu eine zusätzliche Einheit solcher Vermögensbestände zu erzeugen, d. h. das, was gelegentlich ihre Ersatzkosten genannt wird“ (ebenda).

37) Ebenda.

tiger aber ist die Rolle, die ihm als Entgelt einer möglichen alternativen Verwendung des Kapitals zukommt: der Kapitalbesitzer und potentielle Investor könnte nämlich mit seinem Geldkapital ein Wertpapier kaufen, welches ihm Zinseinnahmen verspricht und dessen Risiko zudem in der Regel geringer ist. Deshalb wird eine Investition nur stattfinden, sofern die Grenzerziebigkeit der in Frage stehenden Kapitalart höher ist als der Marktzinsfuss gleicher Fristigkeit, genauer gesagt: es wird investiert werden, bis diese beiden Grössen einander gleich sind. Sinkt also die Grenzerziebigkeit heute erstellter Kapitalwerte bei unverändertem Zinsfuss, so wird sich das Investitionsvolumen verringern und mit ihm auch die Beschäftigungsmenge und das Volkseinkommen. — Da mit steigendem Gesamteinkommen der relative Anteil des Konsumvolumens an der Gesamtnachfrage abnimmt, kommt der Investition und ihren Bestimmungsgründen eine stets wachsende Bedeutung zu, was besonders für die moderne Volkswirtschaft des „kapitalistischen“ Typus³⁸ zutrifft. Das Investitionsvolumen ist jedoch nicht nur grössenmässig für den Umfang der effektiven Nachfrage und somit der Beschäftigung wichtig, sondern vor allem auch aus einem andern Grunde: die Verbrauchsneigung, die weitgehend das Konsumvolumen determiniert, ist relativ stabil und vermag kaum wesentlich eine Änderung des Umfanges der wirksamen Nachfrage zu bewirken. Schwankungen des Beschäftigungsniveaus sind deshalb in viel stärkerem Masse eine Folge von Veränderungen der Investitionsneigung und des Investitionsvolumens. Aus diesem Grunde widmen die neueren Theorien des Konjunkturzyklus der Kapitalgüterproduktion eine besondere Aufmerksamkeit und darum nimmt auch die Besprechung der „Veranlassung zur Investition“ in der „Allgemeinen Theorie“ von Keynes eine so wichtige Stellung ein.

Die Zinstheorie

Bei der Behandlung der beiden Faktoren, die das Ausmass der Investition bestimmen, also der Grenzerziebigkeit des Kapitals und des Zinssatzes, besteht die entscheidende Neuerung der Keynesschen Analyse in der Betrachtung und Erklärung des Zinses, wo sich Keynes in schroffen Gegensatz zur überkommenen Lehre stellt.

Nach der klassischen Zinstheorie stellt der Zins die Belohnung für die Spartätigkeit, d. h. für Konsumverzicht dar und hat die Aufgabe,

38) Die Bezeichnung „kapitalistisch“ in diesem Zusammenhang soll lediglich besagen, dass diese Volkswirtschaften in starkem Masse mit Kapitalgütern ausgestattet sind.

das Angebot an und die Nachfrage nach Ersparnissen einander anzugleichen. Gegen diese Auffassung wendet sich nun Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“³⁹. Seiner Ansicht nach hat der einzelne Einkommensempfänger nicht nur die eine Entscheidung zu treffen, in welchem Verhältnis er sein Einkommen auf Verbrauch und Ersparnis verteilen soll (wie dies die klassische Theorie annimmt), sondern darüber hinaus auch noch die andere, nämlich „in welcher Form er das Verfügungsrecht über zukünftigen Verbrauch halten soll, das er aus seinem laufenden Einkommen oder aus früheren Ersparnissen zurückgestellt hat“⁴⁰. Er muss sich entscheiden, ob er diesen Teil seines Einkommens (und Vermögens) in flüssiger, d. h. jederzeit realisier- und verwendbarer Form halten oder ob er zeitweilig dieses sofortige Verfügungsrecht gegen einen andern Vorteil irgendwelcher Art abtreten soll. Dieses Verfügungsrecht entspricht der potentiellen Annehmlichkeit der sogenannten „Liquiditätsprämie“, über welche schon weiter oben (S. 20) gesprochen worden ist.

In welchem Verhältnis der einzelne Vermögensbesitzer seine Aktiva auf liquide, keinen Ertrag abwerfende Bestände und auf zinstragende, jedoch weniger liquide Forderungen verteilt, ist von seiner jeweiligen „Liquiditätspräferenz“ abhängig. Je grösser der Betrag, den er ursprünglich liquid als „Kasse“ zu halten gedachte, desto höher muss das Entgelt sein, das ihm für die Hergabe eines Teiles dieser Mittel geboten werden muss. Dieses Entgelt ist der Zins, der damit „die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität für einen bestimmten Zeitabschnitt“ darstellt⁴¹.

Der Sachverhalt wird in einer andern Form der Darstellung vielleicht klarer: um die „Liquiditätsneigung“ befriedigen zu können, werden von den Wirtschaftssubjekten liquide Mittel, d. h. Geld nachgefragt. Diese Nachfrage tritt der Gesamtgeldmenge als dem Angebot gegenüber, und der Zinsfuß ist nichts anderes als der Preis, „der das Verlangen, Vermögen in der Form von Bargeld zu halten, mit der verfügbaren Menge von Bargeld ins Gleichgewicht bringt...“⁴². In diesem Sinne ist der Zins nach der Theorie von Keynes ein wesentlich *monetäres* Phänomen, weil er durch das Angebot und die Nachfrage nach Geld bestimmt wird.

39) In der bald nach Erscheinen des Keynesschen Buches entbrannten Diskussion, besonders im „Economic Journal“, vertrat dann Keynes seine eigene „Liquiditätstheorie“ nicht so sehr gegenüber der klassischen als vielmehr gegenüber andern Auffassungen, vor allem der „Kredit-Theorie des Zinses“ (loanable funds theory).

40) A. a. O., S. 139/40.

41) Ebenda, S. 140.

42) Ebenda, S. 141.

Motive der Kassenhaltung

Keynes untersucht die Ursachen und Motive der Nachfrage nach liquiden Mitteln und bezeichnet sie als die „psychologischen und geschäftlichen Antriebe zur Liquidität“. Er unterscheidet drei verschiedene Motive, aus welchen die Vermögensbesitzer einen gewissen Betrag ihres Vermögens in liquider Form zu halten wünschen:

1. das Umsatzmotiv, d. h. die Notwendigkeit, Bargeld für den laufenden persönlichen und geschäftlichen Bedarf zur Verfügung zu haben, 2. das Vorsichtsmotiv, welches der Bargeldhaltung als Vorsorge für unvorhergesehene, plötzlich nötig werdende Ausgaben entspricht sowie zur Befriedigung des Verlangens „nach Sicherheit über den zukünftigen Barwert eines gewissen Teils des Gesamtvermögens“⁴³, und 3. das Spekulationsmotiv, d. h. die „Absicht, aus einer besseren Erkenntnis der Zukunft, als sie der Markt hat, einen Gewinn zu erzielen“⁴⁴.

Die Nachfrage nach Geld, die aus dem Umsatzmotiv gehalten wird, ist weitgehend vom Grad der wirtschaftlichen Aktivität und damit von der Höhe des Einkommens abhängig, während sie sich gegenüber Veränderungen des Zinsfußes unempfindlich verhält. Sie wird als L_1 bezeichnet und ihre funktionale Abhängigkeit von der Höhe des Volkseinkommens in der Form $L_1 = L_1(Y)$ ausgedrückt. Keynes rechnet auch die Bargeldhaltung aus Vorsichtsmotiven zu L_1 , jedoch erscheint die Annahme von Schneider realistischer, wonach sie eher als „Übergangsfall“ zwischen der Nachfrage nach Geld aus Umsatzmotiven und derjenigen aus Spekulationsmotiven aufzufassen sei⁴⁵.

Das „Spekulationsmotiv“

Diese Nachfrage nach Geld aus Spekulationsmotiven ist ihrerseits vom Zinsfuß abhängig: je höher der Zinsfuß, desto eher werden die Vermögensbesitzer bereit sein, auf ihre liquiden Mittel zu verzichten und an deren Stelle zinstragende Forderungen zu halten. Die funktionale Abhängigkeit dieser „Liquiditätspräferenz im engeren Sinne“ vom Zinssatz wird in der Form $L_2 = L_2(i)$ ausgedrückt. Die Vermögensbesitzer orientieren sich an den Kursen der festverzinslichen Forderungen, die sich nur gerade durch ihren etwas geringeren

43) A. a. O., S. 143.

44) Ebenda.

45) E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, 3. Teil, a. a. O., Seite 62.

Liquiditätsgrad vom Bargeld unterscheiden⁴⁶; eine Veränderung in der Höhe des Marktzinssatzes bedeutet eine Veränderung des Kapitalwertes einer solchen Forderung in entgegengesetzter Richtung: ein niedriger Zinssatz ist also gleichbedeutend mit hohem Kurs der Forderungen. In diesem Falle wird die Liquiditätspräferenz der Wirtschaftssubjekte hoch sein, „nicht nur, weil der Zinsverlust, den sie durch das Halten eines Kassenbestandes erleiden, klein ist, sondern auch, weil sie mit einem Kursfall rechnen müssen, der den Zinsertrag unter Umständen mehr als aufwiegt“⁴⁷. Die Vermögensbesitzer nehmen ständig eine Neubewertung ihrer Aktiven vor und entsprechend der erwarteten Entwicklung des Kurswertes erhöhen oder vermindern sie ihre liquiden Bestände. Da die Zukunft des Zinssatzes für die Wirtschaftssubjekte ungewiss ist und sie deshalb immer wieder jene Neubewertung vollziehen, durch ihre veränderte Nachfrage nach Kassenbeständen dabei aber ihrerseits wieder den Zinsfuß beeinflussen, wird dessen tatsächlicher Wert „... zum grossen Teil durch die bestehende Anschauung über seinen erwarteten zukünftigen Wert beherrscht“⁴⁸.

Die von der Höhe des Volkseinkommens abhängige Grösse L_1 ist — jedenfalls kurzfristig — keinen sehr starken Veränderungen unterworfen und übt dementsprechend auch als Bestandteil der Nachfrage nach Geld keinen sehr grossen Einfluss auf den Zinsfuß aus. Kurzfristig sind starke Schwankungen der Gesamtgrösse L eine Folge von Veränderungen der „Liquiditätsneigung im engeren Sinne“, weshalb auch die Feststellung richtig ist, dass der Zinsfuß von den beiden Grössen L_2 und M determiniert wird.

Die Bedeutung der Geldmenge

Entsprechend L_1 und L_2 unterteilen wir die gesamte verfügbare Geldmenge M in M_1 und M_2 , wobei also M_1 die Geldmenge darstellt, die zur Befriedigung des Umsatzmotivs und M_2 jene, die zur Befriedigung des Spekulations- (und Vorsichts-) Motivs gehalten wird. Da der Umfang, der aus dem Umsatzmotiv gehaltenen Geldmenge in einer funktionalen Abhängigkeit von der Höhe des Volkseinkommens steht, können wir schreiben: $M_1 = L_1(Y)$; entsprechend gilt $M_2 = L_2(i)$. Da die gesamte in einem Zeitpunkt vorhandene Geldmenge M entweder aus dem Umsatz-, dem Vorsichts- oder dem

46) Vgl. R. F. Harrod, *The Life of J. M. Keynes*, London 1951, Seite 458.

47) E. Schneider, a. a. O., S. 62.

48) Keynes, a. a. O., S. 171.

Spekulationsmotiv gehalten wird, so gilt $M = M_1 + M_2$ und als Zusammenfassung der beiden obenstehenden Ausdrücke $M = L_1(Y) + L_2(i) = L(Y, i)$. — Diese Gesamtgeldmenge tritt nun als Angebot der Liquiditätspräferenz gegenüber, welche sich ihrerseits in der Form der Nachfrage nach Geld manifestiert. Entsprechend dem „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ bestimmt dann „die gesamte Liquiditätspräferenz . . . zusammen mit der gesamten Geldmenge die Höhe des Zinssatzes“⁴⁹.

Es ist festzuhalten, dass diese Keynes'sche Erklärung des Zinsphänomens von der Annahme eines einzelnen, für die gesamte Volkswirtschaft gültigen Zinssatzes ausgeht. Diese Annahme erscheint gerechtfertigt angesichts des Umstandes, dass in der Realität die Zinssätze verschiedener Fristigkeit ziemlich eng miteinander verbunden sind: für eine solche allgemeingültige Überlegung kann also von einem einzelnen Zinssatz ausgegangen werden. — Ferner beruht die Annahme, Zinssatzänderungen seien eine Folge von Änderungen in der Liquiditätspräferenz, auf der Voraussetzung einer unveränderten Geldmenge. Wird die Geldmenge gleichzeitig mit der erhöhten Liquiditätspräferenz in genügendem Ausmass vergrössert, so wird der Zinsfuß nicht steigen, sondern stabil bleiben. Analog kann durch eine Veränderung der Gesamtgeldmenge der Zinssatz beeinflusst werden, sofern die Liquiditätsneigung unverändert bleibt oder sich jedenfalls in Richtung und Ausmass den Erwartungen entsprechend verändert. So wird eine — beispielsweise von der Zentralbank — vergrösserte Geldmenge den Zinsfuß senken, sofern die Liquiditätsneigung nicht oder jedenfalls nicht in einem Masse steigt, dass sie die Wirkungen der Geldmengenausweitung gerade wieder aufhebt.

Geldmenge, Zinsfuß und Investition

Durch eine solche Zinsfussenkung sollte aber wiederum — bei unveränderter Grenzergiebigkeit des Kapitals — die Investitionstätigkeit angeregt werden. Diese ist ja einerseits von der Grenzergiebigkeit des Kapitals, d. h. weitgehend von den Erwartungen der Unternehmer bezüglich der künftigen Erträge zusätzlich investierter Kapitaleinheiten, andererseits eben von der Höhe des Zinssatzes abhängig.

Wie dargelegt ist aber gerade das Investitionsvolumen von massgebendem Einfluss auf das Ausmass der Beschäftigung und die Höhe des Volkseinkommens, und damit kommt auch dem Zinsfuß

49) E. Schneider, a. a. O., S. 64.

und der Beeinflussung seiner Höhe durch die Regulierung der Gesamtgeldmenge — sofern er tatsächlich eine solche bedeutende Rolle bei der „Veranlassung zur Investition“ spielt — eine wesentliche Bedeutung zu: „Wenn unter dem Einfluss der Liquiditätspräferenz der Zinsfuss bei Vollbeschäftigung so beschaffen ist, dass die Menge, welche die Leute zu sparen wünschen, grösser ist als die Menge, die die Unternehmer für Kapitalausgaben irgendwelcher Art benötigen, dann werden sich Lager ansammeln, und die Profite werden geschmälert, und der darauf folgende Rückgang der Bestellungen wird die Beschäftigung verringern, bis ein Niveau relativer ‚Armut‘ erreicht ist, bei welchem die gewünschte Ersparnisquote die Quote, die die Geschäftswelt für Kapitalausgaben benötigt, nicht mehr länger übersteigt. Dies ist die zentrale Doktrin der Beschäftigung“⁵⁰.

Die Bedeutung des Zinses in der Realität

Die Theorie von Keynes misst dem Zinsfuss eine grosse Bedeutung bei. In der Realität scheint ihm jedoch bei der Bestimmung des Investitionsvolumens keine allzu grosse Wichtigkeit zuzukommen, und „im (wirtschaftlichen) System als ganzen scheint es nicht, dass die Investition auf Zinsfussänderungen reagiert“⁵¹. Diese Auffassung wurde nicht nur theoretisch begründet — besonders mit dem Hinweis auf die sehr kurz gewordenen Abschreibungsperioden, bei welchen die Bedeutung des Zinsfusses gegenüber jener der erwarteten Erträge sehr gering ist —, sondern auch durch empirische Erhebungen und ökonometrische Berechnungen erhärtet⁵².

Keynes selbst war aber von der Bedeutung des Zinssatzes für die Bestimmung des Investitionsvolumens überzeugt; er befürwortete deshalb prinzipiell eine Geldpolitik, die darauf gerichtet sein soll, durch Vergrösserung der Geldmenge den Zinsfuss zu senken, weil dies seiner Ansicht nach zu einer Anregung der Investition führen muss. Seinen in der „Allgemeinen Theorie“ (S. 138) ausgesprochenen Zweifel am „Erfolg einer lediglich monetären Politik, die darauf abzielt, den Zinsfuss zu beeinflussen“, sieht z. B. Klein als vorübergehende Abweichung an und zitiert als Bestätigung hierfür einen Passus aus einem Brief von Keynes, den M. Ezekiel in der „American Economic Review“ wiedergegeben hat: „Ich bin keineswegs von der neuerdings vorgebrachten Meinung überzeugt, wo-

50) R. F. Harrod, a. a. O., S. 459.

51) L. R. Klein, *The Keynesian Revolution*, London 1950, S. 65.

52) Ebenda, S. 65/6, und die dort angegebene Literatur.

nach der Zinssatz eine geringe Rolle bei der Bestimmung des Investitionsvolumens spielt. Es ist möglich, dass andere Einflüsse, wie eine Erhöhung der Nachfrage, bei der Auslösung der Bewegung überwiegen. Aber ich bin gar nicht davon überzeugt, dass niedere Zinssätze keine entscheidende Rolle bei der Erhaltung der Investition auf einem gegebenen Niveau spielen oder dass sie im Falle einer Tendenz zur Verringerung der Investitionsrate es einem grösseren Investitionsvolumen nicht sollen ermöglichen können, über einen sehr viel längeren Zeitraum aufrechterhalten zu werden, als es sonst möglich gewesen wäre“⁵³.

Damit scheint es klar, dass Keynes dem Zinsfuss eine grosse Bedeutung als wesentlicher Determinante seines Systems beimisst, wenngleich er daneben auch die Möglichkeit einer „immer wachsenden Verantwortung (des Staates) für die unmittelbare Organisation der Investition“ in Erwägung zieht⁵⁴.

Kurz- und langfristige Aspekte

Vielleicht ist es angezeigt, einen kurz- und einen langfristigen Aspekt dieses Problems zu unterscheiden: kurzfristig genügt in einem Zustand geringer Wirtschaftstätigkeit und erheblicher Arbeitslosigkeit eine Senkung des Zinssatzes zur Anregung der Investitionstätigkeit schwerlich: Es ist z. B. denkbar, dass die Grenzergiebigkeit des Kapitals so tief gesunken ist, dass auch eine noch so massive Senkung des Zinssatzes die Investitionstätigkeit nicht anzuregen vermag, es sei denn, der Zins würde zu einer negativen Grösse! Aber gerade in solchen unsicheren Zuständen der Wirtschaft wird die Vorliebe für Liquidität stark ausgeprägt sein. Deshalb muss in Zeiten der Depression der Staat ausser der Kontrolle der Geldmenge und somit des Zinsfusses die Kontrolle über die Investitionstätigkeit übernehmen und dafür besorgt sein, dass diese ein Ausmass annimmt, welches einem Zustand der Vollbeschäftigung entspricht. Der Staat wird also einen Teil der Investitionstätigkeit „sozialisieren“, was jedoch nicht heisst, dass er zugleich die hierzu nötigen Produktionsmittel sozialisiert, sondern er übernimmt lediglich die Kontrolle über jenen Teil der Investitionstätigkeit, der zur Erreichung des Vollbeschäftigungsniveaus notwendig ist, von der Privatwirtschaft aber nicht durchgeführt wird⁵⁵.

53) Ebenda, S. 66. — M. Ezekiel, *Statistical Investigations of Saving, Consumption, and Investment*. American Economic Review, vol XXXII, 1942, S. 283.

54) Keynes, a. a. O., S. 138.

Langfristig kommt dem Zinssatz wiederum eine viel grössere Bedeutung zu: Ist einmal dank der kurzfristigen Massnahmen das Niveau der Vollbeschäftigung erreicht, so muss das Hauptgewicht der Bemühungen darin liegen, das Ausmass der Investitionsrate so zu halten, dass das erreichte Gleichgewicht nicht gestört wird und das Beschäftigungsvolumen gesichert bleibt. Die zentrale Bankbehörde hat zu diesem Zweck die Geldmenge so zu manipulieren, dass der Zinssatz niedrig und damit — bei einigermaßen konstant bleibenden Gewinnerwartungen der Unternehmer, was in einer Gleichgewichtssituation mit hoher effektiver Nachfrage angenommen werden darf — die Investitionsrate genügend hoch bleibt.

3. Zur vergleichenden Betrachtung der Gesellschen und der Keyneschen Theorie

Ein Zitat als Ausgangspunkt

Keynes äussert sich in dem Zitat aus der „Allgemeinen Theorie“, welches immer wieder als Beweis für sein Verständnis und seine Anerkennung der Freigeldtheorie angeführt wird, folgendermassen über das Hauptwerk Gesells: „Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines ‚anti-marxistischen‘ Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das Laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf die Entfesselung des Wettbewerbs, statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, die Zukunft wird mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen. Das Vorwort zu ‚Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld‘ wird dem Leser, wenn er es nachschlägt, die moralische Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden“⁵⁵. — Diese Stelle aus dem Keyneschen Buche ist hier in ihrem vollen Wortlaut wiederholt, weil sie als Ausgangspunkt des Versuches, die

55) Entsprechend hat der Staat bei Voll- oder Überbeschäftigung die Investitionstätigkeit zu bremsen, damit diese in ihrem Ausmasse immer möglichst jenem Niveau entspreche, das Vollbeschäftigung garantiert. Den staatlichen Massnahmen kommt also kurz gesagt eine ausgleichende Funktion zu.

56) A. a. O., S. 300.

Ideen und Theorien der beiden Autoren miteinander zu vergleichen, dienen mag.

Sie ist deshalb von Bedeutung, weil sie über alle Einzelheiten hinaus vor allem eine Gemeinsamkeit in der Haltung der beiden Autoren den Grundlagen der Wirtschafts- und der Sozialordnung gegenüber aufzeigt. Keynes drückt doch mit diesen Sätzen offenkundig aus, dass die sowohl anti-marxistische als auch die klassischen Grundlagen ablehnende Stellungnahme Gesells in den wesentlichen Zügen jener seiner eigenen Lehre entspricht, welche ihrerseits ihrem „... politischen Gehalt nach ... eine soziale Spätfrucht des Liberalismus ...“ ist, und deren „geistige Zielsetzung ... derjenigen von Adam Smith nicht so unverwandt“ ist⁵⁷.

„Anti-Marxismus“ und „Anti-Laissez-faire“

Sowohl Gesell als auch Keynes treten für eine konkurrenzwirtschaftliche, freiheitliche Ordnung ein; deshalb wenden sich beide gegen die Lehren und die Postulate von Karl Marx und lehnen eine allgemeine Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Lenkung des gesamten Wirtschaftsprozesses von einer zentralen Stelle aus entschieden ab. Ebenso lehnen sie jedoch auch beide die klassische Wirtschaftslehre ab und bestreiten, der Wirtschaftsablauf vollziehe sich automatisch und harmonisch und gemäss einer „natürlichen Ordnung“. Aus diesem Grunde sind sie Gegner jeglicher Politik des „Laissez-faire“ und gewillt, die bestehende individualistische Wirtschaftsordnung des Kapitalismus zu verändern und zu verbessern.

Gesell will — genau wie Keynes — zu diesem Zwecke aber nicht etwa die wirtschaftliche Tätigkeit des einzelnen einschränken oder unter ständiger Kontrolle halten, sondern er will ihr sogar dank seiner Reformen die Möglichkeit geben, sich uneingeschränkter und freier als bisher zu entfalten. Seiner Ansicht nach weist die „Kampfbahn“, in der die wirtschaftenden Menschen ihre Kräfte frei messen sollen, d. h. also die Ordnung der Wirtschaft, bestimmte Mängel und Fehler auf; nach der Durchführung der freiwirtschaftlichen Reformen (Freiland, Freigeld, Festwährung) würden diese jedoch allmählich verschwinden und eine uneingeschränkte Konkurrenz im Darwinschen Sinne ermöglichen: erst jetzt wäre eine Politik des Laissez-faire berechtigt, weil sich nun tatsächlich der Wirtschaftsablauf gemäss den „natürlichen Gesetzen“ gleichgewichtig und harmonisch vollziehen würde.

57) E. Salin, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, a. a. O., S. 170.

Keynes ist andererseits nicht der Meinung, nach der Durchführung einer kleinen Anzahl spezifischer einmaliger Eingriffe werde das System des Laissez-faire möglich und am Platze sein. Er versucht, die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes bei Unterbeschäftigung aufzuzeigen und die Ursachen und wirtschaftlichen Vorgänge darzulegen, die zu einem solchen Zustande führen können. Diesem Zwecke dient auch seine Analyse der verschiedenen objektiven und subjektiven Veranlassung und psychologischen „Neigungen“, durch welche das Verhalten der Wirtschaftssubjekte bestimmt wird. Er weist, entsprechend seiner tiefer eindringenden und komplexeren Analyse, nicht wie Gesell auf einen oder einige wenige Fehler des kapitalistischen Systems hin, nach deren Beseitigung die Ideale des Laissez-faire-Liberalismus Wirklichkeit werden können, und er kann aus diesem Grunde auch nicht einen einmaligen und allgemeingültigen Vorschlag zur Reform und Heilung der Wirtschaft unterbreiten. Keynes empfiehlt vielmehr ein System von Massnahmen, die den Auswirkungen der wesentlichen Mängel unseres Wirtschaftssystems entgegenwirken und sie möglichst beseitigen sollen.

Keynes hält Eingriffe für nötig

Er ist entschieden ein Gegner der marxistischen Methode, aber er erkennt die Notwendigkeit solcher Massnahmen und Eingriffe: „... Ich würde sagen, dass das, was wir nötig haben, nicht etwa keine oder weniger Planung ist, sondern sogar, dass wir fast bestimmt mehr Planung brauchen“⁵⁸. Dabei schwebt ihm aber ein Programm der Sozialreform vor, welches innerhalb des Rahmens der bestehenden Wirtschaftsordnung bleibt, jedoch die schwersten Mängel des bestehenden privatkapitalistischen Systems zum Verschwinden bringt. Im Gegensatz zu Marx wirft er dem Kapitalismus nicht vor, er habe in der Bestimmung der Richtung der Beschäftigung versagt, sondern in der Bestimmung ihres Volumens⁵⁹. Ein gewisses Ausmass von Eingriffen und von Planung ist notwendig, damit die marxistische Lösung in der Zukunft vermieden werden kann. Zu diesem Zwecke, zur Erhaltung einer möglichst freiheitlichen Ordnung, setzte Keynes seine „letzten Denk- und Körperkräfte“ ein, „um noch ein letztes Restchen Freiheit für müde Menschen zu sichern...“⁶⁰.

58) In einem Brief an F. A. Hayek vom 28. 6. 1944, in welchem Keynes sich zu dessen Buch „The Road to Serfdom“ äussert. Zitiert bei R. F. Harrod, a. a. O., S. 436.

59) J. M. Keynes, *Essays in Persuasion*, London 1931, S. 321.

60) E. Salin, a. a. O., S. 171.

Das „Finanzkapital“

Beide Autoren treten also prinzipiell für eine möglichst liberale Ordnung der Wirtschaft ein, beide machen aber Einwände gegen deren bestehende Erscheinungsform in Gestalt des modernen Kapitalismus mit seinen Fehlern und Auswüchsen, welche sie jedoch auf verschiedene Art beheben und ausmerzen wollen. Unter diesen Mängeln kommt eine besondere Bedeutung den Missständen im Bereiche des Finanzkapitalismus zu, was für die Betonung der monetären und finanziellen Aspekte der Wirtschaft durch beide Autoren kennzeichnend ist.

Wir verwenden mit Dillard der Einfachheit halber die Ausdrücke „Finanzkapital“ und „Finanzkapitalismus“ zur Bezeichnung einer Vielfalt von Erscheinungen im modernen Wirtschaftsgeschehen, die sowohl von Gesell als auch von Keynes zu einem der wichtigsten Zielpunkte ihrer Angriffe gemacht worden sind. Beide Autoren üben Kritik an der Tatsache, dass die finanziellen Institutionen des Kapitalismus, die den Zufluss und die Verteilung der Kapitalien auf die verschiedenen Produktionszweige regulieren sollen, in immer grösserem Umfange die Rolle des Unternehmers bei der Festsetzung und Organisation neuer Projekte übernehmen ⁶¹.

Da bei diesem Sachverhalt das Verhältnis zwischen „Finanzkapital“ und „Industriekapital“ von massgebender Bedeutung ist, lässt sich aus einer Begriffsbestimmung von Keynes im „Treatise“ ein besserer Einblick gewinnen: „Unter *Industrie* verstehen wir die geschäftliche Tätigkeit, die in der Aufrechterhaltung des normalen Erzeugungs-, Verteilungs- und Austauschprozesses sowie der Entlohnung der Produktionsfaktoren für die verschiedenen Pflichten, die sie vom Beginn des Erzeugungsvorganges bis zur endgültigen Befriedigung des Konsumenten erfüllen, besteht. Unter *Finanz* verstehen wir andererseits die geschäftliche Tätigkeit, die im Verwahren und Austauschen vorhandener Vermögenstitel (mit Ausnahme solchen Austausches, der sich aus der Spezialisierung der Industrie ergibt), einschliesslich der Transaktionen auf dem Effekten- und Geldmarkt und der Spekulation, sowie in dem Prozess der Übertragung laufender Ersparnisse und Gewinne auf die Unternehmer besteht“ ⁶². Aus dieser Zweiteilung ist jene andere im grossen und ganzen entsprechende in der „Allgemeinen Theorie“ entstanden, bei der die gesamte Geldmenge in M_1 und M_2 unterteilt wird, d. h. in einen „Betrag von Bargeld, der zur Befriedigung des Umsatz- und Vor-

61) Vgl. M. Nadler, Artikel „Financial Organization“ in der *Encyclopaedia of the Social Sciences*, vol VI, S. 242.

62) Vom Gelde, a. a. O., S. 197.

sichtsmotivs gehalten wird“, und einen andern, „der zur Befriedigung des Spekulationsmotivs gehalten wird“⁶³.

Sowohl Keynes als auch Gesell sind nun der Ansicht, dass die Tätigkeit der Finanz im Vergleich zu derjenigen der Industrie überhandnimmt und letztere damit einschränkt. Keynes untersucht diese Entwicklung in seiner „Allgemeinen Theorie“ im Zusammenhang mit der Analyse der Investition und ihrer Bedeutung für die Bestimmung des Volumens von Beschäftigung und Volkseinkommen. Für die klassische Lehre war alles vorhandene Kapital Industriekapital, es diente in irgendeiner Art und Weise der Produktion. Sobald angenommen wird, dass dies nicht der Fall ist und dass es einen Teil des Kapitals gibt, der nicht investiert, sondern einfach in möglichst liquider Form gehalten wird, dann muss dieses „Finanzkapital“ bei der Analyse von Beschäftigungs- und Einkommensvolumen besonders berücksichtigt werden. Keynes weist in diesem Zusammenhang auch auf die Trennung von Besitz und Leitung der Unternehmungen hin und auf die daraus folgende „Abnahme des wirklichen Einblickes in die Bewertung von Investitionen durch jene..., die sie besitzen oder zu kaufen beabsichtigen“⁶⁴. Dadurch kommt den Investitionsmärkten eine wichtigere Rolle zu als den Orten, wo die als Folge jener Unkenntnis und Unsicherheit sich häufig wiederholenden Neubewertungen und nötigenfalls Auflösungen der Investitionen vorgenommen werden.

Die Folge dieses Sachverhaltes ist eine mehr nach psychologischen Eingebungen als nach objektiven Anhaltspunkten sich ausrichtende und deshalb möglicherweise stark schwankende Rate der Investition mit all den früher beschriebenen Auswirkungen.

Gesells Ablehnung der „Spekulation“

Gesell wendet sich in ähnlicher Weise gegen die Spekulation, d. h., er kritisiert besonders scharf die Möglichkeit, Geldkapital vom Markte zurückzuhalten zu dem einzigen Zweck, sich durch die Ausnützung zeitlicher Preisunterschiede Gewinne zu verschaffen. Er unterscheidet nicht wie Keynes zwischen Finanz- und Industriekapital, sein Hauptvorwurf geht im Grunde genommen wie immer gegen die Beschaffenheit des herkömmlichen Geldes, welches gehortet werden kann und in diesem Falle nicht zu produktiven Zwecken verwendet wird, sondern den Umfang der Produktion und

63) Allgem. Theorie, a. a. O., S. 167.

64) Ebenda, S. 129.

der Beschäftigung vermindert. Diese Verwendung liquider Vermögensbeiträge zu solchen finanziellen unproduktiven Transaktionen stellt den Tatbestand dar, welcher im Gesellschen System als „Finanzkapital“ bezeichnet werden kann. Gesells Haltung ist weitgehend beeinflusst durch die Erfahrungen, welche er während der argentinischen Krise und Depression an Ort und Stelle gesammelt hatte. Es scheint sich bei jener Krise um eine ausgesprochene Spekulationskrise gehandelt zu haben, und zwar nach der Spiethoff'schen Terminologie sowohl um eine Wertpapierbörsen- als auch um eine Warenhandelskrise. Das Ausmass der Spekulation in Gold, Staatspapieren und anderen Vermögensbeständen war derart, dass die Güterproduktion nach der Aussage von Dillard bei dieser finanziellen Unsicherheit zeitweise geradezu zu einer „irrationalen Angelegenheit“ wurde. Diese Sachverhalte hat Gesell besonders in seinen früheren Schriften ausdrücklich dargelegt und dabei seine Angriffe gegen die Institutionen und Organisationsformen gerichtet, die ihm als die Hauptschuldigen erschienen. In seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ wirkt jene praktische Erfahrung und Erkenntnis in der Form weiter, dass die Wurzel der wirtschaftlichen Übel als in der Zirkulations- und Kreditsphäre liegend angenommen wird.

Erfahrung als Ausgangspunkt des Reformplanes

Dabei ist die Tatsache wichtig, dass schon in jenen frühen Schriften mehr oder weniger ausgearbeitete Vorschläge für eine Neuordnung der Wirtschaft unterbreitet wurden, lange bevor eine eigentliche Theorie vorhanden war. Die Reformpläne entstanden unter dem unmittelbaren Eindruck der schweren Krise und Depression und hatten den Zweck, deren Wiederauftreten in der Zukunft zu verhindern. Erst später erfolgte die theoretische Untermauerung der jenen Vorschlägen zugrunde liegenden Gedankengänge, die ihre definitive Fassung in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ erhielt.

Für Keynes lässt sich Ähnliches sagen, obwohl natürlich in seinem Falle die theoretische Schulung schon vorhanden und damit auch die theoretische Erkenntnis und Analyse Hand in Hand mit der praktischen Erfahrung gehen konnte. Für ihn, der bis etwa Mitte der 20er Jahre in seinen Schriften durchaus auf dem Boden der Klassik stand, brachte die Erkenntnis, dass eben diese klassische Lehre vom Sonderfall der Vollbeschäftigung ausgeht und sich mit dieser Grundlage von der wirtschaftlichen Realität entfernt und ihr entspricht, eine Wendung im theoretischen und wirtschaftspolitischen Denken. Er befürwortete von nun an eine neue Wirtschaftspolitik, welche von

der Tatsache des Bestehens einer Unterbeschäftigung ausgeht. Die theoretische Formulierung und Begründung dieser wirtschaftspolitischen Position entstand nur allmählich im Laufe der Jahre und erhielt ihre endgültige Fassung in der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“. Keynes hat sich also auf Grund richtiger Erkenntnisse für eine veränderte und aktivere Wirtschaftspolitik eingesetzt, diese Erkenntnis jedoch erst nachträglich eingehender analysiert und seine praktische Stellungnahme auch theoretisch erklärt und begründet ⁶⁵.

Betonung der monetären Aspekte

Keynes und Gesell betonen beide die wichtige, jedoch verhängnisvolle Rolle des „Finanzkapitals“, weil sie beide besonderes Gewicht auf die monetären Aspekte und die finanziellen Institutionen des kapitalistischen Wirtschaftssystems legen. Beide betrachten also das Wirtschaftsgeschehen auf Grund der Erkenntnis, dass die moderne Wirtschaft eine monetäre Wirtschaft und als solche etwas dem Wesen nach anderes ist als die naturale Tauschwirtschaft, indem nämlich das Geld einen selbständigen Einfluss auf den Wirtschaftsablauf auszuüben vermag und nicht einfach einen Schleier darstellt, der sich über die Gesamtheit der wirtschaftlichen Vorgänge legt, diese dabei aber unverändert lässt. In diesem Zusammenhang ist auch das Phänomen des „Finanzkapitals“ zu sehen, welches eben infolge dieser selbständigen Bedeutung des Geldes möglich und von derartiger Bedeutung ist.

Wir haben schon in einem früheren Abschnitt auf diesen Sachverhalt der selbständigen Bedeutung des Geldes hingewiesen und dort auch dargelegt, welche verschiedenen Schlüsse Keynes und Gesell aus dieser Erkenntnis ziehen und welche wirtschaftspolitischen Forderungen vor allem Gesell von diesem Standpunkt aus stellt. Es ist besonders zu unterstreichen, dass zwar Gesell auf Grund dieser Erkenntnisse zum monetären Reformator geworden ist, während bei Keynes dies trotz der Betonung der Bedeutung des Geldfaktors keineswegs zutrifft: Gesell schlägt, gerade zur Bekämpfung des „Finanzkapitalismus“, rein monetäre Massnahmen vor, im Grunde sogar nur eine einzige einschneidende monetäre Reform; Keynes tritt dagegen für ein System von Massnahmen ein, die ganz und gar nicht lediglich monetärer Natur sind.

Man könnte vielleicht sagen, dass Gesell die Bedeutung der selbständigen Wirksamkeit des Geldes lediglich erahnt, nicht aber

65) Vgl. E. Salin, a. a. O., S. 172.

in ihrer Wirkung auf den Wirtschaftsablauf grundlegend analysiert hat; und tatsächlich hat er ja auch seine Reformvorschläge vorgebracht, bevor er seine Erkenntnisse in der Form einer ausgearbeiteten Theorie niedergelegt hatte. Weil er aber das Wesen der Mängel und Fehler des bestehenden Wirtschaftssystems in der Beschaffenheit des herkömmlichen Geldes erblickte, wollte er seine Reform auch konsequent gegen eben diesen Tatbestand richten und die monetär bedingten Übel mit monetären Methoden bekämpfen. Diese Überbetonung des monetären Aspektes führte Gesell nicht nur zum Teil zu überspitzten und irrigen Ansichten, sondern sie verwischt auch teilweise im Grunde richtige Erkenntnisse. Ein Beispiel bietet der Sachverhalt der effektiven Nachfrage.

Das „Gesetz von Say“

Es wurde bereits festgestellt, dass die Behauptung, die moderne Wirtschaft sei eine Geldwirtschaft und das Geld nicht neutral, gleichbedeutend ist mit der Feststellung der Ungültigkeit des sogenannten „Gesetzes von Say“, wonach die Gesamtheit aller in einer Volkswirtschaft ausbezahlten Einkommen immer und in jedem Zeitpunkt entweder verbraucht oder investiert wird, wonach also die Gesamtheit der produzierten Güter auf dem Markte eine Kaufkraft vorfindet, die ihren Absatz zu einem Preise ermöglicht, welcher den Produktionskosten entspricht. Die Annahme dieses „Gesetzes der Absatzwege“, d. h. die Annahme einer Neutralität des Geldes, schliesst die Möglichkeit eines Mangels an effektiver Nachfrage aus.

Gerade der Sachverhalt der effektiven Nachfrage ist aber für die Theorie von Keynes von grundlegender Bedeutung, und gewisse Autoren — wie z. B. Sweezy — sind der Ansicht, die Grundlage des Keynesischen Systems sei die Ablehnung und Widerlegung jenes Gesetzes und die Angriffe von Keynes, auch wo sie sich scheinbar gegen andere theoretische Ansichten richteten, fielen in sich zusammen, sobald die Gültigkeit des „Sayschen Gesetzes“ angenommen werde⁶⁶. Die Wichtigkeit, die Keynes diesem Sachverhalt zumisst, geht auch aus seiner Aussage hervor, wonach er als „klassisch“ jegliche Theorie oder Anschauung betrachte, welche auf der Annahme des Sayschen Gesetzes beruhe!

Klein ist nun der Ansicht, das Gesetz von Say und das Problem der effektiven Nachfrage seien von Gesell infolge seiner Betrachtung

⁶⁶) Zitiert bei G. Haberler, Prosperität und Depression, a. a. O., S. 505.

tungsweise als rein monetärer Reformier vernachlässigt worden⁶⁷. Dieser Einwand trifft jedoch meiner Ansicht nach nicht zu: zwar befasst sich Gesell nirgends ausdrücklich mit dem „Gesetz von Say“, von dessen Bestehen als wissenschaftlicher Behauptung und als Lehrsatz — abgesehen in der Form einer stillschweigenden Annahme durch die gesamte klassische Theorie — er im übrigen wohl auch nicht gewusst hat. Wenn er aber dermassen die schädlichen Auswirkungen der Geldhortung auf den Wirtschaftsablauf betont, so sagt er damit aus, dass das von den Einkommensempfängern gehortete Geld auf dem Markt keine Nachfrage halten wird. Er unterscheidet im übrigen klar zwischen einem „Bedarf an Waren“ und einer „Nachfrage nach Waren“, welche letztere nur der hält, „der das Geld für die Waren anbietet“: „... Nachfrage nach Waren besteht im Angebot von Geld; wer kein Geld hat, hält keine Nachfrage, und wer es hat, *muss* damit Nachfrage nach Waren halten“⁶⁸. Dies letztere gilt jedoch nur beim Bestehen der Freigeldwährung; solange das herkömmliche Geld umläuft, ist die Gleichsetzung von Geldbestand und monetärer Nachfrage nach Waren nicht erlaubt. Das herkömmliche Geld kann aus der Zirkulation herausgenommen werden und vermindert in diesem Umfange das Ausmass der Nachfrage.

Gesell und die wirksame Nachfrage

Wir können also sagen, Gesell habe das Problem der effektiven Nachfrage tatsächlich erkannt; jedoch ist der Einwand von Klein insofern berechtigt, als er die Auswirkungen dieses Sachverhaltes nicht untersucht hat. Im Gegensatz zu Keynes hat Gesell nur gerade das Problem und seine schädlichen Auswirkungen auf Handel und Produktion erkannt; seine Erkenntnis, der Mangel an wirksamer Nachfrage sei durch die Beschaffenheit des monetären Systems bedingt, führt ihn unmittelbar zum Vorschlag des Schwundgeldes: Da nach der Einführung des Schwundgeldes die wirksame Nachfrage mit der Gesamtgeldmenge übereinstimmt und somit leicht reguliert werden kann, erscheint eine weitere Analyse des Phänomens gar nicht notwendig. — Keynes dagegen behandelt das Problem im Zusammenhang mit der Frage nach der Gleichheit bzw. Ungleichheit von Spar- und Investitionsvolumen und geht viel genauer darauf ein. Entsprechend geht sein Vorschlag zur Überwindung des Mangels an wirksamer Nachfrage von der Struktur dieses Phänomens aus und

67) A. a. O., S. 130.

68) Die natürliche Wirtschaftsordnung, a. a. O., S. 177/8.

vermag deshalb keine „Standardlösung“ zu bieten, wie dies derjenige Gesells tut.

Gesell und die Rolle der Investition

Für den Umfang der effektiven Nachfrage fällt in erster Linie die Nachfrage nach Kapitalgütern ins Gewicht, wie dies schon bei der Besprechung der Keynesschen Theorie dargelegt worden ist. Deshalb legt auch Keynes bei seiner Analyse besondere Bedeutung auf die Kapitalgütersphäre der Wirtschaft. Er wendet sich gegen die Institutionen des „Finanzkapitalismus“, weil dieser den „Industriekapitalismus“, d. h. die wirtschaftliche Tätigkeit in Handel und Produktion beeinträchtigt und einschränkt.

In gewissem Sinne ist dies auch bei Gesell der Fall, obwohl dieser nicht so deutlich den Investitionssektor der Wirtschaft zum Mittelpunkt seiner Untersuchungen macht. Der Urzins, der ja an zentraler Stelle seiner Kapital- und Zinstheorie und seiner Gesamtlehre überhaupt steht, wird im Gegenteil unmittelbar aus dem Kreislauf von Ware und Geld erhoben; in diesem Sinne steht der *Tausch* im Mittelpunkt der Gesellschen Theorie und kann diese Theorie mit Recht als „Händler-Theorie“ bezeichnet werden. Jedoch ist hierbei festzuhalten, dass zum Verständnis des kapitalistischen Wirtschaftsgeschehens nach Gesells Ansicht der Urzins zum „Sachkapitalzins“ in Beziehung zu setzen ist. Das Geld allein hat ja nach freiwirtschaftlicher Auffassung an sich schon die Fähigkeit, einen Zins zu „erpressen“, das Geld allein ist also im Grunde genommen gemäss dieser Begriffsbestimmung „Kapital“. Die Kapitaleigenschaft der Sachgüter ist lediglich vom Gelde abgeleitet: selbstverständlich wollen die „Kapitalisten“, auch nachdem sie mit Hilfe ihres Geldes Sachgüter hergestellt oder erworben haben, nicht auf ihre Zinseinnahmen verzichten, weshalb das Sachkapital einen „Zins“ abwerfen muss, der zumindest der Höhe des Urzinses entspricht. Die Art und Weise, in welcher dies geschieht, ist bereits erklärt worden.

Urzins und „Sachkapitalzins“

Der primär gegebene Faktor ist nach der Theorie Gesells der Urzins, welcher offenbar nicht als real wahrnehmbare, sondern als hypothetische Grösse aufgefasst werden muss, an welcher sich allerdings die höchst realen Grössen des Sachkapitals- und Darlehenszinses als sekundär gegebene Faktoren orientieren. Von diesen beiden

ist aber der Darlehenszins seinerseits von abgeleiteter Bedeutung: ein Wirtschaftssubjekt wird sich nur deshalb einen Geldbetrag ausborgen und bereit sein, dafür Zinsen zu bezahlen, weil es die Möglichkeit hat, mit Hilfe dieses Geldes entweder „Urzins im Handel zu erpressen“ oder eine ertragbringende Kapitalanlage zu erwerben. Der einzelne Besitzer der Ware, der diese gegen Geld eintauscht, realisiert in der Regel nicht, dass der Betrag, den er erhält, nicht dem „Wert“ seiner Ware entspricht, sondern um die Höhe des in seiner Grösse mehr oder weniger konstanten Urzinses gekürzt worden ist. In der Realität ist dagegen die Tatsache zu erkennen, dass das Sachkapital einen Ertrag abwirft, eben den „Sachkapitalzins“, dessen Höhe veränderlich ist. Da also der Darlehenszins eine Grösse von nur beschränkt selbständiger Bedeutung ist und der wirtschaftlichen Realität hauptsächlich der Sachkapitalzins bewusst wird, bildet dieser letztere das wesentliche Phänomen von Gesells Theorie, welche ihn mit dem Urzins in Beziehung setzt. — Obwohl Gesell diese Grösse des „Sachkapitalzinses“ nicht näher definiert, muss sie der Keynesschen Grösse der „Grenzergiebigkeit des Kapitals“ gegenübergestellt werden.

Die Höhe des Urzinses als Ausdruck der „Überlegenheit des Geldes über die Waren“ ist nahezu konstant und pendelt lediglich um einen bestimmten Wert, der eben jener Überlegenheit entspricht und dem sie sich selbsttätig immer wieder angleicht. Der „Sachgüterzins“ dagegen hat die Tendenz, mit zunehmendem Sachgüterbestand abzunehmen und unter das Niveau des Urzinses zu sinken. Auch hier erfolgt die Anpassung, jedoch findet sie nicht automatisch statt, sondern sie erfordert das Eingreifen der Kapitalisten, d. h. der Investoren. Diese halten ihr Geld von neuen Investitionen — und teilweise auch von Ersatzinvestitionen — zurück und bewirken damit eine Verringerung des Sachkapitalvolumens und eine Steigerung des Sachgüterzinses. Ein solches Zurückhalten von Geld stellt immer eine Verringerung der wirksamen Nachfrage dar, deren Ausmass sich wieder ausweiten wird, sobald die Kapitalisten ihre Geldhorte ganz oder teilweise auflösen. So vollzieht sich infolge der Hortbarkeit des Geldes der Wirtschaftsablauf nicht stetig und geradlinig, sondern ist durch eine zyklische Bewegung gekennzeichnet, die eine mehr oder weniger grosse Regelmässigkeit aufweist. Da der Urzins bei der bestehenden Ordnung des Geldwesens nicht beeinflusst werden kann, kommt dem Sachgüterzins massgebende Bedeutung zu, da er den wichtigsten Faktor bei der Bestimmung des Umfanges der wirtschaftlichen Tätigkeit darstellt.

Liquiditätsprämie und Investition in der Theorie von Keynes

Wenden wir uns nun den entsprechenden Ansichten von Keynes über die Bestimmung der Investitionsnachfrage zu: wie dargestellt ziehen es die Wirtschaftssubjekte vor, einen Teil ihrer Vermögensbestände als „Kasse“ zu halten. Sie verzichten damit auf Erträge, die sie beim Kauf eines Wertpapiers und in noch stärkerem Masse einer Sachkapitalanlage erwarten dürften. Ihre Entschädigung besteht dagegen in der sogenannten „Liquiditätsprämie“, der Befriedigung, welche ihnen jene jederzeit verfügbaren Vermögensbestände bieten. Vor jeder Aufgabe von Liquidität werden deshalb die zu erwartenden Erträge mit der Liquiditätsprämie verglichen; dabei wiederum muss der Ertrag, den eine Investierung verheisst, höher sein als der Ertrag, der durch eine anderweitige Verwendung des gleichen liquiden Vermögensbetrages, z. B. zum Kauf eines Wertpapiers, erzielt werden kann. Dies deshalb, weil die Liquiditätsprämie eines Wertpapiers zwar kleiner ist als jene von Bargeld oder von Bankdepositen, aber immer noch beträchtlich grösser als jene einer Sachkapitalanlage. Aus diesem Grunde wird die Grenzergebnigkeit jener besonderen Kapitalgüterart — als Ausdruck des erwarteten Ertrages der Investition — mit dem Marktzinssatz für Anleihen ähnlicher Fristigkeit verglichen.

Solange nun die Grenzergebnigkeit des Kapitals höher ist als der Marktzinssatz, besteht nach der Theorie von Keynes ein Anreiz zur Investition. Deshalb ist es wichtig, dass dieser Zinssatz durch eine adäquate Politik der Währungsbehörde, besonders der Zentralbank, niedrig gehalten oder nötigenfalls gesenkt werde. Andernfalls wird es sich für die Besitzer liquider Vermögensbestände vorteilhafter erweisen, ihr Geld in Wertpapieren zu investieren statt in einer realen Kapitalanlage.

An diesem Punkte wird nun der Faktor der „Liquiditätsprämie“ wichtig: der Zinssatz kann zwar beliebig gesenkt werden, aber sobald die Entschädigung, welche die Vermögensbesitzer für ihren Verzicht auf Liquidität erhalten können, unter die Höhe der Liquiditätsprämie sinkt, wird der Besitz von liquiden Beständen dem Bezug von Zinsen und Kapitalerträge vorgezogen. Auch eine Senkung des Zinssatzes unter die Höhe der Liquiditätsprämie würde also nichts nützen, sofern die Grenzergebnigkeit des Kapitals höher wäre als die Liquiditätsprämie. Ist dies nicht der Fall, so werden trotz Senkung des Zinssatzes keine zusätzlichen Investitionen vorgenommen werden, womit das Mittel der Zinssatzsenkung zur Anregung der Investition sich von einem gewissen Punkte an als unwirksam erweist. — Dies ist möglich, weil die Liquiditätsprämie als fiktive

Grösse zur Befriedigung der Liquiditätspräferenz dient, welche ihrerseits — im engeren Sinne als $L_2 = f(i)$, d. h. als in ihrem entscheidenden, stark variablen Teil — von der Ungewissheit über die Zukunft (und besonders in der früher dargestellten Weise von der Zukunft des Zinssatzes) abhängt. Ist diese Ungewissheit sehr stark ausgeprägt, so ist das Verlangen nach Liquidität sehr gross, und es bedarf eines besonderen Anreizes, damit man sich von sofort verfügbaren Vermögensbeständen trennt; mit andern Worten: die Grenzergiebigkeit muss in einem solchen Falle sehr hoch sein, damit Investitionen vorgenommen und die damit verbundenen Risiken eingegangen werden.

Urzins und Liquiditätsprämie

Prinzipiell ist auch Keynes wie Gesell der Ansicht, das Investitionsvolumen könnte — und sollte! — trotz der abnehmenden Grenzergiebigkeit des Kapitals solange ausgedehnt werden, als überhaupt Produktionsfaktoren verfügbar sind. Dies wäre nicht nur zur Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung notwendig, sondern auch gerade zum Zwecke der Senkung der Grenzergiebigkeit des Kapitals. Eine solche Senkung würde zur Schwächung des „Finanzkapitals“ beitragen und das „Industriekapital“ stärken! Keynes erkennt die Grenze, die einer Ausweitung des Investitionsvolumens gesetzt werden könnte, in der Liquiditätsprämie, während Gesell sie im Urzins erblickt. Damit ist für einen Vergleich der Investitionstheorien der beiden Autoren letztlich auf diese beiden Grössen abzustellen.

Zwar ist sowohl für Keynes wie für Gesell das Phänomen der Liquiditätsneigung weitgehend eine Folge des monetären Charakters der modernen kapitalistischen Wirtschaft und entsprechend massgebend monetär zu erklären. Aber auch mit dieser Auffassung geht Keynes lange nicht so weit wie Gesell. Seiner Theorie nach ist die Liquiditätsneigung ein sogenannter „psychologischer Faktor“, eine bei fast jedem Individuum vorhandene Neigung, wenigstens einen Teil seiner Aktiva jederzeit zur Verfügung zu haben für irgendwelche zukünftige Verwendung. Die Gründe, die das Individuum zu einem solchen Verhalten bewegen und die ihm wohl nur selten in der von Keynes dargelegten Art und Weise bewusst sind, wurden im vorhergehenden Abschnitt aufgezählt. Für unsere bestehende, geldverwendende kapitalistische Wirtschaftsordnung ist dabei besonders kennzeichnend, dass erstens das Geld in hervorragender Weise zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Liquidität geeignet

ist und zweitens das Spekulationsmotiv die gesamte Liquiditätspräferenz wesentlich verstärkt und zu einer stark veränderlichen und die Rate der Investition beeinflussenden Grösse macht. Aber die Vorliebe für Liquidität als „psychologische Neigung“ scheint nach der Ansicht von Keynes dem Menschen sozusagen angeboren und als solche nicht vom monetären oder nicht-monetären Charakter einer Wirtschaftsordnung abhängig zu sein. Man könnte vielleicht sagen, sie stelle für Keynes das primäre Faktum dar und zu ihrer Befriedigung sei das Geld am besten geeignet, weil es unter allen Vermögensbeständen die höchste Liquidität besitze; dieser kommt daher lediglich die Bedeutung des sekundären Faktums zu. Dieser Sachverhalt ist eine Folge und zugleich ein Kennzeichen der monetären Wirtschaft, in der wir leben⁶⁹. Sobald man sich auf diesen Standpunkt stellt und diese Ansicht von der Vorliebe für Liquidität als sozusagen angeborener „psychologischer Neigung“ akzeptiert, erscheint es müssig, nach deren ökonomischer Legitimität zu fragen.

In der Theorie Gesells stellt sich der Sachverhalt eigentlich gerade umgekehrt dar: der Urzins ist eine zwangsläufige Folgeerscheinung der „Überlegenheit des Geldes über die Waren“ und damit eine Folge der geldverwendenden Wirtschaft schlechthin, deren Natur er entspricht. Seiner Natur gemäss ist er mit der Bezeichnung Gesells als „eherne Grösse“, sozusagen als Naturgegebenheit aufzufassen. Die Geldbesitzer, d. h. in der Wirklichkeit die „Händler und Kapitalisten“, halten nach freiwirtschaftlicher Auffassung ihr Geld nicht deshalb zurück, weil sie es zur Befriedigung ihrer Liquiditätspräferenz benötigen, sondern weil sie auf diese Art die Monopolstellung, welche ihnen jene „eherne Grösse“ verschafft, auszunützen vermögen, indem sie den Marktzins und den „Sachkapitalzins“ in die Höhe treiben und so einen höheren Ertrag einstreichen. Gesell befasst sich überhaupt nicht mit der Vorliebe für Liquidität, weshalb in seiner Theorie der Urzins notwendigerweise das primär gegebene Faktum darstellt, welches die Geldbesitzer zu ihrem eigenen Vorteil auszunützen bestrebt sind.

69) Es sei betont, dass diese Gedanken keineswegs von Keynes selbst in dieser Form vorgebracht worden sind. Jedoch scheinen sie mir in seinen Ausführungen in gewissem Sinne und bis zu einem gewissen Grade impliziert zu sein.

Geldmenge und Höhe des Zinsfusses

Der Tatsache, dass Keynes seine Liquiditätsprämie für eine variable, Gesell dagegen seinen Urzins für eine „eherne“ Grösse hält, entspricht die verschiedenartige Stellung der beiden Autoren zur Frage der Beeinflussbarkeit des Zinssatzes. — Nach Keynes vermag das Geld in beinahe vollkommener Weise die Liquiditätsneigung zu befriedigen. Wird die Geldmenge in einer Volkswirtschaft vergrössert, dann ist ein vermehrter Teil davon zur Befriedigung dieser Neigung verfügbar; mit andern Worten: das Angebot an Geld hat sich vergrössert, und dies hat bei gleichbleibender Nachfrage eine Preissenkung, in diesem Falle also eine Zinsfussenkung zur Folge. Dass diese auch nach der Ansicht von Keynes nicht beliebig weit getrieben werden kann, wird gleich noch zu zeigen sein.

Soweit hält auch Gesell eine Senkung des Zinsfusses für möglich, jedoch ist seine Erklärung dieser Möglichkeit sehr verschieden von derjenigen von Keynes: ist einmal der Zinsfuss aus irgendeinem Grunde zu hoch gestiegen, so werden die Wirtschaftssubjekte zum Zwecke des Warenaustausches, aus welchem ja das Geld den Zins in seiner ursprünglichen Form erhebt, sich in vermehrter Masse des Tauschhandels und des Wechselverkehrs bedienen und auch vermehrt zur Urproduktion zurückkehren. Dadurch verringert sich der Warenkreislauf im Verhältnis zur Geldmenge, die Preise steigen und die Geldbesitzer erleiden einen Kaufkraftverlust! Sie ziehen es deshalb vor, als „Anbieter von Geld“, d. h. als Nachfrager von Waren und Dienstleistungen auf dem Markte zu erscheinen und sich mit einem niedrigen Zins zu begnügen. Auf genau dieselbe Art wirkt eine Geldvermehrung. In beiden Fällen wird also durch eine Senkung der Kaufkraft des Geldes den Geldbesitzern die Tätigkeit des „Zinserpressens“ erschwert. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn der Zinssatz über die Höhe des Urzinses gestiegen ist; er kann wieder auf jenes Niveau, niemals aber, auch nicht durch eine noch so starke Ausweitung der Geldmenge, darunter gebracht werden. Denn diese Höhe des Urzinses entspricht dem Ausmasse der Überlegenheit des Geldes über die Waren, ist also durch die monetäre Natur der bestehenden Wirtschaftsordnung bedingt ⁷⁰.

70) Wie weit diese Auffassung derjenigen der zeitgenössischen Freiwirtschaftslehre entspricht, ist nicht ganz klar. Wie früher im Text dargestellt, ist der Urzins-Gedanke heute weitgehend aufgegeben; besonders von Winkler wird eine Synthese zwischen den Ansichten von Keynes und Gesell angestrebt. Dabei tritt an die Stelle des Urzinses die Keynes'sche Liquiditätsprämie, die aber ihrerseits weitgehend als unveränderliche Grösse und als durch herkömmliche monetäre Massnahmen nicht über-

Die Wirksamkeit der Liquiditätsprämie

Wie gesagt kann auch nach der Auffassung von Keynes der Zinssatz durch die Vergrößerung des Geldangebotes nicht beliebig gesenkt werden. Der Grund liegt in der Vorliebe für Liquidität, die sich einer solchen Senkung möglicherweise entgegenstellt: solange nämlich den Wirtschaftssubjekten die Liquiditätsprämie, welche das Geld bietet, höher erscheint als der Marktzinssatz, sind sie nicht bereit, sich von ihren liquiden Vermögensbeständen zu trennen. Der Zinssatz — und erst recht natürlich die Grenzergiebigkeit des Kapitals, um die es ja in erster Linie geht — muss deshalb immer höher sein als die Liquiditätsprämie des Geldes. Im Gegensatz zum starren Urzins stellt aber die Liquiditätsprämie eine Grösse dar, deren Höhe nicht mit Gewissheit vorausgesagt werden kann. Da zur Bestimmung des Zinssatzes die Liquiditätspräferenz im engeren Sinne, d. h. die Nachfrage nach Geld aus dem Spekulationsmotiv den grössten Einfluss hat, werden in erster Linie die Erwartungen über die *zukünftige* Höhe des Zinsfusses das Verhalten der Geldbesitzer und damit das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Geld beeinflussen. Besonders wenn der Zinsfuss bereits ein sehr niederes Niveau erreicht hat, ist die Möglichkeit seiner Erhöhung und damit eines Kursverlustes der Wertpapierbesitzer gross. Deshalb führt „eine starke Ausweitung der Geldmenge... nicht zu einer ausgeprägten Senkung des Zinssatzes, besonders nachdem dieser schon auf ein gewisses Niveau gefallen ist“ ⁷¹.

Dieser Umstand, dass die *Erwartungen* den massgebenden Einfluss ausüben, ist der Grund, weshalb sich keine bestimmte Beziehung zwischen einer gegebenen Höhe des Zinssatzes und der sich verändernden Liquiditätspräferenz aufstellen lässt. Deren Erhöhung wird möglicherweise noch verstärkt durch die Tatsache, dass nicht allein das Spekulationsmotiv eine Wirkung auszuüben vermag, sondern zudem eine grosse Zunahme der Geldmenge „... so viel Ungewissheit über die Zukunft verursachen (mag), dass die Vorliebe für Liquidität aus dem Sicherheitsmotiv verstärkt werden kann“ ⁷².

Keynes zieht sogar die Möglichkeit in Betracht, dass „die Liquiditätspräferenz sozusagen absolut werden kann in dem Sinne, dass

windbare Schranke einer Zinsfussenkung aufgefasst wird. — Für die praktische Geld- und Währungspolitik befürworten die Freiwirtschaftler andererseits besonders im Zustande der Depression eine Ausweitung der Geldmenge, weil dadurch die wirksame Nachfrage gesteigert werde.

71) D. Dillard, *The Economics of John Maynard Keynes*, London 1950, S. 203.

72) Keynes, *Allgem. Theorie*, a. a. O., S. 145.

fast jedermann Bargeld dem Besitz einer Darlehens zu einem so niedrigen Zinsfuss vorzieht. In diesem Falle hätte die Währungsbehörde die wirksame Führung über den Zinsfuss verloren. Während aber dieser Grenzfall in der Zukunft wichtig werden könnte, ist mir kein bisheriges Beispiel dafür bekannt⁷³. Eine solche absolute Liquiditätspräferenz würde also eine ebenso starre untere Grenze für ein Sinken des Zinssatzes darstellen wie der Gesellsche Urzins. Während dieser jedoch ständig wirksam und in seiner Höhe, welche seit Jahrhunderten sich kaum verändert hat⁷⁴, objektiv gegeben ist, stellt jene Möglichkeit für Keynes lediglich einen hypothetischen Grenzfall dar, bei welchem zudem die Höhe jener absoluten Liquiditätspräferenz nicht angegeben werden kann.

Urzins und Liquiditätspräferenz als Hemmnis der Investition

Die Frage nach den Bestimmungsgründen der Höhe des Zinssatzes ist deshalb von solcher Bedeutung, weil dieser einen wesentlichen Bestimmungsfaktor des Investitionsvolumens darstellt. Der Zinssatz ist deshalb in seiner Beziehung zur Grenzergebnigkeit des Kapitals bzw. zum „Sachkapitalzins“ zu untersuchen. Nach Gesells Theorie ist der in Frage stehende Vorgang ganz eindeutig: sowohl aus der Darlehensgewährung als auch aus dem Erwerb eines Sachkapitalbestandes wird ein „Zins“ gefordert, der mindestens dem Urzins entspricht. Von der Menge des zu Darlehenszwecken verfügbaren Geldes bzw. dem Umfang des volkswirtschaftlichen Sachkapitalbestandes hängt es ab, ob der Darlehenszins oder der Sachkapitalzins höher ist und für welche Verwendung seines Geldes sich ein „Kapitalist“ entschliesst. Eine zunehmende Aufwendung von Geld für diese Zwecke ist gleichbedeutend mit einer Senkung des Darlehens- bzw. Sachkapitalzinses, welcher aber die „Kapitalisten“ dank des Bestehens des Urzinses eine Schranke zu bieten vermögen: Wenn nämlich einmal das Niveau des Urzinses erreicht ist, dann verunmöglichen sie durch die Zurückhaltung des Geldes nicht nur jede Ausweitung des Warenaustausches, sondern vor allem auch jede weitere Investition in Sachkapital. Würde also der Urzins eliminiert, so bestände keine untere Grenze mehr für ein Sinken des

73) Ebenda, S. 173. Ein weiteres Hindernis für eine beliebige Senkung des Zinsfusses bilden die „Zwischenkosten für das Zusammenbringen des Borgers und des endgültigen Leihers, und die Zugabe für das Risiko, besonders das moralische, das der Leihher über den reinen Zinsfuss hinaus benötigt“ (ebenda, S. 174).

74) Gesell, a. a. O., S. 405.

Sachkapitalzinses, weil ein Zurückhalten von Geld von der Zirkulation nutzlos wäre und also auch der Darlehenszins sinken könnte. Es müsste zunächst einzig der Sachkapitalzins höher sein als der Darlehenszins, damit die Investition in Sachkapital verlockender erschiene als das blosse „Ausleihen von Geld“.

In der Theorie von Keynes sind in der bekannten Weise die Investitionsentschlüsse grosso modo vom Vergleich zwischen der Grenzergiebigkeit des Kapitals und dem langfristigen Zinssatz abhängig. Während jedoch Gesell seinen „Sachkapitalzins“ zwar nicht näher definiert, aber dem Sinne seiner Ausführungen nach ganz einfach als den tatsächlichen (Grenz-)Ertrag eines bestehenden Sachkapitalbestandes versteht, wird die Keynessche Grenzergiebigkeit durch die Ersatzkosten der Investition einerseits und durch deren *erwartete* Grenzerträge andererseits determiniert. Diese Tatsache, dass die Grenzergiebigkeit des Kapitals zu einem guten Teil „... durch die ungelenke und unfügsame Psychologie der Geschäftswelt bestimmt“⁷⁵ und der Zustand der Erwartungen durch „Wellen des Optimismus und Pessimismus“ beeinflusst wird, bedingt die Unmöglichkeit, eine bestimmte Beziehung zwischen dem Zinssatz und dem Volumen der Investition aufzustellen⁷⁶. Die Behauptung, eine Ausweitung der Geldmenge führe durch eine Senkung des Zinssatzes zu einer Vergrößerung des Investitionsvolumens, gilt nur, sofern die Grenzergiebigkeit des Kapitals unverändert bleibt. Aber eine Veränderung des Zinssatzes mag gerade die Erwartungen der Unternehmer beeinflussen und damit die Grenzergiebigkeit verändern! Deshalb ist die Investition auch starken Schwankungen unterworfen und ihr künftiger Umfang niemals klar vorauszubestimmen.

Anwendung auf den Konjunkturzyklus

Aus demselben Grunde nehmen die beiden Autoren auch eine ganz verschiedene Stellung dem Phänomen des Konjunkturzyklus gegenüber ein, wobei allerdings keiner eine Konjunkturtheorie im eigentlichen Sinne des Wortes entwickelt. Gesell hielt dies vielleicht nicht für nötig, weil es seiner Ansicht nach zu Erklärung dieses

75) Allgem. Theorie, a. a. O., S. 268.

76) „Die Einführung von Optimismus und Pessimismus... bedeutet, dass die Verbindung zwischen einem Sinken des Zinsfußes und einer Veränderung anderer objektiver Faktoren einerseits und den Entschlüssen des Unternehmers, mehr zu investieren, andererseits nicht so straff ist, wie es die ‚ökonomischen‘ Theorien manchmal wahr haben wollen“ (G. Haberler, a. a. O., S. 145).

Phänomens einer einzigen Erkenntnis bedarf: jener des Urzinses. Nach dem freiwirtschaftlichen monokausalen Erklärungsversuch ist der obere Wendepunkt eines Aufschwunges, d. h. der Zusammenbruch einer Prosperitätsphase die Folge der Tatsache, dass bei einem Sinken des Sachkapitalzinses unter das Niveau des Urzinses der Rückzug des Geldkapitals aus dem Wirtschaftskreislauf einsetzt. Ein solches Sinken des Sachkapitalzinses ist unvermeidlich wegen der andauernden Kapitalgüterproduktion und der daraus sich ergebenden Kapitalakkumulation. Verstärkt wird dieser Prozess der „Geldhortung“ durch das Verhalten der „Händler“, welche durch den infolge der Geldmengenverringerung einsetzenden Preiserückgang veranlasst werden, ihre Aufträge in Erwartung weiterer Preissenkungen zurückzustellen⁷⁷. Analog wird der untere Wendepunkt und der darauffolgende Aufschwung mit der Tatsache erklärt, dass der Sachkapitalzins wieder höher gestiegen ist als der Urzins und dadurch die Kapitalgüterproduktion angeregt wird.

Keynes sieht das wesentliche Charakteristikum des Konjunkturzyklus in der Tatsache der Schwankungen der Grenzergiebigkeit des Kapitals. Er macht dazu im 22. Kapitel seiner „Allgemeinen Theorie“ einige Bemerkungen, ohne aber im einzelnen eine Konjunkturerklärung geben zu wollen. Die Erklärung der Krise ist im plötzlichen Zusammenbruch der Grenzergiebigkeit als Folge einer Vertrauenskrise der Unternehmer bezüglich der erwarteten Erträge zu suchen; eine solche Vertrauenskrise kann sich bei der bestehenden Organisation der Investitionsmärkte — wo das „Finanzkapital“ weitgehend die Übermacht über das „Industriekapital“ innehat — leicht aus einer geringen Enttäuschung über die Entwicklung der Ertragsätze entwickeln. Die Möglichkeit eines solchen Zusammenbruches ist durch die eben hervorgehobene Bedeutung des psychologischen Momentes der Erwartungen gegeben. Erst als Folge des Zusammenbruches der Grenzergiebigkeit wird die Liquiditätspräferenz steigen und die Zinssätze in die Höhe treiben. Sowohl bei gleichbleibenden als auch bei steigenden Zinssätzen wird jedenfalls ein solcher Zusammenbruch der Grenzergiebigkeit des Kapitals die Investitionstätigkeit abschrecken und damit das Beschäftigungsvolu-

77) Auch die neueste Darstellung der freiwirtschaftlichen Konjunkturtheorie durch Winkler, Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung, Heidelberg/Ziegelhausen 1952, bietet keine wesentlich abweichende Erklärung der wirtschaftlichen Wechsellagen, enthält aber immerhin einige Elemente und Gedanken der Keynesschen Theorie: der Rückzug des Geldkapitals bildet die *auslösende* Ursache des „Konjunkturabstiegs“, dazu tritt als *langsamwirkende* Dauerursache die „allmählich heranreifende Absatzkrise als Folge der einseitigen Einkommensverteilung“ (S. 117).

men einschränken. — Entsprechend genügt eine Senkung des Zinssatzes in den meisten Fällen nicht, damit wiederum eine Prosperitätsphase ihren Anfang nehme. Vorerst muss sich die Grenzergiebigkeit des Kapitals erholen und sich wiederum ein Zustand des Vertrauens einstellen.

Sind direkte Eingriffe notwendig?

Keynes ist sich also bewusst, dass eine Senkung des Zinssatzes als Heilmittel gegen Krise und Depression ungenügend ist, und er fordert deshalb, diese Massnahme habe frühzeitig genug stattzufinden, solange sie überhaupt zu wirken vermag. Als eigentliche Massnahme zur Überwindung der Depression empfiehlt er neben einer starken progressiven Besteuerung zum Zwecke der Redistribution des Volkseinkommens und der Konsumsteigerung in erster Linie direkte Eingriffe im Investitionssektor: so sollte eine zentrale Stelle „die Aufgabe, die laufende Menge der Investition zu leiten“, übernehmen. Es wäre auf diese Weise möglich, einen „Zustand der Vollinvestition“ zu erreichen „in dem Sinne — dass ein Gesamtrohertragnis über die Ersatzkosten hinaus nach vernünftiger Berechnung von einem weiteren Zuwachs dauerhafter Güter irgendwelcher Art nicht mehr erwartet werden könnte“⁷⁸.

Auch Gesell strebt dieses Ziel an, dessen Erreichung die teilweise Verwirklichung der „natürlichen Wirtschaftsordnung“ bedeuten würde. Aber nach freiwirtschaftlicher Auffassung kann auf dem von Keynes vorgeschlagenen Wege dieses Ziel zwar nähergerückt, jedoch niemals erreicht werden. Denn durch alle jene Massnahmen wird die „eherne Grösse“ des Urzinses überhaupt nicht berührt; der Zins in seinen real wahrnehmbaren Erscheinungsformen wird deshalb zwar sinken können, jedoch nicht unter die Höhe des Urzinses. Zur Erreichung jenes Zieles bedarf es einer radikalen Reform, die gegen den Urzins gerichtet ist.

Wie ausgeführt wurde, hat auch Keynes selbst die Möglichkeit einer „absoluten Liquiditätspräferenz“ und damit einer Schranke für ein weiteres Sinken des Zinssatzes und der Grenzergiebigkeit des Kapitals gesehen. Er macht keine konkreten Vorschläge zu diesem Problem langfristiger Natur, scheint aber auch hier die Lösung in der direkten Kontrolle und Beeinflussung des Investitionsvolumens zu sehen. Diese Stellungnahme kritisiert von freiwirtschaftlicher Seite vor allem Winkler, der Keynes gerade im Vergleich mit Gesell mangelnde Konsequenz vorwirft, und in ähnlicher Weise argumentiert

78) Allgem. Theorie, a. a. O., S. 274.

auch Dillard⁷⁹: Wenn schon Keynes den Zins als monetäres Phänomen betrachtet — in jener Art und jenem Sinne nach, der hier auseinandergesetzt worden ist —, dann erschiene es im Grunde genommen logischer, wenn er dessen Beeinflussung konsequent mit monetären Mitteln und im monetären Sektor der Wirtschaft versuchen würde und nicht mit Hilfe einer zentralen Kontrolle der Investition. Gerade die Tatsache, dass Keynes den Zins mit Hilfe der Liquiditätspräferenz erklärt, muss einem beinahe den Gedanken aufdrängen, „dass, könnte nur die schöne Liquidität des Geldes irgendwie zerstört und damit der Vorteil von dessen Haltung verringert werden, der Zinssatz auf Obligationen fallen und damit die Investition auch bei geringeren Erträgen angeregt würde“⁸⁰.

Die monetäre Lösung des Schwundgeldes

Der Schwundgeld-Plan ist von diesem Standpunkt aus gesehen viel konsequenter und zweckmässiger, weil er eben auf die Beseitigung des Urzins-Phänomens ausgeht. Dem mit einem periodischen Wertschwund behafteten Geld kommt gegenüber den Waren keine überlegene Stellung zu, es kann deshalb nicht mit Vorteil zurückgehalten und zur „Erpressung“ von Zins verwendet werden. Um den drohenden Wertverlust zu umgehen, sind die Geldbesitzer gezwungen, ihre Geldbestände möglichst rasch und jedenfalls vor dem Zeitpunkt des Verfalls zu Konsumtions- oder Investitionszwecken auszugeben. Auf diese Weise wird das Gesamteinkommen einer Produktionsperiode in vollem Umfange zu wirksamer Nachfrage in der folgenden und das Produktions- und Beschäftigungsvolumen wird zumindest aufrechterhalten. Auch wenn die Grenzergiebigkeit des Kapitals bzw. der „Sachkapitalzins“ auf ein Niveau nahe bei Null gesunken ist, werden Investitionen stattfinden, weil dies immer noch eine vorteilhaftere Methode sein wird, um die Kosten des Schwundgeldbesitzes zu umgehen.

Gesell geht hier von der ihm eigenen Vorstellung der Depressionsperiode aus, wonach in einer solchen Periode sich Geldbeträge anhäufen, welche brachliegende Kaufkraft darstellen und nur zum Umlauf gezwungen werden müssen, damit das Volumen der effektiven Nachfrage sich ausweitete. Die wirtschaftliche Realität zeigt jedoch ein anderes Bild: In Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges geht die Kassenhaltung der Volkswirtschaft in Bargeld und Sicht-

79) Proudhon, Gesell, and Keynes. *An Investigation . . .*, a. a. O.

80) R. F. Harrod, a. a. O., S. 459.

guthaben bei den Banken stark zurück. „Offensichtlich häufen die Wirtschaftssubjekte und Unternehmungen in Depressionszeiten normalerweise keine ständig anwachsenden Geldhorte auf. Dies ist sicher nicht das Wesen einer Depression. Im Tiefpunkt einer Depression sind oft keinerlei umfangreiche brachliegende Reserven vorhanden“⁸¹. Die mangelnde Nachfrage hat also nicht eine Ansammlung von Geldbeträgen zur Folge, sondern es tritt sogar eher das Gegenteil ein: die betreffenden Einkommensteile werden zur Rückzahlung von Schulden verwendet.

Dieser Möglichkeit messen Gesell und weitgehend auch seine Nachfolger keinerlei Bedeutung zu, weil sie eine ungenügende Vorstellung von der modernen Geld- und Kreditorganisation haben. Für Gesell zählt überhaupt nur das Bargeld, alle anderen eventuellen Tauschmittel sind nur „Geldersatz“; auch seine Jünger vermögen dem Giralgeld keine selbständige Bedeutung zuzugestehen und betrachten es meist, wie z. B. Christen, als in einem festen quantitativen Verhältnis zur Bargeldmenge stehend. Demgemäss muss sich jede einzelne Geldeinheit in jedem Moment in der Hand eines Individuums, einer Produktionsunternehmung oder einer Bank befinden, die unter dem Freigeld-Regime alle dem Risiko des Wertschwundes ausgesetzt wären: um diesen zu umgehen, müssten sie ihr Geld ausgeben und also die effektive Nachfrage vergrössern.

Möglichkeit der Umgehung des Schwundes

Diese Verkenntung des Wesens des modernen Kreditsystems lässt deshalb die Freiwirtschaftler die Tatsache übersehen, dass bei einer Rückzahlung von Schulden an die Bank tatsächlich die Gesamtgeldmenge vermindert wird, indem der Betrag der Sichtguthaben der Privaten und der Unternehmungen bei der Bank, derjenige der Guthaben der letzteren bei der Zentralbank und damit das gesamte Kreditvolumen verringert wird. Dieser Vorgang ist in jeder Depression eine normale Erscheinung, aber wahrscheinlich würde durch die Einführung des Schwundgeldes oder die Besteuerung der Bargeldhaltung in irgendeiner Form diese Tendenz noch verstärkt. Es besteht also die Möglichkeit, den Schwundverlust zu vermeiden, ohne zur Ausweitung der effektiven Nachfrage beizutragen. Diese Möglichkeit wird um so mehr benützt werden, als Schuldentilgung ja eine Abnahme der Verbindlichkeiten und damit eine Erhöhung der Liquidität bedeutet.

81) A. H. Hansen, *Economic Policy and Full Employment*, New York/London 1947, Kap. 19: Tax on Idle Money, S. 224.

Keynes machte gegen die Lehre Gesells einen ähnlichen Einwand. Er zeigte für die Vorschläge Gesells grosses Interesse und war der Ansicht, sie sollten ernsthaft geprüft werden; dabei unterstrich er, dass das Grundproblem nicht auf diese Weise gelöst werden könne, weil im Falle der Einführung des Schwundgeldes andere liquide Werte an die Stelle des Geldes treten und nun ihrerseits eine Investition in Kapitalgütern verhindern würden, sofern deren erwartete Grenzerträge unter einem bestimmten Niveau lägen⁸². Er nahm wahrscheinlich an, zur Umgehung des Schwundverlustes würde das Bargeld hauptsächlich zum Erwerb möglichst liquider Vermögensbestände aufgewendet und nicht zur Investierung in produktiven Anlagen, so dass sich in erster Linie eine stark spekulative Tätigkeit auf dem Markte eben dieser liquiden Bestände ergäbe.

Notwendig ist eine Aktivierung der Geldhorte

Der Zweck und die Wirkung der zu ergreifenden Massnahmen muss kurz gesagt in einer Aktivierung der brachliegenden Geldbestände bestehen, nicht in ihrer Reduktion⁸³! Aus diesem Grunde zieht Keynes es vor, unmittelbar auf die Investitionstätigkeit einzuwirken, damit deren Volumen den Umfang der Ersparnisse erreiche. Keynes geht es nicht darum, das Ausmass der Investition absolut möglichst gross werden zu lassen, sondern er will den Ausfall an wirksamer Nachfrage, der sich durch die Ersparnis ergibt, auf dem Wege der Investition ausgleichen. Deshalb legt er ja auch Gewicht darauf, dass die Ersparnisquote nicht zu hoch steige, auf dass das entscheidende Gleichgewicht zwischen *S* und *I* immer leicht gewährt werden kann. — Die direkte Beeinflussung der Investitionstätigkeit, die er empfiehlt, bedeutet nichts anderes, als dass eine (staatliche) Kontrollstelle das Investitionsvolumen übernehmen muss, welches zur Erreichung oder zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung notwendig ist, von den privaten Unternehmungen aber nicht durchgeführt wird. Die Gefahr einer solchen Politik besteht darin, dass durch diese staatliche Investitionstätigkeit die Kapitalakkumulation verstärkt und somit die Grenzergiebigkeit gesenkt wird, wodurch möglicherweise die private Investitionstätigkeit noch mehr abgeschreckt und also wiederum eine verstärkte Aktivität des Staates als Investor notwendig wird.

82) Allgem. Theorie, a. a. O., S. 302.

83) A. H. Hansen, a. a. O., S. 226/7.

Nach der Auffassung Gesells und seiner Adepten ist zur Sicherstellung eines ausreichenden Investitionsvolumens die Schwundgeldreform vollauf genügend. Die Freiwirtschaftslehre betont besonders die prinzipielle „Notwendigkeit, die Barliquidität mit Durchhaltungskosten zu belasten“, sowie die Zweckmäßigkeit, die Kapitalakkumulation zu verstärken, damit der Kapitalzins immer weiter sinke. Hier kommt in gewissem Sinne wiederum der sozial-reformerische Charakter der Lehre zum Ausdruck, der den Widerspruch zwischen der bestehenden Ordnung des Geldwesens und den „Naturgesetzen“ hervorhebt und darin sozusagen das primäre und wesentlichste Moment erblickt, welches es als prinzipielles Problem anzugreifen und zu lösen gilt. Gesells Reform wendet sich unmittelbar gegen den Umstand, welchen er für das Bestehen von depressiven Zuständen der Wirtschaft und von Arbeitslosigkeit verantwortlich hält. Sie will nicht die Folgen eines Auseinanderklaffens von privaten Spar- und Investitionsvolumen überwinden helfen, sondern die Möglichkeit einer solchen Divergenz überhaupt ausschalten.

Eine Bemerkung zur Methode des Vergleiches

Gesell arbeitet natürlich mit den Kategorien des Spar- und Investitionsvolumens, jedoch lässt sich der eigentliche Inhalt und das Ziel seiner Vorschläge mit Hilfe dieser Keynesschen Begriffe sehr gut wiedergeben. Vielleicht besteht der Eindruck, es seien in den vorstehenden Ausführungen über Ähnlichkeiten in der Theorie Gesells mit derjenigen von Keynes überhaupt etwas zu sehr die freiwirtschaftlichen Gedankengänge in der Form und mit den Begriffen der Keynesschen Theorie dargestellt werden. Vielleicht ist auch der Eindruck entstanden, alle diese Gedanken zu einem solchen Vergleich seien allzusehr auf die Gegenüberstellung der beiden Sachverhalte des Urzinses und der Liquiditätsprämie zugespitzt und der Vergleich als Ganzes überhaupt sehr gezwungen und einseitig. Dies mag in einem gewissen Sinne zutreffen. Deshalb ist hier noch einmal zu betonen:

Es ging nicht um irgendwelche neuartige Interpretation der Keynesschen Theorie vom freiwirtschaftlichen Standpunkt aus, es sollte auch nicht die Theorie Gesells mit Hilfe der Gedankengänge und Begriffe von Keynes neu dargelegt werden. Hingegen wurde schon weiter oben festgestellt, dass einerseits Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ ausdrücklich auf das Hauptwerk Gesells hingewiesen hat und dass andererseits die Freiwirtschaftler immer wieder behaupten, Keynes verfolge im Grunde genommen dasselbe Ziel wie

sie selbst. Aus diesem Grunde sind die beiden Theorien einander gegenübergestellt worden, um ihre tatsächliche Ähnlichkeit und Verwandtschaft zu untersuchen, wobei das Phänomen des Urzinses bzw. der Liquiditätsprämie in den Mittelpunkt gerückt ist, weil es den Kernpunkt eines solchen Vergleiches bilden muss.

Abschluss

In diesem Punkte und seinen weiteren Zusammenhängen berühren sich die beiden Theorien am nächsten, im übrigen ist ihnen eher die Grundhaltung gegenüber den Fundamenten der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung gemeinsam. Keynes weist nur gerade im Zusammenhang mit seiner Theorie der Liquiditätspräferenz auf Gesell und dessen Vorschlag zur Überwindung des Urzinses hin, weil er selbst die nahe Verwandtschaft Gesells mit seiner eigenen Theorie erkennt. In der Lehre Gesells stellt das Phänomen des Urzinses wirklich den Kernpunkt dar, von welchem aus die Möglichkeit von Krise und Depression und im allgemeinen des Konjunkturzyklus' erklärt wird. Umgekehrt stellt die Liquiditätsprämie in der Theorie von Keynes eine Grösse unter verschiedenen andern dar, wobei ihr keineswegs eine besonders hervorragende Rolle zukommt. Im Gegenteil: Die Möglichkeit, dass die Grenzergiebigkeit des Kapitals infolge des stark angestiegenen Kapitalbestandes der Volkswirtschaft unter das Niveau der Liquiditätsprämie sinkt, hat nur bei sehr langfristiger Betrachtung der Probleme und nur als letzten Endes hypothetischer Grenzfall eine Bedeutung. Nur nach einer langen Prosperitätsperiode könnte eine solche Möglichkeit tatsächlich aktuell werden; die Depression ist jedoch in keiner Weise eine Folge der zu hohen Liquiditätspräferenz. Bei Keynes nehmen die Erwartungen der Unternehmer bezüglich der künftigen Erträge zusätzlicher Investitionen, also ein psychologischer und damit starken Veränderungen unterworfenen Faktor eine weit wichtigere Stellung ein.

Nach der Auffassung von Keynes ist sozusagen der Zinssatz im Normalzustand der Wirtschaft höher als das jeweilige Niveau der Liquiditätsprämie und kann deshalb bei Bedarf immer noch zur Anregung der Investition gesenkt werden. Die Liquiditätsprämie wird dabei wie eben erwähnt nur als Grenzfall in Betracht gezogen. In der Theorie Gesells stellt dagegen der Urzins eine ständig wirkende Grösse dar: Der Normalzustand der Wirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass der Marktzinssatz an einem Sinken unter das gegebene Niveau des Urzinses und dadurch die Erreichung eines „natürlichen Zustandes“ der Wirtschaft verhindert wird.

Hier liegt der Hauptunterschied zwischen den beiden Theorien: der Keynesschen Analyse der verschiedenen Faktoren und ihres Zusammenwirkens, welche den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens und das Entstehen von Depression und Unterbeschäftigung zu erklären versucht, steht Gesells monokausale Erklärung in der Form der Urzins-These gegenüber. Bei Keynes steht zwar andererseits der Sachverhalt der effektiven Nachfrage gewissermassen im Mittelpunkt der Theorie, jedoch nicht derart ausgeprägt und ausschliesslich wie im Gesellschen System der Urzins. Keynes geht im wesentlichen von einem depressiven Zustand der Wirtschaft aus, in welchem dem Mangel an wirksamer Nachfrage grosse Wichtigkeit zukommt. Aber ebenso hat er gesehen, dass es auch andere Gründe für das Bestehen von Arbeitslosigkeit geben kann. So hat er in seiner im Jahre 1940 erschienenen Schrift „How to pay for the war“ darauf hingewiesen, dass die Natur der noch bestehenden Arbeitslosigkeit verschieden von derjenigen des vorhergehenden Jahres und nicht durch einen Mangel an wirksamer Nachfrage verursacht sei.

Ausser einer eigentlichen Theorie gibt Keynes ein theoretisches Instrument, mit dessen Hilfe die verschiedenen realen Zustände der Wirtschaft analysiert werden können; als solches ist seine Theorie nicht nur in Zeiten der Depression verwendbar, sondern in jeglicher Situation des Konjunkturzyklus'. Gesell versucht, jegliche wirtschaftliche Situation durch die Wirksamkeit des Urzinses zu erklären, welche offen erkennbar oder nur latent immer vorhanden ist.

Sowohl Keynes als Gesell betonen den monetären Aspekt der wirtschaftlichen Vorgänge, aber Keynes sucht ihn eingehender zu analysieren, während Gesell ihn im Bestehen des Urzinses begründet findet und diese Erklärung als vollauf befriedigend ansieht. Der Analyse des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren durch Keynes entspricht sein System von Massnahmen zur Überwindung der störenden Folgen eben jener monetären Eigenart, der monokausalen Erklärung Gesells dagegen sein Allheilmittel in der Form der einmaligen Reform des Freigeldes.

IV. Der Gedanke der Festwährung

Vorbemerkung

Bis jetzt war ausschliesslich von der Reform des Geldwesens im Sinne des Freigeldes im eigentlichen Sinne des Begriffes die Rede, d. h. im Sinne des Schwundgeldes. Heutzutage verhält es sich aber gerade so, dass meistens der Begriff des „Freigeldes“ mit der Vorstellung und dem Vorschlag der Indexwährung in Verbindung gebracht wird. Wahrscheinlich ist dies besonders in der Schweiz der Fall, wo die politische Organisation der Anhänger der Freiwirtschaftslehre, die liberal-sozialistische Partei, im Jahre 1950 eine „Kaufkraft-Initiative“ lanciert hat, welche ihrem Namen entsprechend die Stabilhaltung der Kaufkraft des Schweizerfrankens, mit andern Worten die Einführung der Indexwährung zum Ziele hatte, dagegen das Postulat des Schwundgeldes mit keinem Worte erwähnte. Demgemäss wird mit dem Begriff der Freigeldlehre, von deren Anhängern die Initiative ausging, hauptsächlich dieser Gedanke der Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes verbunden.

Tatsächlich liegt jedoch bei Gesell selbst das Hauptgewicht der Lehre auf der Idee des Schwundgeldes und der Notwendigkeit seiner Einführung. Das Grundübel der bestehenden Wirtschaftsordnung liegt in der Hortbarkeit des Geldes, und mit der Einführung des Schwundgeldes wird diese — nach Gesells Ansicht — Hauptursache der bisherigen Wirtschaftsstörungen verschwinden. Von diesem Zeitpunkt an kann sich das „Währungsamt“, die zentrale währungspolitische Behörde und wichtigste Kontrollstelle der Wirtschaft überhaupt, mit der Beobachtung der umlaufenden Geldmenge begnügen und diese nötigenfalls in dem Sinne regulieren, dass der Durchschnittspreisstand unverändert bleibt. Die Einführung des Schwundgeldes ist also die Hauptreform, die aber der Ergänzung durch die Indexwährung bedarf. Die modernen Freiwirtschaftler gehen gerade in umgekehrter Richtung vor, indem zuerst die Festwährung zum Hauptziel der Währungspolitik gemacht werden soll, ohne dass im übrigen allzu umwälzende Eingriffe in die Währungsordnung vorgenommen würden. Bei der Verwirklichung der Indexwährung müsste sich dann wohl herausstellen, dass zu einer derartigen wirksamen Kontrolle des Geldumlaufs die Einführung des Freigeldes notwendig wäre. — Gesell denkt von vornherein an die Verwirklichung der neuen Währungsordnung durch die Kombination von Freigeld und

Festwährung, die zeitgenössischen Freiwirtschaftler kommen erst allmählich und notgedrungen zu der Erkenntnis derselben Notwendigkeit. Dass diese Verschiedenheit in der Auffassung zu einem guten Teil aus taktischen und propagandistischen Erwägungen herrührt, wurde bereits erwähnt.

Der Reformplan der Indexwährung ist kein selbständiger Gedanke Gesells und deshalb auch für seine Lehre nicht entfernt so charakteristisch wie die Idee des Schwundgeldes. Dementsprechend wird er auch in dieser Arbeit nicht so ausführlich besprochen. — Der wichtigste akademische Vertreter der Lehre von der Indexwährung war Irving Fisher, welchen die Freiwirtschaftler denn auch immer als ihren Kronzeugen hinzustellen versuchen.

Im folgenden soll zuerst die theoretische Grundlage der Indexwährung, die Quantitätstheorie des Geldes betrachtet werden, worauf zur Besprechung der Festwährung von der „Kaufkraft-Initiative“ der schweizerischen Freigeldanhänger ausgegangen werden soll. Dabei soll diese Besprechung möglichst ausserhalb jeder rein tages- und parteipolitischen Diskussion bleiben. Die direkte Diskussion mit den Freiwirtschaftlern hat sich schon wiederholt als schwierig erwiesen, weil diese ihre Lehre weitgehend als Dogma vertreten und weil sie ferner mit Vorliebe Zitate wissenschaftlicher Autoritäten anführen, die für sich genommen eine Stütze der freiwirtschaftlichen Thesen darstellen, auch wenn jene Autoren die freiwirtschaftliche Auffassung entschieden ablehnen. Dem Text der Initiative gemäss wird allein die Indexwährung zu betrachten sein, während in einem besonderen Abschnitt die freiwirtschaftliche Lösung der Probleme behandelt werden soll, welche sich aus der Kontrolle des Geldumlaufes im Zusammenhang mit der Durchführung der Indexwährung ergeben; es soll mit andern Worten kurz auf die Problematik der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und ihre vermeintliche Überwindung durch Einführung des Schwundgeldes eingegangen werden.

1. Die Quantitätstheorie als Grundlage des Gedankens der Festwährung

Der Grundgedanke der Quantitätstheorie

Der Vorschlag der Indexwährung, wie er im einzelnen auch formuliert sein mag, beruht in der Regel auf der Quantitätstheorie. Die Indexwährung setzt sich zum Ziel, den Wert, d. h. die Kaufkraft des Geldes stabil zu halten, wobei sie diesen Wert am Durchschnittspreis der Waren und Dienstleistungen, welche mit dem Geld

gekauft werden können, misst. Die für die Währungspolitik Verantwortlichen müssen deshalb bestrebt sein, dieses Preisniveau mittels geeigneter Massnahmen unverändert zu halten, wobei sie sich an einem Preisindex zu orientieren haben, der für jene Waren und Dienstleistungen möglichst repräsentativ ist. Für die Durchführung einer solchen Währungspolitik ist es notwendig, dass allgemeine theoretische Richtlinien bestehen, gemäss denen das Zusammenspiel der Faktoren, welche jenes Preisniveau bestimmen, in einer einfachen und auch praktisch, d. h. statistisch erfassbaren Form erscheint. Gerade diese Erfordernisse scheint nun die Quantitätstheorie zu erfüllen, welche im übrigen selbständig und bedeutend früher als der Gedanke der Indexwährung in anderm Zusammenhang entwickelt worden ist.

Der Grundgedanke der Quantitätstheorie sagt, dass eine Abhängigkeit der Güterpreise von der Geldmenge besteht. Eine der ältesten, wenn auch nicht die erste Formulierung dieser Auffassung — Irving Fisher nennt hier den um das Jahr 200 n. Chr. lebenden römischen Juristen der klassischen Epoche Julius Paulus — stammt aus der Zeit der Preisrevolution im 16. Jahrhundert: 1568 stellte Jean Bodin fest, die allgemeine Preissteigerung sei in ausreichender Weise durch die Vermehrung der Edelmetallmenge, besonders als Folge der starken Silbereinfuhr aus der Neuen Welt zu erklären¹. Diese ursprüngliche rohe Fassung der Quantitätstheorie nahm an, die Gesamtmenge des vorhandenen Geldes sei der einzige Faktor, welcher die Höhe der Preise beeinflusse und verändere, wobei hie und da noch hinzugefügt wurde, die Veränderung in der Höhe der Preise sei proportional der Veränderung im Volumen des Geldes. Im Laufe der Zeit wurde dann allerdings diese Fassung der Theorie noch in mancher Hinsicht verbessert und der Realität angenähert.

Die Darstellung Gesells

Gesell versteht unter der „Quantitätstheorie“ die Abhängigkeit der Preise von Angebot und Nachfrage oder mit andern Worten das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“, welches den Preis der einzelnen Güter und Dienstleistungen bestimmt: „Die Quantitätstheorie, die für alle Waren ohne wesentliche Einschränkung als richtig anerkannt wird, hat man auch auf das Geld übertragen und gesagt, dass der Preis des Geldes vom Geldvorrat bestimmt wird...“². Mit

1) Vgl. M. Palyi, Artikel „Quantitätstheorie“ im Hdwb. d. St.wiss. 4. Aufl., Bd. 6, S. 1147 f.

2) Die natürliche Wirtschaftsordnung, a. a. O., S. 232. Vgl. hierzu

dem „Preis des Geldes“ meint Gesell dabei offensichtlich dessen Kaufkraft, d. h. die Menge der Waren, die für eine Einheit des Geldes „bezahlt“ werden muss. Er ist jedoch mit der „Übertragung der Quantitätstheorie auf das Geld“ durchaus nicht einverstanden, da er nicht die eben skizzierte ursprüngliche Fassung der Quantitätstheorie des Geldes vertritt, sondern erkannt hat, dass die gesamten Geldausgaben keineswegs der Gesamtmenge des Geldes entsprechen oder ihr auch nur proportional sind. Deshalb betont er, dass die „sogenannte Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt“; sie gilt unbeschränkt nur für die Waren, bei welchen das Angebot immer mit dem Vorrat identisch ist und wo also Vorrat und Nachfrage den Preis bestimmen. Im Falle des Geldes gilt dies jedoch nicht: „Während der Geldvorrat oft unverändert bleibt, ist das Geldangebot den grössten Schwankungen unterworfen“³. Mit dieser Feststellung gibt Gesell wiederum seiner bekannten Auffassung von der Überlegenheit des Geldes über die Waren Ausdruck. Darum ist die „rohe Quantitätstheorie“, die Gesell zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen genommen hat, im Falle des Geldes nicht anwendbar. Jedoch ist er der Ansicht, dass eine Kontrolle und Regulierung der gesamten vorhandenen Geldmenge angebracht sei, wozu allerdings eine „Umgestaltung des Geldwesens einschneidendster Art“, nämlich die Einführung des Freigeldes, notwendig ist.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

Obwohl Gesell es nicht ausdrücklich ausspricht, hat er hier die Tatsache der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes vor Augen, deren Berücksichtigung die Hauptverbesserung darstellt, die im 18. Jahrhundert an der Quantitätstheorie vorgenommen wurde. Es handelt sich im wesentlichen um die Erkenntnis, dass eine einzelne umlaufende Geldeinheit während einer gegebenen Zeitspanne mehr als nur einmal als Nachfrage auf den Warenmärkten auftreten kann. Je mehr Umsätze von Waren oder auch von Dienstleistungen die Geldeinheit ermöglicht, desto grösser ist ihre „Umlaufgeschwindigkeit“. Umgekehrt kann das Geld auch „untätig“ in irgendeiner Kasse liegen, wobei natürlich seine „Umlaufgeschwindigkeit“ sehr klein oder — sofern dieser Zustand über die ganze Länge der Zeiteinheit andauert — gar Null sein kann⁴. Dementsprechend sagt Gesell an

F. Haber, Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer, Jena 1926, Kap. 16.

3) Die natürliche Wirtschaftsordnung, a. a. O., S. 232.

4) Diese Umschreibung des Begriffes der „Umlaufgeschwindigkeit des

einer andern Stelle, die Nachfrage nach Gütern sei „gleich der Masse mal der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“⁵. Da die „rohe Quantitätstheorie“ die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht berücksichtigt, ist sie nicht brauchbar zur Regulierung der Gesamtgeldmenge im Hinblick auf eine Stabilhaltung der Kaufkraft des Geldes. Die Schwundgeldreform dagegen macht eine Kontrolle möglich, indem auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beeinflussbar und nahezu zu einer Konstanten wird. Gesell erachtet also auch zur Verwirklichung dieser dritten seiner drei Forderungen — Freiland, Freigeld, Festwährung — die Einführung des Schwundgeldes als unbedingt notwendig.

Die Darstellung Christens

Bedeutend eingehender behandelt Th. Christen den Gedanken der Quantitätstheorie in seinem Aufsatz „Die Quantitätstheorie des Geldes“⁶. Auch er lehnt deren „rohe Form, die algebraisch als $P = a \cdot G$ geschrieben werden kann — wo P das Preisniveau, G die Geldmenge und a eine Konstante repräsentiert — ab und unternimmt es, die Theorien zu „bereinigen“ und anhand von mathematischen Formeln, welche seiner Auffassung nach die grösstmögliche Genauigkeit gewährleisten und „keinerlei Flunkern dulden“, neu darzustellen. Neben der Menge des Geldes erkennt Christen als massgebenden Faktor der Beeinflussung des Preisniveaus den „Kredit“, d. h. die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, deren Grösse „völlig dem Belieben der Geldinhaber anheimgestellt“⁷ und zumeist eine „psychogene Grösse“ ist. Ferner berücksichtigt er auch die vorhandene Warenmenge, welche der durch die umlaufende Geldmenge gebildeten Nachfrage als Angebot gegenübertritt und erhält so „für die endgültig bereinigte Quantitätstheorie“ die Gleichung, welche wir mit den entsprechenden (englischen) Symbolen von Fisher wiedergeben: $P = c \cdot \frac{V \cdot M}{T}$, in Worten: „Der Durchschnittspreis sämtlicher Waren des Marktes ist proportional dem Produkt aus der im Lande vorhandenen Geldmenge und ihrer Umlaufgeschwindigkeit,

Geldes“ entspricht der freiwirtschaftlichen Darstellung. Andere Autoren stellen stärker auf andere Gesichtspunkte ab, die Definition des Begriffes ist keineswegs einheitlich und eindeutig. Wir werden später noch auf diese Frage zurückkommen.

5) A. a. O., S. 206.

6) Erstmals erschienen zwischen 1915 und 1917. Abgedruckt als 2. Teil seiner Schrift „Das Geldwesen ein dynamisches System“, 2. Auflage, Bern/Leipzig/Wien 1932.

7) Ebenda, S. 31.

dividiert durch die auf dem Markte vorhandene Warenmenge“⁸. Christen ist aber bemüht, die Quantitätstheorie wirklich umfassend und genau zu gestalten und berücksichtigt deshalb ausser M , der Menge des Bargeldes, auch noch den „Kreditverkehr, d. h. den Verkehr mit Wechseln und Schecks“. Das Verhältnis des Umsatzes in Wechseln und Schecks zum Umsatz in Münzen und Noten nennt er die „Handelscharakteristik“, die mit dem Symbol h in die Gleichung der Quantitätstheorie eingefügt wird: $P = c \cdot (1 + h) \cdot \frac{V \cdot M}{T}$. Es wurde also... „einfach die Konstante c durch eine andere Konstante, $c \cdot (1 + h)$, ersetzt“⁹. Das bedeutet nichts anderes, als dass die „Handelscharakteristik“ normalerweise — „im Krieg wie im Frieden, in der Hochkonjunktur wie in der Depression“ — als unverändert angenommen wird. Christen argumentiert mit der Gleichung $P = c \cdot \frac{V \cdot M}{T}$, in welcher c unverändert bleibt, weshalb „wir uns also nicht (um diese Konstante, zu kümmern brauchen“¹⁰, und dasselbe gilt folglich auch für $c \cdot (1 + h)$.

Manipulierung von M zur Stabilhaltung von P in $P = \frac{M \cdot V}{T}$

Wir greifen an dieser Stelle etwas vor und sprechen kurz vom Gedanken der Index- oder Festwährung, deren Durchführbarkeit Christen anhand jener Gleichung glaubt nachweisen zu können. Am Beispiel der Hochkonjunktur und der Depression zeigt er, dass die „exakt bereinigte Quantitätstheorie“ mit diesem Phänomen voll-

8) Ebenda, S. 33 und 34. Dabei bedeutet P das allgemeine Preisniveau, M (Money) die Quantität des im Umlauf befindlichen Geldes, V (Velocity of Circulation) dessen „Leistungsfähigkeit“ oder Umlaufgeschwindigkeit und T (Volume of Trade or Transactions) das Umsatzvolumen, d. h. die Menge der mittels Geld gekauften Güter. — Vgl. I. Fisher, Die Kaufkraft des Geldes, Berlin 1916, S. 11/2.

9) Ebenda, S. 41. Auch Fishers vollständige Gleichung bezieht die Depositionen und ihre — gewendet dargestellte Umlaufgeschwindigkeit — mit ein und lautet entsprechend: $PT = MV + M'V'$. — Die moderne Geldtheorie nimmt nicht diese scharfe Trennung zwischen Bargeld- und Bankgeldmenge vor und zählt z. B. die Sichteinlagen zur Gesamtgeldmenge schlechthin. Die Ansicht der freiwirtschaftlichen Autoren ist nicht einheitlich, und es wird selten ausgesprochen, was eindeutig zur „Geldmenge“ im Sinne der „Quantitätsgleichung“ zu rechnen ist; meistens findet sich aber das Giralgeld als „Geldsurrogat“ bezeichnet. Die Trennung zwischen Bargeld und Giralgeld erfolgt nicht nur aus Gründen der statistischen Messung, sondern geht von der Annahme eines wesentlichen Unterschiedes aus.

10) Ebenda, S. 48.

ständig übereinstimmt und auf sie angewendet werden kann; sie widerspricht „keiner handelsgeschichtlichen oder finanztechnischen Tatsache“, sie spiegelt also kurz gesagt die Realität wider und kann für unanfechtbar gehalten werden¹¹. — Da also diese Quantitätstheorie auf unwiderlegbare Art und Weise zeigt, durch welche Faktoren das Preisniveau bestimmt wird, ist sie nach der Auffassung Christens ebenso geeignet, als Handhabe für die Stabilhaltung eben dieses Preisniveaus zu dienen: Eine Veränderung von P ist die Folge einer Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit V oder/und der Geldmenge M oder/und des Handelsvolumens T . Die Grösse M kann von der zentralen Geldemissionsstelle kontrolliert und reguliert werden, während die Veränderung von V und T den „kompliziertesten Ursachen“ unterliegen, „auf die der Staat... ohne nennenswerten direkten Einfluss ist. Auch dürfte es nicht ganz leicht sein zu entscheiden, welche der beiden Grössen, V oder T , im Einzelfall eine beobachtete Veränderung von P verursacht hat“¹². Trotzdem hält Christen eine Stabilhaltung der Grösse P dank seiner Quantitätsgleichung für möglich: Ist es doch aus der Gleichung klar ersichtlich, dass durch eine angemessene Veränderung der Geldmenge M jede Wirkung einer Veränderung des Quotienten $\frac{V}{T}$ auf das Preisniveau kompensiert werden kann. Nimmt beispielsweise die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes V zu und bleibt das Handelsvolumen gleich, so genügt eine entsprechende Verminderung der Geldmenge M , um ein Steigen des Preisniveaus zu verhindern. Da nach dieser Methode der Stabilisierung auf jeden Fall lediglich die Geldmenge verändert wird, ist es gleichgültig, durch welchen der drei Faktoren eine Veränderung des Preisniveaus bewirkt wird; die Gegenmassnahme wird immer in Form einer entsprechenden Änderung der Geldmenge erfolgen. Dass sie tatsächlich möglich und auch wirksam sein wird, ist nach Ansicht Christens unmittelbar aus der Quantitätsgleichung abzulesen.

Die Divergenz zwischen Gesells und Christens Ansicht und deren Grund

Christen hält also — im Gegensatz zu Gesell — die Durchführung der Festwährung auch ohne vorherige Einführung des Freigeldes für durchaus möglich. Allerdings ist er der Meinung, dass auf lange Sicht betrachtet die Einführung des Schwundgeldes sich als

11) Ebenda, S. 43.

12) Ebenda, S. 49.

notwendig erweisen wird, weil infolge des stabilen Preisstandes die Konjunkturschwankungen verschwinden, damit das Risiko für Kapitalanlagen und Kredite im allgemeinen und folglich auch der Zinssatz sinken wird und darum die Kapitalisten ihr Geldkapital nicht mehr ausleihen, sondern in steigendem Masse horten werden. Von diesem Momente an wird sich jede Vermehrung der Geldmenge als nahezu unwirksam erweisen, die zentrale Geldausgabestelle wird die Kontrolle über die ausgegebene Geldmenge verlieren und die „feste Währung mit herkömmlichem Geld“ bricht zusammen. Auf Grund dieser Überlegungen empfiehlt Christen die Einführung des Freigeldes als eine die Reform des Geldwesens im Sinne der Indexwährung vervollständigende Massnahme.

Hier müssen wir uns daran erinnern, dass der Hauptzweck Christens bei der Abfassung seiner verschiedenen Aufsätze und Schriften die Propagierung der Gedanken Gesells in möglichst wissenschaftlicher Form war. Es darf deshalb angenommen werden — und der Wortlaut des Vorwortes zur 1. Auflage seiner Schrift bestätigt diese Annahme in gewissem Sinn —, dass Christen aus taktischen Erwägungen heraus zuerst eine die bestehende Geldordnung nicht allzustark tangierende Reform verwirklichen wollte, die auch von anderen, bekannten Autoren empfohlen wurde, worauf wohl die Verwirklichung des Schwundgeldplanes auf weniger grosse Schwierigkeiten gestossen wäre. Aus demselben Grunde ging Christen wohl auch von den Ideen Fishers aus, die dieser in seiner „Kaufkraft des Geldes“ (erste amerikanische Auflage 1911) und schon früher in kleineren Publikationen niedergelegt hatte. Fisher war der anerkannte akademische Volkswirtschaftler, der den Gedanken der Quantitätstheorie wieder mit grösstem Eifer vertrat, und für die Freiwirtschaftsbewegung konnte es natürlich nur von propagandistischem Nutzen sein, wenn sie zu denselben Ideen stand wie der berühmte Professor der Nationalökonomie. Der Name Fishers ist zwar in der genannten Schrift Christens nicht genannt, jedoch weicht gerade die Formel der Quantitätstheorie nur ganz unwesentlich von der sogenannten Verkehrsgleichung Fishers ab.

Quantitätstheorie und Verkehrsgleichung

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier über die Richtigkeit, die Bedeutung und Tragweite der Quantitätstheorie im engeren Sinne und über die Formeln Christens und Fishers erschöpfend und abschliessend zu urteilen. Worauf an dieser Stelle aber hinzuweisen ist, ist die Tatsache, dass es bei der Beurteilung dieser und ähnlicher

algebraischer Formulierungen von wirtschaftlichen Tatbeständen nicht so sehr auf die korrekte äussere Darstellung in mathematischer Hinsicht ankommt, als vielmehr auf die Art und Weise, in welcher jene Formeln interpretiert werden, wie streng und d. h. mechanistisch beispielsweise in der vorliegenden „Gleichung der Quantitätstheorie“ die funktionale Abhängigkeit des Preisniveaus von den verschiedenen Faktoren aufgefasst wird. Es ist hier nicht so sehr rein mathematisches Verständnis notwendig, dessen es zum Begreifen dieser Formeln denkbar wenig bedarf. „Die mathematische Form, die heutzutage bei der Diskussion wirtschaftlicher Probleme angewandt wird, bietet keine Gewähr für ein tieferes Verständnis der quantitativen Natur der Probleme. Die Autoren mögen sich zwar ein gewisses Ausmass an technischem Wissen der mathematischen Formeln und Methoden angeeignet haben, jedoch noch nicht die strenge Übung im quantitativen Denken, welche ihnen ermöglichen würde, zu verstehen und kritisch zu beurteilen, auf welche Weise solche mathematischen Methoden gehandhabt werden müssen und wieviel wirtschaftliche Wirklichkeit aus ihnen herausgelesen werden kann“¹³.

Die Verschiedenartigkeit der möglichen Interpretationen solcher algebraischen Gleichungen wird sogleich klar, wenn man sich bewusst wird, dass die Verkehrsgleichung von Fisher zwar äusserlich mit der Gleichung Christens praktisch übereinstimmt, jedoch ihrem Aussagewert nach nicht als Ausdruck der Quantitätstheorie aufzufassen ist: Für Fisher stellt nämlich die Verkehrsgleichung nicht einfach einen algebraischen Ausdruck der Quantitätstheorie dar, vielmehr wird diese letztere „... in der Verkehrsgleichung... klarer gestellt...“¹⁴. A. W. Marget, der diesen Problemkreis besonders eingehend untersucht hat, stellt ausdrücklich fest: „Eine Verkehrsgleichung ist nicht dasselbe wie die Quantitätstheorie“¹⁵. Seiner Auffassung nach stellt die Quantitätstheorie „... eine Behauptung oder eine Reihe von Behauptungen auf, welche die relative Bedeutung der Geldmenge innerhalb der Faktoren betrifft, von denen angenommen werden kann, dass sie die Preise beeinflussen. Die besonderen Quantitätsgleichungen (quantity equations = Verkehrsgleichungen), deren Bedeutung hier zur Diskussion steht, behaupten andererseits, dass die Geldmenge *einen* Faktor darstellt, der die Preise beeinflusst; in den Gleichungen selbst wird überhaupt nichts ausgesagt über die

13) G. Cassel, *On Quantitative Thinking in Economics*, Oxford 1935, Seite 1/2.

14) I. Fisher, a. a. O., S. 13.

15) A. W. Marget, *The Theory of Prices. A Re-Examination of the Central Problems of Monetary Theory*, vol. I, New York 1938, S. 19.

Wichtigkeit des Einflusses von Änderungen in der Geldmenge im Verhältnis zu Änderungen anderer Faktoren, welche auf die Preise einwirken. Die Quantitätsgleichungen im allgemeinen mit der Quantitätstheorie zu identifizieren heißt deshalb den ersteren eine Unzulänglichkeit zur Last legen, die eigentlich nur der letzteren vorgeworfen werden kann“¹⁶.

Die Quantitätsgleichung als „Definitionsgleichung“

Die funktionale Abhängigkeit des Preisniveaus von den verschiedenen Faktoren der Verkehrsgleichung ist für Fisher also keineswegs so klar und eindeutig wie für Christen. Der Aussagewert der Verkehrsgleichung ist im Grunde genommen gering, jedenfalls geht er nicht im entferntesten so weit wie jener, den Christen seiner Formel bekennt. Das geht am deutlichsten aus der Definition hervor, die Fisher selbst gibt: „Die Verkehrsgleichung ist eine in mathematischer Form ausgedrückte Darlegung der gesamten Transaktionen, die in einer gewissen Periode in einem bestimmten Gemeinwesen vollzogen werden“¹⁷. Fisher will also seine Verkehrsgleichung zunächst lediglich als sogenannte „Definitionsgleichung“ aufgefasst wissen, als eine — allerdings allgemeingültige — ex-post-Betrachtung der monetären Transaktionen der Wirtschaft. Als solche mag sie als selbstverständlich und als eine so gut wie nichtssagende Tautologie abgelehnt werden, welches Urteil dann oft gerade auch auf die Quantitätstheorie im eigentlichen Sinne ausgedehnt wird¹⁸; immerhin ist sie aber in diesem Falle erstens korrekt formuliert und erhebt nicht den Anspruch mehr anzutagen als aus einer algebraischen Formel möglicherweise herausgelesen werden kann, und zweitens ist sie trotz aller Selbstverständlichkeit nicht dermaßen nutzlos, dass sie nicht — und dieses Mal eben doch wieder als Ausdruck der Quantitätstheorie — mit gewissen Vorbehalten als „Faustregel“ zur Beurteilung monetärer Phänomene benutzt werden könnte. Enthält doch die Quantitätstheorie in ihren Grundgedanken „... genug common sense, um nicht als praktische Orientierung für die Geldpolitik ganz und gar untauglich zu sein. Sie knüpft an wirtschaftliche Realitäten an, die unmittelbar vor aller Augen liegen“¹⁹.

16) Ebenda, S. 22/3.

17) A. a. O., S. 13. Noch deutlicher spricht Fisher dies in einem kleineren volkswirtschaftlichen Werk aus: *Maturing the Crisis*, London 1934, Seite 89.

18) So z. B. J. Polinton, *Introduction to the Theory of Employment*, London 1937, S. 94.

Die Quantitätsgleichung als „Reaktionshypothese“

Die elementaren Wahrheiten der Quantitätstheorie anerkennen heisst aber nicht, dass man in der Quantitätsgleichung eine sogenannte „Reaktionshypothese“ sieht: dies wäre gleichbedeutend mit der Annahme eines kausalen Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Grössen der Gleichung in der Weise, dass die Änderung eines Faktors oder Gliedes notwendigerweise in einer ganz bestimmten Richtung und Stärke im Sinne einer Veränderung eines andern oder mehrerer anderer wirken müsste. Die Annahme einer solchen strengen kausalen Abhängigkeit zeigt die Vernachlässigung der einfachen Tatsache an, dass alles Wirtschaftsgeschehen letzten Endes das Ergebnis einer Vielzahl von individuellen Handlungen der wirtschaftenden Menschen ist, welche durch subjektive und ändernde Motive zu ihrem Verhalten veranlasst werden und deren Handlungsweise durch keine noch so ausgeklügelte mathematische Methode im voraus bestimmt werden kann.

Christen fasst indessen seine Gleichung in eindeutiger Weise als solche „Reaktionshypothese“ auf und scheint sogar die hinter der Gleichung stehenden realen wirtschaftlichen Tatbestände über den mathematischen Faktoren zu vergessen. Auch bei ihm ist deutlich jene die Freiwirtschaftslehre kennzeichnende Auffassung der Volkswirtschaftslehre als Naturwissenschaft erkennbar, und auch seine Ansicht, dass nämlich die Möglichkeit, einen Gedankengang algebraisch zu formulieren, bereits etwas über dessen Richtigkeit aussagt, ist eine Folge seiner — in diesem Falle falsch angewandten — naturwissenschaftlichen Denkweise, die ihm als Arzt und Naturwissenschaftler eigen war. Dass dieses aber keineswegs die Ansicht der Naturwissenschaft im allgemeinen ist, zeigt sehr deutlich die Antwort eines ihrer Vertreter an Christen: „Es wäre ja überaus einfach um die gesamten Naturwissenschaften bestellt, wenn damit, dass irgendeine Theorie mathematisch ausgebaut werden kann, auch schon irgend etwas über deren Wahrheitsgehalt ausgesagt würde. Die Lage ist doch wohl die, dass zwar die Mathematik in sich ein Gebäude darstellt, das auf ganz strengen und absolut exakten Begriffen und Schlüssen aufgebaut ist, dass aber auf der andern Seite die Sätze der Mathematik auch völlig abstrakt bleiben, das heisst, dass die Mathematik ihrer Natur nach weder befähigt ist, irgendwelche Aussagen über reale Dinge zu machen, noch jemals mit dem Anspruch auftritt, solche Aussagen machen zu wollen. — In ihrer Anwendung

19) G. Myrdal, Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse, in F. A. Hayek, Beiträge zur Geldtheorie, Wien 1933, S. 367.

auf andere Wissenschaften spielt dagegen die Mathematik lediglich die Rolle, komplizierte Gedankengänge schneller und einfacher durchführen zu helfen. Der Weg ist dann immer der, dass man von gewissen realen Dingen annimmt, dass sich gewisse Beziehungen zwischen ihnen genauso verhalten wie gewisse mathematische Objekten. Ob diese Annahme sinnvoll und berechtigt ist, darüber kann nur die tatsächliche Erfahrung entscheiden“²⁰.

Überschätzung des Aussagewertes der Gleichung

Christen glaubt aus der Gleichung viel mehr herauslesen zu können, als sie tatsächlich aussagt und überhaupt auszusagen vermag. Mit seiner Annahme einer eindeutigen kausalen Abhängigkeit des Preisniveaus steht er in ausgesprochenem Gegensatz zur Auffassung Fishers, derzufolge „... die Verkehrsgleichung an sich über einen Kausalzusammenhang zwischen Geldquantität und Preisniveau ebensowenig Auskunft gibt, wie über einen Kausalzusammenhang zwischen zwei beliebigen anderen Faktoren...“²¹. Er übersieht dabei die wichtige Tatsache, dass jeder Faktor der Quantitätsgleichung jeden andern beeinflussen kann in einer Art, die bekannt sein muss, wenn man die Einwirkungen einer von der massgebenden Stelle vorzunehmenden Geldmengenveränderung vorausbestimmen will. Und das ist es ja gerade, wozu Christen mit Hilfe seiner „exakt bereinigten Qualitätstheorie“ imstande zu sein glaubt.

Die Quantitätsformel mit ihren in möglichst grosser Einfachheit dargelegten Kausalbeziehungen entspricht dem naturwissenschaftlichen Denken Christens und auch der andern freiwirtschaftlichen Autoren — Gesell selbst war die algebraische Formulierung der Quantitätstheorie offenbar nicht bekannt, was wiederum darauf hinweist, dass Christen sie von Fisher übernommen hat —, da sie in einfachster Art die Zusammenhänge zwischen den in ihr enthaltenen globalen Grössen zum Ausdruck bringt. Aber gerade deren Natur als solche aggregativen Grössen kann ein Hindernis zur Erfassung und zum Verständnis von realen wirtschaftlichen Phänomenen sein. Dem einfachen Symbol T der Verkehrsgleichung Fishers entspricht in der Realität nicht ein einheitliches und übersehbares „Transaktionsvolumen“, sondern eine unübersehbare Vielfalt von Erzeugnissen der verschiedensten Art, zu welchen die noch bedeutend schwerer fest-

20) F. Levi, Die wissenschaftliche Begründung der Freigeldlehre, Sonderabdruck aus der Ztschr. f. schweiz. St. u. Vw., 70. Jg., 1934, Heft 1, Seite 17/8.

21) A. a. O., S. 127.

zustellenden und zu messenden Dienstleistungen hinzugezählt werden müssen. Selbst die Geldmenge, die in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten zu bieten scheint, „...ist keine homogene, funktional gleichwertige Grösse wie die Gleichung glauben lässt“²².

Vor allem ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass in der Verkehrsgleichung das Geld allein in seiner Tauschmittelfunktion erscheint. Das entspricht natürlich vollkommen der freiwirtschaftlichen Ansicht vom Wesen des Geldes und ist wohl auch für die Verkehrsgleichung als solche durchaus genügend. Aber als Folge dieses eingeschränkten Geldbegriffes müssen in der Gleichung alle die einseitigen Zahlungen, die in einer Volkswirtschaft vorgenommen werden, ausser acht gelassen werden. Dadurch aber vermag die Gleichung die Bedeutung des Geldes in der Sphäre des Handels und der Produktion zu erfassen, nicht aber alle jene Probleme, die sich aus der Zahlungsmittelfunktion des Geldes ergeben²³. Damit stellt die Quantitätsgleichung aber ein Instrument dar, das lediglich zur Betrachtung und Beurteilung eines Ausschnittes der monetären Aspekte der Wirtschaft dienen kann; dieser Tatsache sich bewusst zu sein, ist deshalb bei ihrer Verwendung als Instrument der Analyse geldpolitischer Probleme besonders wichtig.

Eine Geldmengenänderung wirkt nicht allein auf die Preise

Aus den bisherigen Ausführungen könnte man leicht den Schluss ziehen, dass nach Ansicht Gesells und Christens der Einfluss einer Veränderung der Geldmenge sich auf das Preisniveau beschränke, und tatsächlich untersucht Christen den Aussagegehalt seiner Quantitätsgleichung auch lediglich in dieser Richtung. In Wirklichkeit jedoch sind sowohl Gesell als auch Christen in ihren Schriften, besonders aber ihre Adepten in der tagespolitischen Diskussion volkswirtschaftlicher Fragen durchaus der Ansicht, dass eine Geldmengenänderung über das Preisniveau hinaus auf die Produktion und die wirtschaftliche Aktivität in allgemeinen einwirke. So wurde und wird für den Fall einer Krise entschieden eine Politik der Ausweitung des Geldvolumens empfohlen, ganz entsprechend den Feststellungen von Gesell und Christen, wonach sich steigende Preise im Sinne einer Anregung der Produktion, sinkende dagegen umgekehrt produktionshemmend auswirken: „Je rascher die Preise steigen, desto lebhafter blühen Handel und Gewerbe, desto kräftiger wird das ganze Er-

22) V. F. Wagner, Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937, S. 7.

23) Vgl. W. Keilhau, The Equation of Payments, in: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, London 1933, S. 302/3.

werbsleben angeregt... Je rascher die Preise sinken, desto schwerer werden Handel und Gewerbe geschädigt und ruiniert“²⁴. An anderer Stelle²⁵ stellt Christen die Inflation der Depression gegenüber, woraus wohl der Schluss gezogen werden darf, dass seiner Auffassung nach Inflation und Prosperität bzw. Deflation und Depression einander entsprechen.

Das Preisniveau ist der massgebende Faktor

Dabei nehmen die Freiwirtschaftler immer an, dass eine solche Änderung der Geldmenge zuerst das Preisniveau ändere und nur auf diese Weise die wirtschaftliche Aktivität zu beeinflussen vermöge. Offensichtlich ist es ein grosser Nachteil und Mangel der Quantitätstheorie, dass sie zwar als Tatsache feststellt, eine Veränderung der Geldmenge wirke auf die Preise, aber keinerlei Angaben macht über die Art und Weise, in der dies geschieht. Die Freiwirtschaftler — und ganz allgemein die Vertreter dieser Erklärung des Einflusses einer Änderung des Preisniveaus auf die Produktion — begnügen sich meist mit der Feststellung, „... dass die Hoffnung, zu Preisen zu verkaufen, die die gegenwärtigen Kosten übersteigen, jedermann veranlassen wird, seine Produktion auszudehnen, während im umgekehrten Falle die Furcht unter den Produktionskosten verkaufen zu müssen, abschreckend wirken muss“. Gleichzeitig wird mehr oder weniger deutlich gemacht, dass „... es in erster Linie die allgemeine oder durchschnittliche Bewegung der Preise (ist), die hier eine Rolle spielt“²⁶. Hayek stellt fest, dass eine Folge dieser Auffassung von der Wirkung monetärer Ursachen auf das Preisniveau und den Umfang der Produktion die Anschauung sei, wonach „das Geld auf Preise und Produktion nur dann einen Einfluss ausübt, wenn das Preisniveau sich ändert und demgemäss Preise und Produktion vom Geld unbeeinflusst oder auf ihrem natürlichen Stand sind, wenn das Preisniveau stabil bleibt...“²⁷.

Diese Anschauung scheint im grossen und ganzen auch jene der Freiwirtschaftslehre zu sein, obwohl sie nicht explicite ausgesprochen wird. Es ist auch hier wie immer zu unterscheiden, ob sich eine freiwirtschaftliche Ansicht auf das herkömmliche Geldsystem bezieht oder auf die Schwundgeldwährung: an sich müsste natürlich

24) Th. Christen, Das Geldwesen ein dynamisches System, a. a. O., Seite 97.

25) Ebenda, S. 61.

26) F. A. Hayek, Preise und Produktion, Wien 1931, S. 7.

27) Ebenda, S. 7/8.

nach der dargestellten Ansicht jede Massnahme zur Anregung der Produktion, da sie nur auf dem Wege über eine Erhöhung des Preisniveaus wirksam werden könnte, der Forderung nach Stabilisierung der Kaufkraft widersprechen. Aber dies würde nach freiwirtschaftlicher Auffassung nicht für das Freigeld gelten, welches dank seinem ununterbrochenen Umlauf die gesamte Wirtschaft ständig beschäftigt hielte, dessen Menge jedoch gleichzeitig so geregelt werden könnte, dass das Preisniveau vollkommen stabil bliebe.

Selbständige Wirksamkeit des Geldes ist also eingeschränkt

Zusammenfassend gesprochen vertritt also die Freiwirtschaftslehre die Ansicht, dass eine Veränderung der Geldmenge lediglich das Preisniveau beeinflusst und ausschliesslich auf diesem Wege auf den Umfang der Produktion zu wirken vermag. Auf diese Weise gerät sie aber weitgehend in Widerspruch zu den Grundlagen der Lehre vom Freigeld, welche wie dargestellt von der Erkenntnis dessen ausgeht, was als die „Nicht-Neutralität des Geldes“ bezeichnet worden ist. Demnach übt das Geld einen selbständigen Einfluss auf den Wirtschaftsablauf aus und dieser vollzieht sich infolgedessen in einer Weise, welche wesentlich von jener in einem geldlosen Zustande der Wirtschaft abweicht. Wenn aber gesagt wird, dass das Geld lediglich durch seine Einwirkung auf das allgemeine Preisniveau den Wirtschaftsablauf zu beeinflussen vermöge, so wird die Wirksamkeit des Geldes eingeschränkt und ihm keine Möglichkeit der selbständigen Beeinflussung der Wirtschaft zuerkannt. Besonders bemerkenswert ist auch der Umstand, dass im Zusammenhang mit den Wirkungen der Geldmengenveränderung der Zinssatz keinerlei Erwähnung findet. Während bei der Diskussion des Freigeldgedankens in der „Freigeld-Zins- und Kapital-Theorie“ die Bedeutung des Zinses für den Umfang der Kapitalgüternachfrage und also für das Volumen der Gesamtproduktion unterstrichen wird, fehlt hier jene Grösse vollkommen. Das stimmt durchaus mit der von freiwirtschaftlicher Seite — besonders von Gesell — vertretenen Ansicht überein, wonach eine Veränderung der Geldmenge nur eine beschränkte Beeinflussung des Zinssatzes zur Folge hat, weil ja der Urzins, von welchem jede andere Form des Zinses nur abgeleitet ist, seine Ursache in einem vom Geldvolumen unabhängigen Phänomen hat. Jedoch ist eine solche Theorie, welche die Einflüsse, denen der Zinssatz unterliegt und die er seinerseits als Folge davon auszuüben vermag, völlig ausser acht lässt, zur Analyse der Rolle des Geldes im modernen Wirtschaftsprozess von beschränktem Wert. Extrem ausgedrückt

könnte sogar von der Quantitätstheorie gesagt werden, dass „... eine Geldtheorie, welche den Zinssatz nicht erwähnt, überhaupt keine Geldtheorie ist“²⁸.

Das „neutrale Geld“ der Quantitätstheorie

Die Freiwirtschaftler sind ferner zwar nicht unbedingt der Ansicht, dass eine Geldmengenänderung alle Preise proportional und gleichmässig beeinflusse und keinerlei Veränderung der relativen Preise bewirke — es wird im nächsten Abschnitt noch eingehender über diese Frage zu sprechen sein —, jedoch glauben sie, dass eine solche Veränderung der Preisstruktur gegenüber der Änderung des allgemeinen Preisniveaus von ganz untergeordneter Bedeutung und in der Regel auch nur eine Folge derselben sei. Eine solche Ansicht setzt aber ihrerseits wieder eine weitgehende Neutralität des Geldes voraus, denn nur ein „neutrales Geld“ liesse die Tauschrelationen der Güter untereinander unangetastet und hätte demnach bei stabilem Geldwert überhaupt keinen Einfluss auf den Wirtschaftsprozess.

Es kann deshalb zwar vereinfachend, aber im wesentlichen zutreffend gesagt werden, dass die freiwirtschaftlichen Autoren in ihrer Theorie vom Freigeld die Tatsache der Nicht-Neutralität des Geldes erkannt zu haben scheinen, während sie im Gegensatz dazu in ihrer Lehre von der Festwährung von der Quantitätstheorie als Grundlage jeder vernünftigen Geldpolitik ausgehen und dabei also weitgehend ein neutrales Geld voraussetzen. Dieser auf den ersten Blick offensichtliche Widerspruch vermag wiederum zu zeigen, dass dem Gedanken der Überlegenheit des Geldes über die Waren und dem damit zusammenhängenden Vorschlag des Schwundgeldes innerhalb der Freigeldlehre der Vorrang gebührt: Gesell selbst sah ein, dass die Quantitätstheorie „dem herkömmlichen Gelde gegenüber versagt“, aber er nahm als erwiesen an, dass nach einer Reform der Währung im Sinne des Freigeldes das Geld sich neutral verhalten und folglich jene Theorie volle Gültigkeit erlangen werde. Dass Christen hier eine abweichende Auffassung vertritt, ist wie dargelegt auf taktische und propagandistische Erwägungen zurückzuführen.

28) J. Robinson, a. a. O., S. 96.

2. Das Postulat der Indexwährung

Die „Kaufkraft-Initiative“

Die eben besprochene Quantitätstheorie des Geldes ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie die theoretische Grundlage der Indexwährung darstellt. Diese setzt sich zum Ziel, den Geldwert, genauer gesprochen die Kaufkraft des Geldes unverändert zu halten, wobei als Massstab hierfür ein möglichst repräsentativer Index dient. Der Gedanke der Indexwährung ist bereits im letzten Jahrhundert aufgekommen und wurde dann mit besonderem Eifer und in verschiedenen technischen Ausführungen von Irving Fisher in seinen Werken verfochten. Heute sind es aber vor allem die Vertreter der Freigeldlehre, welche diesen Plan in die Wirklichkeit umzusetzen bemüht sind und bei denen er den Reformplan des eigentlichen Frei-, d. h. Schwundgeldes in den Hintergrund gedrängt hat. Als Folge dieser Entwicklung wird — jedenfalls in der Schweiz — normalerweise mit dem Begriff des „Freigeldes“ die Vorstellung der Indexwährung verbunden, besonders seitdem die Freiwirtschaftler auf dem Wege einer Volksinitiative den Versuch unternommen haben, das Prinzip der Indexwährung in der schweizerischen Bundesverfassung zu verankern. Diese sogenannte „Kaufkraft-Initiative“ wollte den 3. und 6. Absatz von Artikel 39 B. V. im folgenden Sinne abändern:

„Abs. 3: Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zum Zwecke der Vollbeschäftigung so zu regeln, dass die Kaufkraft des Schweizerfrankens, beziehungsweise der Lebenskostenindex, fest bleibt.

Abs. 6: Der Bund erklärt die Banknoten und andere gleichwertige Geldzeichen als gesetzliche Zahlungsmittel“²⁹.

29) Dieses mit 89 769 Unterschriften zustande gekommene Volksbegehren wurde dann am 15. April 1951 in der eidgenössischen Volksabstimmung mit 620 991 Nein gegen 88 839 Ja wuchtig verworfen. — Zur Besprechung vgl. besonders V. F. Wagner, Die Kaufkraft-Initiative der Freigeldler, National-Zeitung Nr. 367 vom 11. August 1950, sowie: Demagogische Währungspolitik, ebenda Nr. 155 vom 6. April 1951. — Ch. Gasser, Die Freigeld-Initiative, St. Galler Tagblatt Nr. 154 und 156 vom 3. und 4. April 1951. — E. Böhler, Preisniveau und Beschäftigungspolitik, Gewerbliches Jahrbuch 1950.

Wir können im folgenden den Absatz 6 ausser acht lassen, da er lediglich einen seit Jahren bestehenden, auf ausserordentlichen Massnahmen beruhenden Sachverhalt durch die ordentliche Gesetzgebung sanktionieren lassen wollte, was allerdings für die Durchführung der in Absatz 3 gestellten Aufgabe notwendig gewesen wäre. Für die Besprechung des Gedankens der Indexwährung können wir aber vom Absatz 3 des Textes der Initiative ausgehen, weil angenommen werden kann, dass bei dessen Abfassung der geltende und also entwickeltste Stand der Freiwirtschaftslehre massgebend war.

Kaufkraft des Geldes und Index der Lebenshaltungskosten

Es soll hier nicht allzusehr auf die technischen Einzelprobleme, die sich bei der Durchführung der Indexwährung ergeben müssten, eingegangen werden. Andererseits dürfen diese Probleme aber auch nicht übersehen werden; es ist gerade die Methode der Freiwirtschaftler, die prinzipielle Richtigkeit ihrer Vorschläge zu betonen und die einzelnen Schwierigkeiten der Durchführung als „nebensächliche Probleme“ den technischen Spezialisten der Materie zu überlassen. Dabei wird übersehen, dass es sich hier um ein konkretes wirtschaftspolitisches Programm handelt und nicht um ein theoretisches Lehrgebäude und dass den Begriffen und Worten im Initiativ-Text in der wirtschaftlichen Realität Tatbestände entsprechen, welche für die Zwecke der Wirtschaftspolitik tatsächlich feststellbar und wenn möglich messbar sein sollten.

So muss beispielsweise das Ziel der Initiative, die Stabilität der Kaufkraft des Geldes, von den für die Währungspolitik Verantwortlichen in irgendeiner Weise gemessen werden können. Die Probleme statistischer Natur, die sich hier im Zusammenhang mit der Berechnung von Indizes stellen, treten in den Hintergrund gegenüber der grundlegenden theoretischen Fragestellung nach der repräsentativen Bedeutung der als Massstab benützten verschiedenen Preisdurchschnitte. Nach Ansicht der Freiwirtschaftler soll als Massstab der Index der schweizerischen Lebenshaltungskosten, im Initiativtext unkorrekterweise „Lebenskostenindex“ genannt, welcher die Kaufkraft des Schweizerfrankens widerspiegelt, dienen. Dieser Index spiegelt jedoch keineswegs in vollkommener Weise die Kaufkraft des Geldes wider, denn „... die Kaufkraft des Geldes wird durch die Quantitäten anderer Güter bestimmt, die eine gegebene Geldquantität zu kaufen vermag ... Kurz, die Kaufkraft des Geldes ist der reziproke Wert des Preisniveaus ...“³⁰. Die Kaufkraft des Geldes

30) I. Fisher, Die Kaufkraft des Geldes, a. a. O., S. 11.

bezieht sich dabei auf die Gesamtheit aller Güter (und Dienstleistungen), die überhaupt gegen Geld erhältlich sind, und unter dem „allgemeinen Preisniveau“ ist der Durchschnitt dieser sämtlichen einzelnen Warenpreise zu verstehen. Da auf diese Weise die statistische Erfassung viel zu langwierig und kompliziert, in einzelnen Fällen geradezu unmöglich wäre, muss eine Auswahl von Warenpreisen getroffen werden, die in einem Index zusammengefasst wird. Die Initiative schlägt als solchen Index denjenigen der Kosten der Lebenshaltung vor, der dazu dient, die Veränderung des (gewogenen) Durchschnittes der in ihm enthaltenen Preise durch Verhältniszahlen zu veranschaulichen. Somit spiegelt dieser Index nicht eigentlich die Kaufkraft des Geldes in den Händen der Konsumenten, welches also grösstenteils zu Konsumzwecken aufgewendet wird.

Welcher Index soll stabilisiert werden?

In den 30er Jahren schlugen die Freiwirtschaftler noch die Stabilisierung des Indexes der Grosshandelspreise vor, wobei sie der Ansicht waren, dass als Folge einer solchen Stabilhaltung auch der Index der Lebenshaltungskosten unverändert bleiben müsse. Bei diesem Vorschlag ist zwar die Überlegung richtig, dass der Index der Grosshandelspreise, welcher die Preise von Roh- und Hilfsstoffen und von unverarbeiteten Nahrungsmitteln enthält, für die Höhe der Produktionskosten und damit für die Bestimmung des Produktions- und Beschäftigungsvolumens sowie für die Beobachtung des Konjunkturverlaufes wichtiger ist als der Index der Lebenshaltungskosten; ganz falsch und leicht durch den Hinweis auf die Indizes verflossener Jahre zu widerlegen ist dagegen die Annahme der Abhängigkeit des zweitgenannten Indexes vom ersten. Durch den Vorschlag der Kaufkraft-Initiative wird die Stabilhaltung der Konsumgüterpreise zum Ziel der Geldpolitik erhoben, während im anderen Falle eher die Preisstabilität der für die Produktion wichtigen Güter angestrebt wird. Je nach dem Preisniveau, das man zu stabilisieren sucht, verändert sich das Ziel, dessen Erreichung die Geldpolitik zur Aufgabe gesetzt wird, und umgekehrt muss also die Wahl des zu stabilisierenden Indexes dem gewählten Ziel der Geldpolitik adäquat sein. Ein Preisniveau, welches der Erfüllung aller dieser verschiedenen möglichen Ziele der Geldpolitik dient, gibt es nicht.

Mit diesen Bemerkungen wurden bereits die Probleme angedeutet, welche sich auf Grund der Berechnungsart des Indexes ergeben; eine grosse Zahl davon beruhen auf Bedenken mathematisch-statistischer Natur und können hier übergangen werden. Dagegen sollte man sich über die Tatsache im klaren sein, dass der Index einen Durchschnitt repräsentiert, welcher nicht der Wirklichkeit entstammt, sondern der statistischen Berechnung: „Der Lebenskostenindex ist nach Ort und Bevölkerungsklasse verschieden, volkswirtschaftliche Lebenskosten, die nicht einen Durchschnitt individueller Lebenskosten darstellen, gibt es nicht“³¹. Die Berechnung des schweizerischen Indexes der Lebenshaltungskosten beruht auf dem Budgetprinzip, d. h., er gibt die „Veränderungen der Kosten für ein in bestimmter Weise zusammengesetztes Mengenbudget von Waren des wichtigen Lebensbedarfes...“ wieder³². Da es streng genommen ebenso viele Lebenskosten wie Lebenshaltungen gibt, liegt dem Index notwendigerweise eine ganz bestimmte durchschnittliche und d. h. fiktive Lebenshaltung mit bestimmtem Verbrauch zugrunde, die als unverändert angenommen werden muss. Dadurch wird ständig der tatsächliche Verbrauch mit einem fiktiven verglichen.

Damit soll keineswegs gesagt sein, ein solcher „Durchschnittsindex“ sei als Massstab für den bisher gebräuchlichen Zweck ungeeignet. Dagegen sind die Aussagen, die bezüglich der Kaufkraft des Geldes von ihm abgelesen werden können, nicht von absoluter Geltung, sondern wie dargelegt relativ seiner Bedeutung und des durch ihn verkörperten Zieles der Geldpolitik zu werten. Trotzdem ist die Stabilhaltung des an diesem Index gemessenen Geldwertes — besonders auch vom sozialen Standpunkt aus betrachtet — wünschenswert, was heute wohl auch als allgemein anerkannte Ansicht gelten kann³³. Gerade in der Schweiz wurde die Stabilität der Kaufkraft des Geldes in bestmöglichem Sinne verwirklicht, ohne dass diese Forderung dabei zum alleinigen und wichtigsten Ziel der Währungspolitik gemacht worden wäre. Dass eine solche ausschliessliche Zielsetzung nicht unbedingt richtig und wahrscheinlich auch nicht möglich wäre, wird gleich noch zu besprechen sein.

31) G. Haberler, *Der Sinn der Indexzahlen*, Tübingen 1927, S. 122.

32) H. Gordon, *Zur Berechnung einer Indexziffer der Kosten der Lebenshaltung*, Ztschr. f. schweiz. St. u. Vw., 74. Jg., 1938, S. 273.

33) Vgl. z. B. G. N. Halm, *Geld, Aussenhandel und Beschäftigung*, München 1951, S. 26/8. Ferner J. M. Keynes, *Consequences of Changes in the Value of Money*, in: *Essays in Persuasion*, London 1931, S. 80—104 (Kap. 1 des „Tract on Monetary Reform“, London 1923).

Der Text der Initiative gibt das Ziel an, jedoch keinen Weg

Zur Beurteilung der in der Initiative geforderten Neuorientierung der Notenbankpolitik genügt im Grunde genommen die Besprechung und Beantwortung folgender zwei Fragen: 1. Ist die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes allein durch die Regelung des Geldumlaufs mittels monetärer Massnahmen überhaupt möglich? 2. Ist die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes gleichbedeutend mit der Gewährleistung von Vollbeschäftigung?

Die Initiative selbst gibt zur Beantwortung der ersten Frage keine Anhaltspunkte, da ihr Text über die währungspolitischen Massnahmen, mit deren Hilfe der Geldumlauf geregelt werden soll, nichts aussagt. Da die unter der bestehenden Ordnung vorhandenen Methoden zur Erreichung des geforderten Zieles ungenügend sein dürften, hätten wohl durch Vollzugsverordnungen und Bundesratsbeschlüsse der Nationalbank zusätzliche Vollmachten übergeben werden müssen. Die Initiative stellte also der Nationalbank lediglich eine sicher nicht leicht zu erfüllende Aufgabe, ohne ihr gleichzeitig die Methoden zu deren Bewältigung aufzuzeigen. — Einige der Einzelprobleme, die sich im Zusammenhang mit der Frage nach der technischen Methode der Regulierung des Geldumlaufes stellen, vor allem das wichtigste und mit der Freigeldlehre in engstem Zusammenhang stehende der Möglichkeit der Inaktiv-Haltung von Geldbeträgen, wodurch die Kontrolle der Zentralbank über den Geldumlauf zu einer problematischen Angelegenheit wird, sollen in einem gesonderten kurzen Abschnitt gestreift werden. Zuvor sollen jedoch einige der Schwierigkeiten nicht technischer, sondern grundsätzlicher Natur untersucht werden, welche sich für die Zentralbank bei der Erfüllung ihrer Aufgabe der Stabilisierung der Kaufkraft stellen.

Ursache der Schwankung des Preisniveaus ist unwesentlich

Die Freiwirtschaftler als unbedingte Anhänger der Quantitätstheorie des Geldes halten die Erfüllung dieser der Nationalbank zu übertragenden Aufgabe ohne weiteres für möglich, da sie der Ansicht sind, alle Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus seien eine unmittelbare Folge einer Änderung im Verhältnis zwischen Geldumlauf und Gütervolumen. Damit ist nicht gesagt, jede Veränderung des Preisniveaus gehe letzten Endes auf monetäre Ursachen zurück; damit aber auch eine produktions- oder allgemein warensseitig bedingte Preisveränderung das allgemeine Preisniveau

und den Index der Lebenshaltungskosten zu beeinflussen vermag, ist vorerst eine Änderung des Geldumlaufes im Verhältnis zum Handelsvolumen notwendig. Deshalb ist es nach freiwirtschaftlicher Ansicht und durchaus der Quantitätstheorie entsprechend gleichgültig, ob eine Schwankung des Preisniveaus auf monetäre oder auf andere, beispielsweise produktionsbedingte Ursachen zurückzuführen ist; eine gegenteilige Beeinflussung durch eine entsprechende Veränderung der Geldmenge wird das Preisniveau wiederum auf seine ursprüngliche Höhe zurückbringen. Eine nicht-monetär bedingte Preisveränderung tritt nach dieser Auffassung in der Regel zuerst als „partielle Preisschwankung“ auf, und solche Änderungen von Einzelpreisen gleichen sich automatisch durch das Spiel von Angebot und Nachfrage aus. Erst wenn eine solche partielle Änderung sich zu einer Veränderung des allgemeinen Preisniveaus ausweitet — und hierzu ist gemäss der Quantitätstheorie eine Veränderung des Geldumlaufes vonnöten — ist ein Eingreifen der Zentralbank am Platze.

Preisniveau und Preisgefüge

Abgesehen von dem Umstand, dass sich eine partielle Preisänderung keineswegs selbsttätig auszugleichen braucht, sondern je nach ihrer Ursache und dem Verhalten von Angebot und Nachfrage bzw. deren Elastizitäten im besonderen Falle bestehen bleiben kann, wird hier übersehen, dass auch eine Änderung von Einzelpreisen, sofern diese im Index der Lebenshaltungskosten enthalten sind, letzteren beeinflussen und verändern wird. Hierzu ist einzig notwendig, dass die übrigen im Index enthaltenen Preise unverändert bleiben³⁴. Das Ausmass der Veränderung des Gesamtpreisniveaus — welches wir zu diesem Zweck entsprechend der freiwirtschaftlichen Praxis mit dem Index der Lebenshaltungskosten identifizieren — hängt von der Stärke der Einzelpreisveränderung und ferner von der Bedeutung, d. h. dem Gewichte ab, welche dem betreffenden Gute oder der betreffenden Güterkategorie innerhalb des Indexes zukommt. Auch wenn sich eine solche Preisveränderung selbsttätig ausgleicht, so benötigt dieser Anpassungsprozess eine gewisse Zeit, während der die Notenbank mittels Manipulierung der Geldmenge die Schwankung des Indexes rückgängig zu machen bestrebt sein wird. Damit wird sie im besten Falle zwar das allgemeine Preisniveau wieder auf der alten Höhe stabilisieren, aber möglicherweise durch diese Geldmengenregelung andere Einzelpreise verändern, mit

34) Vgl. A. v. Mühlenfels, Zur Kritik der Freigeldwährung, St. Gallen 1933, S. 13/4.

andern Worten nicht allein auf das Preisniveau, sondern auch auf die Preisstruktur einwirken. — Zudem ist es bei der heute bestehenden Unzahl von staatlich oder verbandsmässig festgesetzten Preisen unmöglich, dass das Preisniveau, d. h. der Durchschnitt der verschiedensten Güter- und Dienstleistungspreise von einer Veränderung des Geldumlaufes gleichmässig beeinflusst werde. Zu diesem Zwecke wäre das Bestehen einer marktwirtschaftlichen Ordnung Voraussetzung.

Geld und Preisniveau in freiwirtschaftlicher Sicht

In freiwirtschaftlichen Publikationen finden sich zwar zuweilen bestimmte Methoden zur Regelung des Geldumlaufes aufgeführt, welche neben der Diskont- und Offenmarktpolitik fiskalpolitische Massnahmen wie Erhöhung oder Rückzahlung von Steuern umfassen, jedoch machen sich die Freiwirtschaftler auch hier eine allzu mechanistische Vorstellung von der Wirkungsweise solcher Massnahmen. Ihre Darstellung der Beeinflussung des Preisniveaus vermag tatsächlich an das Bild des Wasserspiegels in einem Eimer zu erinnern, dessen Höhe in höchst einfacher Weise durch Zugiessen oder Abfliessenlassen von Wasser geregelt werden kann³⁵. Diese Vorstellung vom Gelde, das sich gleichmässig über die ganze Volkswirtschaft ergiesst wie Wasser über ein Reisfeld, wird schon in einem ähnlichen Zusammenhang von Galiani ins Lächerliche gezogen in der Geschichte von dem armen Manne, der in die Nähe der Münzstätte wohnen geht, weil er glaubt, die neu geprägten Münzen würden von hier aus über das ganze Land ausfliessen, und er müsste, da er so nahe an der Quelle sässe, davon besonders grossen Vorteil haben. Er muss zu seinem grossen Erstaunen und zu seiner Enttäuschung erfahren, dass das Geld durch sehr verschiedenartige Kanäle von unterschiedlicher Breite in die Volkswirtschaft einströmt und „unter die Leute“ kommt³⁶. Wenn sich auch die Freiwirtschaftler über das Bestehen solcher „Kanäle“ bestimmt im klaren sind, so zeigt sich doch in einer Aussage wie derjenigen Gesells — „Das Rechtswährungsamt gibt Geld aus, wenn solches im Lande fehlt, und es zieht Geld ein, wenn im Lande sich ein Überschuss zeigt. Das ist alles“³⁷ —, dass die Vielfalt der Wege, durch die das Geld in

35) Vgl. V. F. Wagner, Die Kaufkraft-Initiative der Freigeldler, National-Zeitung Nr. 367 vom 11. August 1950.

36) F. Galiani, Della Moneta, IV, 2, Bari 1915, S. 250.

37) Die natürliche Wirtschaftsordnung, a. a. O., S. 247.

die Volkswirtschaft einströmt, vernachlässigt und dass vor allem auch das Bestehen von mehreren wirtschaftlichen Sphären, in welchen das Geld zirkuliert und die bis zu einem gewissen Grade voneinander unabhängig sind, nicht beachtet wird.

Die Rolle des Giralgeldes

Entsprechend der Missachtung der verschiedenen Umlaufssphären des Geldes unterscheidet die Freiwirtschaftslehre auch nicht sehr klar zwischen den Geldarten, welche in diesen verschiedenen Sphären umlaufen. Besonders verkannt wird die Besonderheit des Buchgeldes als des Hauptzahlungsmittels der Geschäftssphäre, vor allem die Tatsache, dass die Zentralbank nur in sehr bescheidenem Ausmasse einen Einfluss auf die Zirkulation des Buchgeldes auszuüben vermag. In der Quantitätsformel Christens stiessen wir auf die Auffassung eines starren und unveränderlichen Verhältnisses zwischen der Menge des Bargeldes und derjenigen des Buchgeldes. Ähnliche Vorstellungen scheinen auch heute noch für die Pläne der Freiwirtschaftler massgebend zu sein. Bei gewissen Autoren findet sich allerdings die Einsicht, dass bei einer zu starken Reglementierung des Banknoten-umlaufs die Wirtschaftssubjekte sich vermehrt des Buchgeldes bedienen würden, dessen Umfang und Umlauf sich weitgehend der Kontrolle der Notenbank entzieht und viel stärker von der Liquiditätsvorliebe des Bankensystems und dessen entsprechenden Massnahmen abhängt. Deshalb werden besondere Methoden zur Kontrolle und Beeinflussung des Giralgeldes gefordert.

Missachtung des Zeitmomentes

Trotz aller Betonung der „Dynamik des Geldwesens“ scheinen die Freiwirtschaftler zu übersehen, dass zwischen jeder Veränderung des Geldumlaufs und ihrer Auswirkung auf das allgemeine Preisniveau eine gewisse Zeitspanne verstreicht, deren Länge nicht im voraus festgestellt werden kann. Sie scheinen sich aus demselben Grunde auch nicht vollständig der Tatsache bewusst zu sein, dass mit der Indexwährung Schwankungen des Preisniveaus bestenfalls *korrigiert*, nicht aber verhindert werden können³⁸. Würde eine Veränderung des Geldumlaufes unmittelbar und ohne zeitliche Ver-

38) Vgl. H. Sieber, Eine kritische Würdigung der Freigeldlehre, a. a. O., S. 61/2.

zögerung auf das Preisniveau einwirken, so wäre diese Tatsache bedeutungslos. Tatsächlich jedoch wird das Bestehen dieses „time-lag“ Veränderungen der Preis- und als Folge davon sehr oft auch der Produktionsstruktur bewirken. Aber allein schon die Stabilhaltung des Preisniveaus bietet infolge dieses „time-lag“ zusätzliche Schwierigkeiten: die „Dosierung“ des monetären Eingriffes ist sehr schwer zu bestimmen, wenn zwar die stattgefundene Veränderung vollständig und möglichst rasch ausgeglichen werden sollte, andererseits aber die eingetretene Wirkung erst nach Ablauf einer gewissen Zeit vom Index der Lebenshaltungskosten abgelesen werden kann (obwohl dieser nach freiwirtschaftlichem Vorschlag beispielsweise täglich errechnet werden könnte). Dass die Währungsbehörde einen Eingriff gerade im richtigen Ausmasse unternehmen würde, dürfte eher eine Sache des Zufalls sein.

Viel wahrscheinlicher erscheint die Möglichkeit eines zu schwachen oder auch zu kräftigen Eingriffes, welcher die eingetretene Preisschwankung überkompensiert: „Das Ergebnis ist oft, dass das Heilmittel zu stark angewandt wird. Es ist, als wenn die Familie einem Kinde alle zehn Minuten eine Dosis Rizinusöl nach der andern geben würde, bis die erste Dosis ihre Wirkung getan hat... Das Kind wird sehr krank werden. Dann wird ihm nach dem gleichen Grundsatz Wismut verabfolgt...“³⁹. In unserm Falle würde also das allgemeine Preisniveau ständig um die ursprüngliche Höhe herumpendeln und sie nur langsam — wenn überhaupt — erreichen. Von einer Stabilität könnte jedoch keine Rede sein.

Beziehungen zur Weltwirtschaft

Für ein kleines Land wie die Schweiz ergeben sich aus seiner engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft noch zusätzliche Schwierigkeiten: ein grosser Teil der im Index enthaltenen Güter wird durch Preisveränderungen von importierten Rohstoffen und Fertigfabrikaten beeinflusst. Wenn solche Schwankungen des Indexes durch eine Manipulierung des Geldumlaufes ausgeglichen werden, dann werden auf diese Weise auch die rein inländischen Preise beeinflusst und neue Störungen hervorgerufen. Es ist auf diese Art nicht möglich, die Kaufkraft des Geldes stabil zu halten. Die Freiwirtschaftler fordern denn auch eine Politik der flexibeln Wechselkurse, was zweifellos die Konsequenz aus der Forderung nach einem unbedingt

39) J. M. Keynes, Vom Gelde, a. a. O., S. 478/9, bringt dieses Beispiel allerdings in anderem Zusammenhang.

stabilen Preisniveau ist. Mit Hilfe von entsprechenden Wechselkursmanipulierungen können Schwankungen der ausländischen Preisniveaus weitgehend vom Inland ferngehalten werden. Für die Freiwirtschaftler stellt sich die Frage, ob ein stabiles Preisniveau oder stabile Wechselkurse vorzuziehen seien, überhaupt nicht, sie sehen einzig das Ziel einer stabilen Kaufkraft des Geldes, dem alles andere unterzuordnen ist. Zweifellos würde aber eine Politik flexibler Wechselkurse der stark exportorientierten schweizerischen Volkswirtschaft erhebliche Schwierigkeiten bringen und möglicherweise auch das Ziel der Erreichung und Gewährleistung der Vollbeschäftigung gefährden.

„Nur ganz grosse Wirtschaftsgebiete ... können sich eine Stabilisierung des Preisniveaus ohne Rücksicht auf die Wechselkurse leisten. Wenn es einmal zu einer engen internationalen Kooperation der Notenbanken kommen sollte, steht nur die Stabilisierung des Preisniveaus in Frage; denn Wechselkurse auf andere Planeten gibt es nicht. Aber auch für kleine ... Länder kann die Stabilisierung des Preisniveaus aktuell werden, nämlich dann, wenn das Ausland ... starke Inflation oder Deflation betreibt, die man nicht mitmachen will. Auch die Stabilisierung des Wechselkurses erweist sich als indirekte Stabilisierung des Preisniveaus“⁴⁰. — Man könnte zwar argumentieren, die für die Industrie und die schweizerische Volkswirtschaft im allgemeinen aus solchen flexibeln Wechselkursen sich ergebenden Nachteile würden aufgehoben durch die Vorteile eines stabilen Preisniveaus. Aber aus den gegebenen Hinweisen sollte deutlich geworden sein, dass die Aufgabe der Stabilisierung des Preisniveaus auf erhebliche Schwierigkeiten stossen kann, wobei das Hauptproblem, nämlich die Möglichkeit des Aussickerns von Geld aus dem Kreislauf, noch gar nicht behandelt worden ist. Aber auch bei einer Bejahung der Frage nach der Möglichkeit der Stabilhaltung des Preisniveaus bleibt die andere bestehen, ob nämlich tatsächlich die Stabilität der Kaufkraft des Geldes gleichbedeutend mit der Gewährleistung von Vollbeschäftigung und ob also ein stabiles Preisniveau wirklich von derartigem Nutzen für die Volkswirtschaft wäre.

40) G. Haberler, *Der Sinn der Indexzahlen*, a. a. O., S. 104. — Für eine eingehendere Besprechung dieser Probleme vgl. H. Sieber, a. a. O., S. 37—43, und die dort angeführte Literatur.

Das Beschäftigungsvolumen hängt nicht vom Preisniveau ab

Seit der grossen Weltwirtschaftskrise und besonders im Anschluss an die Lehre von Lord Keynes ist das Problem der Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung immer mehr zu einer der wichtigsten Fragen der Wirtschafts- und der Geldtheorie sowie der Wirtschaftspolitik — einschliesslich der Währungspolitik — geworden. Die Freiwirtschaftler sind nun der Ansicht, zur Erreichung dieses Zieles sei die Stabilhaltung der Kaufkraft des Geldes das einfachste und einzig richtige Mittel. Somit stimmen sie bezüglich des Zieles vollkommen mit der modernen Theorie überein, nicht aber bezüglich der Methode. Ihre Geldtheorie — jedenfalls was die Lehre von der Festwährung betrifft, auf welcher heute die weitaus grösste Betonung liegt — ist auf einem vom „orthodoxen“ Standpunkt aus betrachtet längst überholten Stand geblieben und beschäftigt sich ausschliesslich mit den Veränderungen der Kaufkraft des Geldes, d. h. mit den Schwankungen des allgemeinen Preisniveaus, die sie zu erklären versucht. „Dies (ist) ein unfruchtbares Vorgehen, denn die bedeutungsvollsten Wirkungen von Veränderungen der Menge oder Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sind nicht Änderungen im allgemeinen Preisniveau, sondern Änderungen im Handelsvolumen als Ganzem sowie in der relativen Struktur von Preisen und Produktion“ ⁴¹.

Nach der neueren Anschauung wird das Beschäftigungsvolumen realistischerweise nicht von der durchschnittlichen Höhe der Preise abhängig gemacht, sondern zunächst vom Umfang der Konsum- und der Kapitalgüterproduktion. Dieser beruht letztlich auf den Entscheidungen der Unternehmer, die sich dabei nicht an der Höhe des allgemeinen Preisniveaus orientieren, sondern an bestimmten sie unmittelbar interessierenden Preisen und Preisrelationen. In der wirtschaftlichen Realität richtet wohl überhaupt selten jemand seine Entschlüsse an einem konstruierten allgemeinen Preisdurchschnitt aus, wie er in einem Index seinen Ausdruck findet. Für jeden Produzenten ist z. B. in concreto der Umfang und die Struktur der Nachfrage nach seinem Produkt wichtig, im volkswirtschaftlichen Rahmen sind die sogenannte „Konsum-“ bzw. die „Investitionsneigung“ die entsprechenden massgebenden Faktoren. In preislicher Beziehung ist vor allem die Möglichkeit von Preis-Kosten-Disparitäten, „nämlich von

41) G. N. Halm, Geld, Aussenhandel und Beschäftigung, a. a. O., S. 79. Vgl. auch H. H. Villard, Monetary Theory, in: A Survey of Contemporary Economics, ed. by H. S. Ellis, Philadelphia und Toronto 1948, Seite 315.

Disparitäten zwischen den Preisen der Endprodukte und den Preisen der Kostengüter“ für die Produktionspläne der Unternehmer bedeutsam ⁴².

Im Gegensatz zur freiwirtschaftlichen tritt in der modernen Betrachtungsweise die Bedeutung des allgemeinen Preisniveaus gegenüber derjenigen des Preisgefüges entschieden in den Hintergrund, Denn „gefährlich ist nicht so sehr die allgemeine Preissteigerung oder -senkung wie die Tatsache, dass sich nicht alle Preise im gleichen Verhältnis ändern... Die Einkommensstruktur (kann) in Unordnung geraten, was gewaltsame Änderungen im Nachfrage- und Preisverhältnis zur Folge hat. Durch die veränderten Preise werden Verschiebungen in der Produktion verursacht, die sich vielleicht später als völlig ungerechtfertigt erweisen“ ⁴³.

Die Bedeutung des Preisgefüges

Die freiwirtschaftliche Auffassung von der Bedeutung des Preisniveaus ist wiederum eine Folge der allzu einfachen und mechanistischen Auffassung, wonach alle Preise auf eine Veränderung des Geldumlaufs im gleichen Verhältnis reagieren, d. h. eine solche Veränderung nur die *absolute* Höhe der Preise beeinflusst, nicht aber die *relative*. Würden entsprechend dieser Auffassung „sich alle Preise im weitesten Sinne des Wortes im gleichen Masse und im gleichen Augenblick“ verändern, so hätten offensichtlich gemäss der extrem entgegengesetzten Auffassung Hayeks Preisänderungen keinerlei praktische Bedeutung ⁴⁴. Tatsächlich sind es jedoch gerade die relativen Preise, die beeinflusst werden und deren Veränderung wiederum auf die Produktionsstruktur und damit auf das Beschäftigungsvolumen einzuwirken vermag. Die Auswirkungen solcher partieller Preisschwankungen können sehr leicht schwerwiegender sein als jene von Veränderungen des Preisniveaus — sofern es sich im letzteren Fall nicht gerade um eine besonders starke inflationäre oder gegenteilige Verschiebung handelt —, wenn sie nicht genügend klar erkannt und ausgeglichen werden. „Das Funktionieren der Gesellschaftsordnung, die wir die kapitalistische nennen, hängt aber von den relativen Preisbewegungen und von der Angleichung der Produktion an diese dauernden Veränderungen ab“ ⁴⁵.

42) Vgl. V. F. Wagner, Die Kaufkraft-Initiative der Freigeldler, a. a. O.

43) G. N. Halm, a. a. O., S. 27/8.

44) F. A. Hayek, Preise und Produktion, Wien 1931, S. 5.

45) G. N. Halm, a. a. O., S. 83.

Stabiles Preisniveau garantiert kein stabiles Preisgefüge

Solche relativen Preisveränderungen sind aber — wie die Erfahrung zeigt — auch bei vollkommen stabilem Preisniveau sehr wohl möglich, was sich ohne weiteres auch mit Hilfe von hypothetischen einfachen arithmetischen Beispielen am Index der Lebenshaltungskosten erklären liesse. Werden beispielsweise wie in den USA in den Jahren vor 1930 die Produktionsmethoden verbessert und dadurch die Kosten gesenkt, und bleiben gleichzeitig die Preise stabil, so machen die Unternehmer Extragewinne, welche sie zu spekulativer Ausweitung der Produktion und zu Überinvestitionen mit all ihren schädlichen Folgen veranlassen; nachdem die Ernüchterung eingetreten ist kann ein „wirtschaftlicher Heilungsprozess“ mit Produktionseinschränkungen und Arbeitslosigkeit die Folge sein. Umgekehrt werden im Falle eines Krieges oder einer internationalen politischen Spannung ähnlich der Koreakrise die Produktionskosten hauptsächlich infolge der Verteuerung gewisser Rohstoffe und Importgüter steigen. Werden die Preise unverändert gehalten, so erleiden die Produzenten Verluste, was wiederum dieselben nachteiligen Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft nach sich ziehen mag ⁴⁶.

Im Grunde genommen kann allein in einem vollkommen stationären Zustand ein stabiles Preisniveau mit einer Gleichgewichtslage der Wirtschaft übereinstimmen, da allein in einem solchen Falle für das Preisgefüge keine Ursachen zu Veränderungen vorhanden sind und somit auch das Preisniveau stabil bleibt. Jedoch ist ein solcher vollkommen stationärer Zustand weder besonders wünschenswert noch erscheint seine Verwirklichung sehr wahrscheinlich ⁴⁷. In der wirtschaftlichen Realität kommt es immer wieder zu nichtmonetär bedingten relativen Preisverschiebungen, aber um diese möglichst rasch und reibungslos beseitigen zu können, bedürfte es häufig direkter staatlicher Eingriffe in den Produktionsprozess. Immerhin wären solche Eingriffe der massgebenden Kontrollbehörde sinnvoller als Massnahmen, die nur gerade ein stabiles allgemeines Preisniveau zum Ziele hätten. Geldpolitische Mittel allein sind schon zu diesem Zwecke kaum ausreichend, und zudem bedeutet auch im günstigsten Falle, wo die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes erreicht werden kann, diese noch keine Gewährleistung für Vollbeschäftigung. Sobald man sich für direkte Eingriffe entschlossen hat, erscheint die Geldpolitik der Freiwirtschaftler noch aus einem

46) Vgl. V. F. Wagner, a. a. O.

47) Vgl. A. Bosshardt, Freigeld, Schweiz. Ztschr. f. St. u. Vw., 69. Jg., 1933, S. 354.

andern Grunde problematisch: „Im Bereich des Interventionismus und der Planwirtschaft . . . verliert das komplizierte Instrument der Freigeldwährung seinen Sinn: hier stehen andere Mittel zur Verfügung, mit denen die Ziele der Kaufkraft- und Konjunktur-stabilisierung in einer der Planwirtschaft mehr entsprechenden Art erreicht werden können“⁴⁸.

Schlussfolgerung

Wir können also als abschliessendes Urteil unsere bereits gemachten Bemerkungen zusammenfassen: die Stabilisierung des Indexes der Lebenshaltungskosten ist an sich durchaus wünschenswert, jedoch mit den der Nationalbank zur Verfügung stehenden Mitteln schwerlich zu erreichen. Vor allem aber ist es verfehlt, sie zur wichtigsten Aufgabe der Währungspolitik oder auch nur der Tätigkeit der Zentralbank zu machen, da auch die vollkommenste Erfüllung dieser Aufgabe nicht wesentlich zur Lösung der in Wirklichkeit wichtigeren Probleme des Beschäftigungsvolumens und des innern Gleichgewichtes der Wirtschaft beiträgt.

3. Zwei Einzelprobleme der Indexwährungs-Reform: die Umlaufgeschwindigkeit und das Giralgeld

Die „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“

Das System der Indexwährung beruht im Grunde genommen auf der Voraussetzung, dass ein Eingriff in die Geldmenge tatsächlich auch wirksam ist. Diese banal erscheinende Annahme bedeutet für einen konkreten Fall: Es wird damit gerechnet, dass ein zusätzlich ausgegebener Geldbetrag die „wirksame Geldmenge“, d. h. die umlaufende Geldmenge tatsächlich vergrössert und nicht einfach gehortet wird. Der Vorschlag Christens, jede Änderung des Preisniveaus, gleichviel wie sie entstanden ist, durch eine Veränderung der Geldmenge auszugleichen, geht ganz eindeutig von dieser Voraussetzung aus.

Da für die Beeinflussung des Preisniveaus die umlaufende Geldmenge massgebend ist, kommt eine grosse Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu, die „den Leistungsgrad des Umlaufs für die Zwecke des Geschäftsumsatzes“ angibt⁴⁹ und zu den „luf-

48) A. v. Mühlenfels, a. a. O., S. 11.

tigsten und am wenigsten greifbaren Faktoren der ganzen Volkswirtschaft“ zählt (K. Wicksell). Während eine Definition des Begriffes verhältnismässig leicht zu geben ist, bietet schon die theoretische Erfassung des Sachverhaltes, um den es sich handelt, grössere Schwierigkeiten. Als „klassische“ Begriffsbestimmung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann jene betrachtet werden, nach welcher diese Grösse der „durchschnittlichen Zahl der in einer bestimmten Zeitperiode vorkommenden Geldbewegungen von Hand zu Hand“ entspricht⁵⁰.

Ihre statistische Erfassung

Zum Zwecke einer statistischen Erfassung, welche für die Durchführung der Indexwährung immer ein notwendiges Postulat sein muss, ist diese „Händewechsel-Theorie“ von sehr geringem Nutzen, da man schliesslich nicht jedem Geldstück und jeder Banknote einen Statistiker mit auf den Weg geben kann. Vorteilhafter ist von diesem Gesichtspunkte aus die Definition, die Fisher für den Faktor V seiner Verkehrsgleichung gibt:

„Die wichtige Grösse der sogenannten Umlaufgeschwindigkeit oder Umschlagsfrequenz ist einfach der Quotient, der dadurch erlangt wird, dass man die Gesamtsumme der im Laufe eines Jahres bezahlten Güter durch den im Umlauf befindlichen Durchschnittsbetrag, durch den diese Zahlungen bewirkt werden, dividiert“⁵¹. Hierbei wird also auf sehr einfache Weise einer der Faktoren der Verkehrsgleichung mit Hilfe der übrigen definiert, wobei für die praktische Durchführung der Indexwährung die Geldmenge M und das Handelsvolumen T („die Gesamtsumme der im Laufe eines Jahres bezahlten Güter“) als in ihrem Umfange bekannt angenommen werden. — Die freiwirtschaftliche Auffassung, mit der wir uns hier befassen, stimmt im grossen und ganzen mit derjenigen von Fisher überein, indem sie ebenfalls M und T als bekannt voraussetzt und aus diesen beiden Grössen ex post die Umlaufgeschwindigkeit errechnet. Die Lösung der Probleme, die sich bei der praktischen Erfassung jener Grössen stellen, wird dabei in gewohnter Weise den Statistikern überlassen. Die Frage der Umlaufgeschwindigkeit wird von den Freiwirtschaftlern im übrigen kaum vom theoretischen, sondern eigentlich einzig vom praktischen Standpunkt aus betrachtet:

49) J. M. Keynes, Vom Gelde, a. a. O., S. 310.

50) M. W. Holtrop, Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, in: Beiträge zur Geldtheorie, a. a. O., S. 128.

51) Die Kaufkraft des Geldes, a. a. O., S. 14.

das Problem der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes stimmt ungefähr mit demjenigen der Verhinderung der Geldhortung überein.

Die Frage der Giralgeldmenge

Bei der statistischen Erfassung der Gesamtmenge M scheint besonders der Umfang der Giralgeldmenge ausserordentliche Schwierigkeiten bieten zu müssen. Für das Bankensystem bestehen bezüglich der Schaffung des Buchgeldes Vorschriften für ihre Liquidität, d. h., es wird ein Mindestreservesatz für die Deckung des ausgegebenen Buchgeldbestandes in greifbaren Mitteln festgesetzt, der beispielsweise 10 % beträgt. Dem Bankensystem bleibt somit ein grosser Spielraum, der je nach der grösseren oder geringeren Liquiditätsneigung schwächer oder stärker ausgenützt wird; der Reservesatz ist nur „... dazu bestimmt, eine obere Grenze für die Schaffung von Depositengelder zu kennzeichnen“⁵². Als Folge davon ist das Verhältnis zwischen der Menge des von der staatlichen Stelle ausgegebenen Bargeldes und der Giralgeldmenge keineswegs starr, sondern wie gesagt vom momentanen Liquiditätsbedürfnis des Bankensystems abhängig und deshalb veränderlich. Da es keine zentrale Stelle gibt, welche — ähnlich der Notenbank für die ausgegebene Menge der Banknoten — eine Kontrolle über die ausgegebene Menge des Buchgeldes auszuüben vermag, ist deren statistische Erfassung ausserordentlich schwierig. Wenn man ferner bedenkt, dass die Summe der Zahlungen in Buchgeld in aller Regel ein Mehrfaches derjenigen in Bargeld beträgt — für die Schweiz kann das Verhältnis ungefähr mit 4 : 1 angenommen werden —, so wird klar, welche Bedeutung dem Giralgeld und seiner Umlaufgeschwindigkeit, welche ihrerseits sehr viel grösser als jene des Bargeldes ist, als Bestandteil des Gesamtgeldumlaufes $M \cdot V$ bei der Beeinflussung des Preisniveaus im Sinne der „Gleichung der bereinigten Quantitätstheorie“ zukommen muss.

Eine freiwirtschaftliche These zu dieser Frage

Christen ging bei der Behandlung dieses Problems wie erwähnt von der Annahme eines starren Verhältnisses zwischen Bargeld- und Giralgeldmenge aus, während sich beispielsweise die Verfechter der „Kaufkraft-Initiative“ nicht besonders zu dieser Frage äusserten. Es ist uns deshalb nicht bekannt, wieweit der Standpunkt eines deutschen freiwirtschaftlichen Autors, der das Problem schon im Jahre

52) G. N. Halm, a. a. O., S. 56.

1936 auf sehr einfache Weise geklärt zu haben glaubte und erst in jüngster Zeit seine Theorie in ausgearbeiteter Form erneut dargelegt hat, für die gesamte Freigeldlehre repräsentativ ist⁵³. Jedenfalls geht K. Walker von der „bereinigten Quantitätstheorie“ Christens und von der Freigeldlehre Gesells aus, die er beide als richtig anerkennt. Zu der Frage des Giralgeldes, mit der er sich besonders befasst, stellt er fest: „das sogenannte ‚Buchgeld‘ ist jedenfalls im Sinne der für die Währungspolitik grundlegend wichtigen Quantitätstheorie kein ‚Geld‘ — unbeschadet dessen, dass ‚man doch damit bezahlen kann“⁵⁴! Zwar ist er in gewissem Sinne geneigt, eine Veränderung der Giralgeldmenge als gleichbedeutend mit einer Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldbestandes anzusehen, das Hauptgewicht seiner Ausführungen jedoch liegt auf der Bedeutung des Bargeldes als alleinigem das Preisniveau beeinflussenden Faktor. Walker gelangt zu diesem Schlusse auf Grund der Überlegung, dass einzig das Bargeld auf dem Markte der Verbrauchsgüter eine Nachfrage ausübt und so den für die Volkswirtschaft wichtigen *Absatz* der Ware ermöglicht, während das Buchgeld — zusammen mit einem geringeren Betrag an Bargeld — lediglich den *Umsatz* bewerkstelligt, der einen Faktor von sekundärer Bedeutung darstellt:

„Es ist unbestritten richtig, dass in der modernen Wirtschaft das Buchgeld in bezug auf Menge und Umsatzleistung ziffernmässig eine grössere Rolle spielt als das Bargeld. Jedoch beweist das noch nicht, dass es deshalb einen selbständigen Einfluss auf die Preisbewegung ausüben kann und dass aus der Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs andere währungspolitische Konsequenzen als die aus der bereinigten Quantitätstheorie hervorgegangenen gezogen werden müssen; denn das *Bargeld* ist das Element, das den *Absatz an die Verbraucher vermittelt*, eine Feststellung, in der sehr wichtige Gesichtspunkte für die Unterscheidung zwischen Buchgeld und Bargeld gegeben sind... Dieser Absatz (in der Sphäre des Kleinhandels), der hier im Gegensatz zu den Umsätzen in der anderen Sphäre in *kleinen* und *kleinsten* Mengen an das grosse Publikum der Verbraucherschaft erfolgt, ist der *entscheidende*; und da er nur vom *Bargeld* mit der erforderlichen Sicherheit und Geschmeidigkeit vermittelt werden kann, ist die Beherrschung und Regulierung der Bargeldmenge auch für die Preisbewegung entscheidend.“ — „Vom Buchgeld können keinerlei Störungen der Preisbewegung kommen. Die Preisbewegung im Grosshandel hängt nicht von der Vermehrung

53) K. Walker, Aktive Konjunkturpolitik, Berlin-Wannsee 1936. So wie: Das Buchgeld, Ein Beitrag zur theoretischen Klärung, Heidelberg/Ziegelhausen 1951.

54) Das Buchgeld, a. a. O., S. 18.

und Verminderung des Buchgeldes ab, sondern vom Absatz im Kleinhandel... Darum kann man niemals durch Buchgeldkredite das Preisniveau heben, wenn das Bargeld nicht mitmacht“⁵⁵.

Erklärung dieser These

Wir haben hier wieder einmal jene Anschauungsweise vor uns, um derentwillen die Freiwirtschaftslehre auch schon als „Händler-Theorie“ bezeichnet worden ist. Wir haben schon früher gezeigt, wie die Freiwirtschaftslehre die Verbrauchssphäre und entsprechend in einem Schema der wirtschaftlichen Stufen die Konsumgüterstufe in ihrer Bedeutung hervorhebt und darob die Wichtigkeit der höher gelagerten Stufen für den gesamten Wirtschaftsprozess vernachlässigt. Diese Betrachtungsweise ist typisch freiwirtschaftlich und keinesfalls etwa für die im allgemeinen vertretene Version der Quantitätstheorie kennzeichnend. Nach dieser müsste eine Vermehrung des Geldumlaufs in der Produktionssphäre die Preise der Produktionsgüter, d. h. die Produktionskosten erhöhen, was wiederum im Sinne einer Preissteigerung auch der Konsumgüter wirken müsste. — Die Ansicht Walkers beruht offensichtlich auf einem Missverständnis des Wesens und vor allem der Entstehung des Giralgeldes, was beispielsweise in seiner Behauptung zum Ausdruck kommt, die Theorie von der „eigenmächtigen Kreditschöpfung der Banken“ entbehre „jeder realen Grundlage“⁵⁶. Eine Kreditausweitung ist demnach nur dann möglich, „wenn vorher die Einlagen entsprechend angestiegen sind und den Kreditspielraum der Banken vergrößert haben“⁵⁷. Diese Ansicht verkennt aber ganz einfach den Mechanismus des modernen Kreditsystems, welches viel elastischer zu operieren vermag als hier offenbar angenommen wird. Aus den Überlegungen der modernen Kredittheorie folgt, „dass die Giralgeldschöpfung der Kreditbanken in einer Volkswirtschaft in keiner Weise durch die Höhe der Ersparnis begrenzt oder von dieser abhängig ist. Sparen ist deshalb auch keine notwendige Voraussetzung für die Gewährung neuer Kredite“⁵⁸.

55) Aktive Konjunkturpolitik, a. a. O., S. 107/8 u. 109.

56) Das Buchgeld, a. a. O., S. 36/7.

57) L. Gleske, Irrlichter der Freigeldlehre. Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt a. M., 3. Jg., 1950, Heft 15.

58) E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, 3. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1952, S. 47.

Die Manipulierung des Bargeldumlaufs genügt

Die Annahme der Ansicht Walkers stellt natürlich eine ausserordentliche Vereinfachung der Probleme dar, die sich im Zusammenhang mit der Regulierung des Geldumlaufs zum Zwecke der Stabilhaltung des Preisniveaus stellen. Wenn einzig Banknoten und Münzen wirkliches Geld sind, welches das Preisniveau zu beeinflussen vermag, dann ist es offenbar vollkommen genügend, deren Umlauf allein unter Kontrolle zu halten. Da ferner Walker ebenfalls annimmt, das Verhältnis zwischen Bargeld- und Buchgeldmenge sei infolge der genau festgesetzten Reservesätze ziemlich starr, wirkt eine Regelung der Bargeldmenge auch auf das Giralgeld zurück, welchem ja eine gewisse Bedeutung als ein die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beeinflussendes Element nicht abgesprochen wird.

Damit bleibt für eine durchgehende Regelung des Geldumlaufs im Sinne der Indexwährung einzig das Problem der „Umlaufsicherung des Geldes“, das neuerdings gleichfalls von K. Walker gesondert behandelt worden ist⁵⁹. Damit der Gedanke der Indexwährung restlos Wirklichkeit werde, soll dabei das Freigeld eingeführt werden: Um den Geldumlauf $M \cdot V$ manipulieren zu können, muss nicht nur eine Regelung und Beeinflussung von M , sondern auch eine solche von V möglich sein. Zu diesem Zwecke soll der Faktor V in der „Gleichung der Quantitätstheorie“ $P = \frac{M \cdot V}{T}$ zu einer relativ konstanten Grösse gemacht werden, als Voraussetzung hiezu soll aber vor allem das Geld überhaupt zum Umlauf gezwungen und seine Hortung verhindert werden, indem seine Liquidität aufgehoben wird. — Walker bespricht nun in seiner Schrift verschiedene zur Erreichung dieses Zieles in älterer und jüngerer Zeit gemachte Vorschläge, die jedoch — wie der Herausgeber sich ausdrückt — nur von einem Standpunkt aus kritisiert werden können, „der die Notwendigkeit der Umlaufsicherung des Geldes bejaht“⁶⁰.

Methoden der „Umlaufsicherung des Geldes“

Gesell selbst hatte noch das System des Markengeldes vorgeschlagen, bei welchem der periodische Wertschwund des Papiergeldes durch Marken ausgeglichen wird, die auf der Rückseite des Geldscheines aufzukleben sind. Diese Methode mag zwar bei genügend hohem Schwundsatz prinzipiell sehr wirksam sein, ist jedoch

59) Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg/Ziegelhausen 1952.

60) Ebenda, S. 7.

für den täglichen Geschäftsverkehr ausserordentlich unpraktisch und wird aus diesem Grunde auch von Walker abgelehnt. Dasselbe gilt für andere vorgeschlagene Systeme wie das „Stempelgeld“, das periodisch gegen Entrichtung einer Gebühr abgestempelt werden muss, oder das „Tabellengeld“, dessen einzelne Abschnitte beispielsweise alle 10 Tage um 1 % im Wert abnehmen und dessen tatsächlicher Kurswert also nicht mit dem Nennwert übereinstimmt, sondern jeweils aus der auf der Rückseite des Scheines abgedruckten Tabelle abgelesen werden muss. Walker selbst befürwortet das System des „Seriengeldes“, welches „auf dem Grundsatz laufender Gelderneuerung“ beruht (S. 44). Die Noten und Münzen sind bei dieser Methode in Serien eingeteilt, welche deutlich in verschiedener Art gekennzeichnet sind. In regelmässigen Zeitabständen findet nun eine Geldverrufung statt, wobei aber nicht der gesamte Betrag der umlaufenden Noten und Münzen ausser Kurs erklärt wird, sondern jeweils nur eine bestimmte Serie jeder Sorte, welche ausgelost worden ist und zum verminderten Kurswert gegen neue Noten oder Münzen umgetauscht werden kann. „Da niemand weiss, welche Serie von der Auslösung betroffen werden wird, steht die gesamte Geldmenge unter dem Impuls des Umlaufsantriebes“ (S. 46).

Eine weitere Methode, die Walker anführt, empfehlen die beiden liberal-sozialistischen (freiwirtschaftlichen) Nationalräte Bernoulli und Schmid im Herbst 1948 in ihrem Vorschlag zur Revision des Gesetzes über die Schweizerische Nationalbank. Demnach sollte die Nationalbank ermächtigt werden, „wenn sie Noten- oder Münzhaltungen in einem Ausmass feststellt, welches die feste Kaufkraft des Geldes gefährden könnte, die Noten oder Münzsorten, die gehortet werden, oder sämtliche Noten oder Münzsorten ungültig zu erklären und sie zum Umtausch innert einer Frist von acht Tagen aufzurufen, wobei eine Umtauschgebühr von höchstens 10 % des Nennwertes erhoben werden kann“⁶¹. Die ständig drohende Geldverrufung soll also in diesem Falle abschreckend wirken und die Hortung verhindern.

61) „Vorschlag zur Revision des Gesetzes über die Schweizerische Nationalbank vom 7. April 1921, eingereicht von Nationalrat Hans Bernoulli und Nationalrat Werner Schmid, Oktober 1948“, Artikel 28. Abgedruckt bei Walker, a. a. O., S. 67.

Die Höhe der „Umlaufsteuer“

Welche Methode auch letzten Endes zur Verwirklichung gewählt wird, immer wird es notwendig sein, „auf irgendeine Weise die Angebotsdringlichkeit, die der Ware immanent ist, auch dem Gelde immanent zu machen; wir kommen um die Notwendigkeit, die Barliquidität mit Durchhaltekosten zu belasten, gar nicht herum, gleichgültig, wie wir es technisch anstellen wollen“⁶². Die „Umlaufsteuer“, d. h. der Gebührensatz, der bei Umtausch der verfallenen Banknoten und Münzen zu entrichten ist, sollte möglichst dem „Urzins“ entsprechen als der Spanne, um die „nach Gesells Lehre das Geld der Ware überlegen“ ist (S. 40) und also nach freiwirtschaftlicher Auffassung durchschnittlich 5 % im Jahre betragen; allerdings gilt diese Höhe keineswegs als endgültig, vielmehr wird die Methode des „trial and error“ empfohlen: „Es kommt darauf an, den richtigen Prozentsatz in der praktischen Durchführung zu finden und zu erproben“ (S. 40). Dieser dem Bargeld anhaftende Wertschwund ist es, der den Geldumlauf ständig aufrechterhält und dessen Regulierung einzig durch die Manipulierung der Geldmenge ermöglicht. Die These von der beschränkten Bedeutung des Buchgeldes erlaubt ferner die Annahme, eine „Flucht aus dem Bargeld in das Buchgeld“ sei nur in beschränktem Masse möglich, da das Giralgeld das Bargeld teilweise ersetzen, nicht aber verdrängen könne: alle die gewöhnlichen Transaktionen des Alltags, die zum grossen Teil geringe Beträge erfordern und allein das Preisniveau zu beeinflussen vermögen, werden vom Bargeld durchgeführt und die Verwendung des Buchgeldes für diese Zwecke wäre zu kompliziert und umständlich.

Auswirkungen

Eine endgültige Antwort auf die Frage nach der Wirksamkeit dieser Methoden könnte selbstverständlich nur die praktische Erfahrung eines längeren Zeitraumes möglichst „normaler Wirtschaftsverhältnisse“ geben⁶³. Immerhin kann man sich auch ohne eine

62) Ebenda, S. 34.

63) Was allerdings in unserer gegenwärtigen Zeit unter „normalen Wirtschaftsverhältnissen“ verstanden werden soll, ist eine schwierige Frage. Besser wäre es vielleicht, zu sagen, die Wirksamkeit einer solchen Methode der „Umlaufsicherung des Geldes“ sollte am besten über die Dauer eines ganzen Konjunkturzyklus beobachtet werden. Wobei sich hier wiederum die Frage erhebt, wieweit ein auch nur einigermaßen dem Modell entsprechender Konjunkturzyklus als „normal“ angesehen werden kann.

solche schon fragen, ob diese Methoden der „Umlaufssicherung des Geldes“, die doch im Grunde genommen auf eine Besteuerung — um nicht zu sagen Bestrafung — des Bargeldbesitzers am Stichtag hinauslaufen, ihren Zweck, „die Umlaufsgeschwindigkeit zu einer relativ konstanten Grösse zu machen“, auch tatsächlich erreichen oder ob nicht vielmehr — gerade im Falle des Seriengeldes — eine starke Beschleunigung des Geldumlaufes gegen das Datum der Auslosung hin bewirkt und also gerade die entgegengesetzte Wirkung erzielt wird. Dabei ist immer vorausgesetzt, dass die Bargeldbesitzer tatsächlich auch lieber auf ihre Liquidität verzichten, als dass sie den Nennwertverlust der in ihrem Besitz befindlichen Bargeldbeträge auf sich nehmen. Und selbstverständlich ist die Frage, ob diese Voraussetzung auch tatsächlich erfüllt sein wird, für die Beurteilung der Wirksamkeit der „Umlaufsicherung des Geldes“ die wichtigste und bedeutungsvollste.

V. Schlussfolgerungen

Eine Richtigstellung

Durch die bisherige Darstellung ist möglicherweise der Eindruck erweckt worden, als sei die eigentliche Kritik der Freigeldlehre vernachlässigt worden und zu kurz gekommen. Es ist deshalb nochmals zu betonen, dass es uns keineswegs in erster Linie um eine Aufzählung der Irrtümer und Widersprüche Gesells und seiner Nachfolger und um die Widerlegung ihrer Behauptungen und Reformvorschläge zu tun war. Wir können zu diesem Zwecke wiederum auf die Arbeit von Sieber¹ verweisen. Dabei sind wir nun aber nicht der Ansicht, dass die Forderungen der Freigeldlehre — also insbesondere die Einführung einer mit einem periodischen Nominalwertschwund ausgestatteten Geldform sowie die Orientierung der Währungspolitik allein am Index der Lebenshaltungskosten oder an irgendeinem anderen Index — in der vorgeschlagenen Form in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollten und dass eine solche allfällige Verwirklichung die Volkswirtschaft günstig beeinflussen und ihr ausschliesslich zum Vorteil gereichen müsste. Vielmehr glauben wir, dass die möglichen Folgen einer solchen Verwirklichung gerade von den Freiwirtschaftlern in völlig unzureichender Weise bedacht und erwogen worden und über diese tatsächlichen Auswirkungen hauptsächlich Vermutungen angestellt worden sind. Diese sind oft — sowohl bei Anhängern als auch bei Gegnern — eher die Folge eines bestimmten Wunschenkens als einer einwandfreien theoretischen Analyse.

Gesells richtige Grunderkenntnis

Was unsere Darstellung in erster Linie zeigen wollte, ist die Tatsache, dass Gesells Theorie letztlich von einer Erkenntnis ausgeht, welche eine Grundtatsache des modernen Wirtschaftsgeschehens darstellt: Gesell hat, wie dies in dieser Arbeit schon mehrfach hervorgehoben worden ist, den hervorragend monetären Charakter der bestehenden Wirtschaftsorganisation in der früher dargestellten Form erkannt. Allerdings ist hier einschränkend beizufügen, dass er selbst die Bedeutung dieser Tatsache nicht vollständig und richtig erfasst hat; man könnte vielleicht auch sagen, dass es sich bei Gesell weniger

1) A. a. O.

um eine klare Erkenntnis als vielmehr um eine Intuition des tatsächlichen Sachverhaltes handelt. Diese Tatsache ist in der bisherigen Darstellung etwas verwischt worden, indem dabei diese intuitiven Erkenntnisse Gesells in einer Form und anhand von Begriffen dargestellt wurden, welche erst später von der „orthodoxen“ Wirtschaftstheorie entwickelt und besonders von Keynes betont worden sind. Wir haben hier sozusagen jene Schlussfolgerungen angeführt, welche Gesell infolge seiner nur unvollständigen und intuitiven Erkenntnis der Tatbestände zu ziehen unterlassen hat.

Die Konstruktion des Urzinses

Vor allem ist hier zu bedenken, dass Gesell auf Grund jener Erkenntnis und zu ihrer theoretischen Erklärung die Theorie des Urzinses konstruiert hat, welche ihm die Möglichkeit eines tieferen Eindringens in die monetären Phänomene und der Erfassung der wirtschaftlichen Realität mit Hilfe jener an sich richtigen Grundkenntnis raubte. Wir haben auf eine eingehende Kritik der Urzinstheorie verzichtet, weil auch hier auf eine beträchtliche Menge bereits geleisteter Arbeit verwiesen werden kann. Hier sei darauf hingewiesen, wie schon die Robinson-Parabel, von welcher Gesell bei der Darstellung seiner Zins- und Kapital-Theorie in seinem Hauptwerke² ausgeht, und welche weiter oben in dieser Arbeit ausführlich wiedergegeben worden ist, als Ausgangspunkt eine ziemlich willkürliche Konstruktion darstellt: Robinson kann vom Darlehensnachfrager für das gewährte Darlehen in Samengetreide u. ä. keinen Naturalzins verlangen, weil der Fremdling nicht auf seine Darlehensgewährung angewiesen ist und vor allem, weil Robinson ohne die Möglichkeit seine Lagerbestände ausleihen zu können, durch „Rost, Ratten, Motten“ einen Verlust erleiden müsste. Die Möglichkeit, einen Zins zu „erpressen“, ist also nur dort vorhanden, wo kein Angebotszwang besteht. Als typischen, ja einzigen Fall für diese Möglichkeit sieht nun Gesell die Stellung des Geldbesitzers in einer Geldwirtschaft an: dieser kann von einem Darlehensnachfrager einen Zins erheben, weil jener das Geld zum Ankauf von Konsum- oder meistens von Kapitalgütern nötig hat, er selbst dagegen seinen Geldbestand beliebig lange vom Markte zurückhalten kann ohne das Risiko eines Wertverlustes.

Gesell findet also die andere Möglichkeit keiner Betrachtung wert, nach welcher Robinson — um ein möglichst konkretes Beispiel

2) Die natürliche Wirtschaftsordnung, a. a. O., S. 333: Robinsonade, als Prüfstein für diese Theorie.

zu nennen — selbst die Absicht hat, Getreide zu bauen und mit einem geringeren Ernteertrag zu rechnen hätte, sofern er einen Teil seines Samengetreides ausleihen würde. Er müsste also versuchen, diesen geringeren Ernteertrag durch einen vom Darlehensnehmer bezahlten Naturalzins wettzumachen. — Auf diese Weise lässt sich jedenfalls für eine beliebige gegenteilige Ansicht ebenfalls eine solche Parabel konstruieren.

Gesell betrachtet einen einzigen Aspekt des Zinsphänomens

Gesell betrachtet jedoch allein den Gegensatz zwischen Robinson, der gezwungen ist, wegen des drohenden Wertverlustes seine Güterbestände auszuleihen, und dem Geldbesitzer, der nicht diesem Angebotszwang unterliegt und dadurch eine Monopolstellung einnimmt. Für ihn ist einzig dieser Aspekt des ganzen Zinsphänomens wichtig; seine Schlussfolgerung lautet dementsprechend, dass in einer nicht-geldverwendenden Wirtschaft kein Zins erhoben werden kann und der Zins also den Ausdruck der „Überlegenheit des Geldes über die Waren“ repräsentiert. Infolge dieser einseitigen Betrachtungsweise legt die Freigeldlehre auch keinerlei Gewicht auf andere Funktionen, die der Zins möglicherweise auszuüben vermag. Da sie bei der Betrachtung des Zinsphänomens zu einem guten Teil von ganz bestimmten Ansichten und Vorurteilen ausgeht, welche keineswegs ausschliesslich ökonomischer Natur sind, sondern vor allem auf sozial-ethischen Grundlagen beruhen, betrachtet sie den Zins als unberechtigt und illegitim, eben weil er eine Auswirkung des wertbeständigeren Geldes ist.

Da nach Ansicht der Freigeldlehre bei Bestehen des Schwundgeldes der gesamte Umfang des nichtkonsumierten Einkommens zu Investitionszwecken aufgewendet und damit in verhältnismässig kurzer Zeit der Kapitalstock der Volkswirtschaft sich sehr stark vermehren würde, müsste die Kapitalnutzung nach einiger Zeit zu einem freien Gut werden. Von diesem Standpunkt des Kapitalphänomens in der „natürlichen Wirtschaftsordnung“ aus betrachtet kann natürlich der Zins auch keine Rolle als Preis des Kapitals spielen; allerdings gibt Gesell zu, dass bis zur Erreichung dieses Zustandes auch nach der Einführung des Freigeldes Zins erhoben werden wird, um — wie sich Henderson ausdrückt — „die Schafe von den Böcken zu trennen. Der Zins dient als Sieb, durch das Kapitalinvestitionspläne gesiebt werden und durch das nur jene durchgelassen werden, die in der Zukunft in einem hohen Grade nützlich werden“³. Aber Gesell betrachtet diese Funktion des Zinses nur für

jene Übergangsperiode und geht im übrigen nicht eingehender darauf ein, weil eben seiner Ansicht nach auch jene Knappheit des Kapitals nur eine Folge der „Überlegenheit des Geldes über die Waren“ ist.

„Orthodoxe“ Geldtheorie und Quantitätstheorie

Noch stärker als die Konstruktion des Urzinses trug wahrscheinlich die Verbindung der eigentlichen Freigeldtheorie mit der Quantitätstheorie in einer übermässig mechanistischen Form dazu bei, dass weder Gesell noch seine Anhänger und Nachfolger jene richtige Grunderkenntnis befriedigend auszuwerten und als wirksames Instrument der volkswirtschaftlichen Analyse zu verwenden vermochten. Im Hauptwerk Gells wird noch nicht jene grosse Bedeutung auf die Quantitätstheorie gelegt, wie das nachher bei seinen Nachfolgern der Fall ist. Die Freigeldlehre hat hier gewissermassen eine Entwicklung durchgemacht, die jener der traditionellen Geldtheorie entgegengesetzt ist. Bei dieser ist allmählich die formale Betrachtung der Einflüsse des Geldes auf das allgemeine Preisniveau im Sinne rein quantitätstheoretischer Überlegungen — die ja schon sehr früh in der geldtheoretischen Literatur auftauchen — einer eingehenderen Untersuchung der Einflüsse des Geldes auf den Wirtschaftsablauf im allgemeinen und auf die Gestaltung des Volkseinkommens im besonderen gewichen. Die Entwicklung ist von einer Betrachtung quantitativer Beziehungen zum Versuch der Erfassung der tatsächlichen Wirkungsweise der monetären Einflüsse fortgeschritten. Es wird nicht mehr das durchschnittliche Preisniveau des Sozialproduktes in seinem Verhältnis zur umlaufenden Geldmenge untersucht, sondern der Umfang dieses Sozialproduktes selber als Folge der direkten Einflüsse des Geldes auf seine Bildung und Entstehung. Dies entspricht der Erkenntnis der Tatsache, dass das Geld selbständige Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen auszuüben vermag und nicht nur durch die Veränderung des Preisniveaus auf die Wirtschaft einwirkt. Diese selbständigen Einflüsse zu untersuchen stellt sich diese moderne theoretische Richtung des „income approach“ zur Aufgabe.

3) H. D. Henderson, *Supply and Demand*, London und Cambridge 1928, S. 130.

Freiwirtschaftslehre und Quantitätstheorie

Die Freigeldtheorie hat sich wie gesagt in einer eher entgegengesetzten Richtung entwickelt. Der Grund liegt wohl darin, dass Gesell den monetären Charakter der Wirtschaft zwar erkannt hat, jedoch sich damit in keiner Weise abzufinden vermag. Er lehnt diese Tatsache als Erscheinung, wie sie in dieser Arbeit ausführlich dargestellt worden ist, ab und ist sogar bestrebt, sie aus der Welt zu schaffen. Er sieht beispielsweise auch ein, dass die Quantitätstheorie bei der gegenwärtigen Ordnung der Wirtschaft mit dem herrschenden Geldsystem nicht als Richtlinie der Währungspolitik verwendet werden kann, und dass zu diesem Zweck die Einführung des Freigeldes notwendig ist. Im Grunde genommen kann die Indexwährung als aktive Währungspolitik zur Stabilhaltung eines bestimmten Indexes nur mit Hilfe des Schwundgeldes funktionsfähig sein.

Diese einseitige Auffassung ist die Ursache, welche die Freigeldlehre in ihrer möglichen Wirksamkeit behindert und ihr zum Vorwurf gemacht werden muss: die an sich richtige Erkenntnis wird nicht zu einem tieferen Verständnis des monetären Charakters der Wirtschaft zu verwerthen versucht, sondern diese Eigentümlichkeit der modernen Wirtschaft wird als Folge der Verwendung des nicht-verderblichen Geldes aufgefasst und deshalb als der „natürlichen Wirtschaftsordnung“ widersprechend und ungerecht empfunden. Das Wesentliche der Wirkungsweise des Geldes auf den Wirtschaftsablauf wird durch die Urzinstheorie zu erklären versucht, und da die Ordnung der Wirtschaft nach dem Freigeldsystem als die natürliche aufgefasst wird, wird auch die für jene gültige Währungspolitik nach dem quantitätstheoretischen Prinzip besonders propagiert. — In den freiwirtschaftlichen Darstellungen der Probleme wechseln der Gesichtspunkt der bestehenden mit demjenigen der „natürlichen“ Wirtschaftsordnung öfters in einer nicht ganz eindeutigen Weise ab, so dass leicht Unklarheiten entstehen. Die Indexwährung wird genau genommen als Reform aufgefasst, welche nur in einem Freigeldsystem funktionsfähig sein wird; ihre Einführung wird aber trotzdem gefordert, weil dies einen viel weniger radikalen Eingriff in die Währungsordnung darstellen würde als die Verwirklichung des Freigeldes und deshalb grössere Aussicht auf eine solche Umsetzung in die Realität hat.

Die Verwirklichung der freiwirtschaftlichen Postulate

Das Postulat der Einführung des Freigeldes hätte nämlich heutzutage noch weniger Aussichten auf Erfolg als jenes der Verwirk-

lichung der Indexwährung. Die politische Organisation der schweizerischen Freiwirtschaftler, die liberal-sozialistische Partei, hat bekanntlich im Jahre 1950 die sogenannte „Kaufkraft-Initiative“ zustande gebracht, welche eben die Einführung der Indexwährung in der Schweiz zum Ziele hatte. Obwohl gerade in der Nachkriegszeit der Index der schweizerischen Lebenshaltungskosten zwar nicht allzu bedenklich, aber doch fühlbar angestiegen war und mit diesem Zustand der Dinge sicher nicht allein nur die Unterzeichner der Initiative nicht zufrieden waren, wurde diese in der Volksabstimmung ausserordentlich deutlich verworfen. Die Unterzeichner waren offenbar in dieser Beziehung die einzigen, dass sie glaubten, eine vollkommen stabile Kaufkraft des Geldes lasse sich einzig durch geeignete währungspolitische Massnahmen erreichen und gewährleisten. Wenn also schon das Postulat der Indexwährung mit dem Zwecke der Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes zu einem Zeitpunkt abgelehnt wurde, der für eine solche Reform noch einigermaßen geeignet erschien, so hat vollends der Plan der Einführung des Schwundgeldes in einer Zeit der wirtschaftlichen Prosperität und der Vollbeschäftigung noch weniger Chancen, verwirklicht zu werden. Damit sich genügend befürwortende Stimmen für eine Einführung des Freigeldes finden, muss die Wirtschaft sich in einem Zustand der Depression befinden und muss jedermann überzeugt sein, dass diese Depression die Folge der ungenügenden effektiven Nachfrage und der geringen wirksamen Geldmenge, d. h. die Folge eines massiven Hortens von Geldbeträgen ist. In einem solchen Fall besteht — allerdings wohl nie in der Schweiz — die Möglichkeit, dass eine Anregung des Geldumlaufs mit allen überhaupt möglichen Mitteln versucht werden wird. Dann kann auch die Bereitschaft vorhanden sein, die Nachteile des periodischen Wertschwundes als Kosten der Anregung der Wirtschaftstätigkeit auf sich zu nehmen! Der Wörgler Freigeldversuch, auf den die freiwirtschaftliche Propaganda mit Vorliebe für die Wirksamkeit des Freigeldes hinweist, ist in einer solchen Situation möglich geworden.

Zwei Freigeldversuche

Im folgenden sollen ganz kurz die beiden unseres Wissens einzigen Versuche grösseren Ausmasses, welche mit Freigeld durchgeführt wurden, betrachtet und die sich aus ihnen ergebenden Konsequenzen dargestellt werden. Es handelt sich um die beiden Schwundgeldexperimente von Schwanenkirchen im bayrischen Wald und der tirolischen Marktgemeinde Wörgl, die in den Jahren 1930 bzw.

1932 durchgeführt wurden. Die Wirtschaft jener Gegenden hatte die Auswirkungen der weltweiten Depression sehr stark zu verspüren bekommen, und offenbar waren in beiden Fällen die Einwohner nicht abgeneigt, jede sich bietende Möglichkeit zur Überwindung der Krise zu ergreifen. Dies um so mehr, als sowohl in Schwanenkirchen als auch in Wörgl die Initiative zu einer solchen Aktion von Männern in leitender Stellung — im ersten Falle war es der Bergwerksbesitzer, der eine beträchtliche Anzahl Arbeiter beschäftigte, im zweiten der Bürgermeister — als überzeugten Anhängern der Freigeldlehre ausgegangen war. Den beiden Versuchen kann ein gewisser Erfolg nicht abgesprochen werden; dagegen ist nicht ganz klar, in welchem Ausmasse dieser Erfolg tatsächlich den Auswirkungen des Charakteristikums des Freigeldes, nämlich dem periodischen Nominalwertschwund, zugute gehalten werden kann. Genauer gesagt: es steht fest, dass das Freigeld als solches nicht den Gesamterfolg jener Aktionen für sich beanspruchen kann, sondern nur zu einem Teil zum Gelingen beitrug.

Der Versuch von Schwanenkirchen

Das Hauptmerkmal der Vorgänge in Schwanenkirchen⁴ bildet die Tatsache, dass dem Bergwerkbetreiber Hebecker ein Kredit in der Höhe von 50 000 Mark gewährt wurde, genauer: 50 000 Wära, das sind Tauschscheine, welche einem Wertschwund unterliegen und innerhalb einer freiwilligen Tauschgemeinschaft von Händlern und Gewerbetreibenden, der „Tauschgesellschaft Wära“ zirkulierten, welche eben sich zu dieser Kreditgewährung entschloss. Dieser Kredit war wirksam, jedoch wohl nicht *wegen*, sondern eher *trotz* der Tatsache des Schwundes. Ein Kredit in Reichsmark wäre sicher genau ebenso wirksam gewesen; was in Schwanenkirchen fehlte, waren eben die Umlaufsmittel. Anerkennenswert bleibt die Tatsache, dass die Tauschgesellschaft sich zur Kreditgewährung entschloss⁵.

4) Vgl. zum Freigeldversuch von Schwanenkirchen: F. Schwarz, Das Wära-Wunder von Schwanenkirchen, in: Vorwärts zur festen Kaufkraft des Geldes, Bern 1934, S. 57. Diese Arbeit ist zur Hauptsache eine Zusammenstellung von Bruchstücken aus zwei Zeitungsartikeln, von denen der eine von C. Z. Klötzel in Nr. 71 der „B.Z. am Mittag“ vom 25. März 1931 und der andere von W. Friedmann in Nr. 11 der „Süddeutschen Sonntagspost“ vom 15. März 1931 erschien. Ferner: C. Z. Klötzel, Die Erlösung von Gold und Zins, in: Propheten in deutscher Krise, hggb. von R. Olden, Berlin 1932.

5) Die „Freiwirtschaftliche Zeitung“, die sich anfänglich dem Versuch gegenüber sehr skeptisch verhielt, schrieb denn auch in Nr. 15 vom April

Das ganze Unternehmen weist im übrigen eine starke Ähnlichkeit mit den Aktionen auf, die ungefähr in den gleichen Jahren in den USA unter der Bezeichnung des „swap movement“ durchgeführt wurden; infolge des Mangels an Umlaufsmitteln wurde hier anfänglich Tauschhandel auf freiwilliger Grundlage getrieben und später dann Tauschgutscheine eingeführt, welche innerhalb der Tauschgemeinschaft allgemein als Tauschmittel anerkannt wurden⁶. Die Scheine von Schwanenkirchen waren zusätzlich mit einem Nominalwertschwund ausgestattet, dessen hauptsächliche Auswirkung wohl die war, dass sie in einem noch beschränkteren Kreise von Produzenten und Kaufleuten umliefen.

Das Experiment von Wörgl

Auch beim Freigeldversuch von Wörgl aus dem Jahre 1932, welcher sehr viel bekannter ist und von der freiwirtschaftlichen Propaganda oft als Beweis für die Wirksamkeit des Schwundgeldes angeführt wird, ist genauer zu untersuchen, wieweit die heilsamen Auswirkungen der Aktion tatsächlich eine Folge des Schwundgeldumlaufs waren. So wenig wie im Falle des Versuches von Schwanenkirchen haben wir die Absicht, hier eine eingehende Darstellung und Beurteilung des „Wörgler Währungswunders“ zu geben⁷. Es soll nur kurz dargestellt werden, welche Schlussfolgerungen sich aus diesem Versuch ziehen lassen: Bedeutender als die Tatsache des Umlaufes eines mit einem Wertschwund ausgestatteten Geldes scheinen uns die Auswirkungen des Programms öffentlicher Arbeiten zu sein; dieses wurde im Rahmen der ganzen „Notstandsaktion“ durchgeführt und verschaffte einer ganzen Anzahl Arbeiter Beschäftigung. Die Mittel zur Finanzierung dieser Arbeiten wurden jedoch nicht besonders zu diesem Zwecke und zusätzlich geschöpft, und die —

1931: „Die Vorgänge in Schwanenkirchen im Bayrischen Wald sind, volkswirtschaftlich gesehen, nichts Neues. Es ist, auf diesem kleinen Gebiet, einfach eine Erscheinung ähnlich der Inflation... Das plötzliche Aufblühen Schwanenkirchens und seiner Umgebung ist deshalb etwa so zu verstehen: ganz Deutschland gibt Geldkraft ab an diesen kleinen Bezirk.“

6) Vgl. I. Fisher, *Mastering the Crisis*, London 1934. Ferner den Roman von U. Sinclair, *Co-op*, a. a. O.

7) Ich verweise auf: A. Hornung, *Das Ergebnis des Wörgler Schwundgeldversuches* — Ist Wörgl ein Freigeldexperiment? *Tiroler Studien*, Heft 2, Innsbruck 1934. — H. K. Sonderegger u. H. Burgstaller, *Die Rettung Österreichs* — Das Wörgler Beispiel, Wörgl 1933. — F. Schwarz, *Das Experiment von Wörgl*, Bern 1951.

im übrigen sehr geringe — Menge der Schwundgeldscheine floss zum grössten Teil durch die Hände der Kaufleute in kürzester Zeit zwecks Zahlung von Steuerrückständen oder gar zur Vorauszahlung der Steuern in die Gemeindekasse zurück. Hier wurden diese Beträge wieder hauptsächlich zur Finanzierung weiterer öffentlicher Arbeiten verwendet. — Die Freiwirtschaftler verweisen mit Stolz auf diese Tatsache der erhöhten Steuereinnahmen dank des Freigeldes, welche als Symptom des erhöhten wirtschaftlichen Wohlergehens der Einwohner im Umlaufbereich der Notgeldscheine zu gelten hätte. Gerade dieser Sachverhalt ist jedoch viel eher als Hinweis dafür zu werten, dass die Verwendungsmöglichkeiten für die Schwundgeldscheine nicht sehr zahlreich waren und diese deshalb — da jedermann sie ja wegen des drohenden Nominalwertschwundes loswerden wollte — vorwiegend zur Zahlung von Steuern ausgegeben wurden. Dieser Sachverhalt ist jedoch keineswegs ein vorteilhaftes Anzeichen für die Wirksamkeit der Wörgler „Notstandsaktion“, denn „... der Erfolg der Politik öffentlicher Arbeiten kann nur dann als ein wirklich vollkommener gelten, wenn sie in der Lage ist, die Privatinitiative anzuregen und mittelbare Wirkungen auszulösen, dank welcher an Stelle der staatlichen Ausgaben für öffentliche Arbeiten allmählich privates Kapital tritt, so dass erstere schrittweise eingeschränkt und nach einer bestimmten Zeit in normale Bahnen zurückgeleitet werden können“⁸.

Lehren aus den beiden Versuchen

Im Falle beider Freigeldversuche bestand also die konkrete (monetäre) Massnahme, welche zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen sollte und zu diesem Zwecke ergriffen wurde, in einer Vergrösserung der „wirksamen Geldmenge“ $G \cdot U$, wobei dieser Zweck in Schwanenkirchen auf einfache Weise durch die Kreditgewährung der Wära-Gesellschaft erreicht, in Wörgl dagegen versucht wurde, nicht die Grösse G , also die Geldmenge, sondern die Umlaufgeschwindigkeit U (als Anzahl der Transaktionen pro Zeiteinheit) zu erhöhen, wobei die Wirkung der ausgeweiteten wirksamen Geldmenge durch eine Politik der öffentlichen Arbeiten unterstützt werden sollte. Ferner darf angenommen werden, dass in beiden Fällen durch den Glauben an die Wirksamkeit des Schwundgeldes

⁸) C. Bresciani-Turroni, Einführung in die Wirtschaftspolitik, Bern 1948, S. 205.

⁹) Vgl. G. Haberler, Prosperität und Depression, a. a. O., S. 66/7 und 290.

in gewissem Ausmasse eine optimistische Stimmung geschaffen wurde, die für eine Erholung der Wirtschaft aus einem depressiven Zustand eine beinahe unerlässliche Voraussetzung bildet. Die Politik der Ausweitung der Geldmenge wird heutzutage fast allgemein als Massnahme zur Anregung der Wirtschaftstätigkeit anerkannt und empfohlen. Sie damals durchgeführt zu haben, stellt allerdings eine anerkennenswerte Leistung dar, weil in jener Zeit diese Erkenntnis noch keineswegs bei allen Wirtschaftswissenschaftlern durchgedrungen war. Heute dagegen würde man zum Zwecke der Durchführung einer solchen Politik nicht die Einführung des Freigeldes wählen, weil die Vorteile dieser Politik sehr wohl auch ohne die Nachteile des Schwundgeldes erreicht werden können. Alle die monetären Massnahmen, welche zur Überwindung der Depression dienen könnten, sind heute ferner im wirtschaftspolitischen Programm von Keynes und seiner Schule und überhaupt der meisten Ökonomen enthalten.

Die Abschaffung der Liquidität

Die Einführung des Schwundgeldes wird besonders so lange nicht mehr Befürworter finden, als sie mit dem Risiko verbunden ist, für den Nachteil des sicheren Liquiditätsverlustes Vorteile zu erhalten, über die Unklarheit und Unsicherheit besteht. Die Freigeldtheorie legt grosses Gewicht auf das Phänomen der Liquidität an sich und vernachlässigt darob das Bedürfnis nach Liquidität, welches der einzelne wirtschaftende Mensch empfindet und welches das primäre Phänomen darstellt. Die Abschaffung der Liquidität hätte nun allerdings, wenn wir das Bestehen eines Liquiditätsbedürfnisses vernachlässigen, zur Folge, dass das gesamte Einkommen ausgegeben würde, und zwar zu einem Teil zu Konsum- und zu einem andern, dem gesparten Teil, zu Investitionszwecken. Es würden keine Einkommensteile als Hortbestände zurückbehalten zur Ausnützung der Monopolstellung des Geldbesitzers, und nach freiwirtschaftlicher Auffassung müsste der Geldzinssatz in verhältnismässig kurzer Zeit auf Null fallen! Ebenso müsste, als Folge des sich dank der ständigen Investitionen vergrössernden Kapitalgüterbestandes, Sachkapital gegen die Versicherung der Rückerstattung, aber ohne Bezahlung eines Zinses, erhältlich sein, also die Kapitalnutzung mit andern Worten zu einem freien Gute werden. — Wenn auch dieses — volkswirtschaftlich gesehen sicher vorteilhafte — letzte Ziel nicht erreicht werden könnte, so hätte schon die Gleichheit von Gesamteinkommen und Gesamtnachfrage und die sich daraus ergebende Übereinstimmung von Spar- und Investitionsvolumen — beide als Folge des

Nichtbestehens liquider Einkommensteile — zweifellos einen vorteilhaften und beruhigenden Einfluss auf den Wirtschaftsablauf.

Die Bedeutung des Bedürfnisses nach Liquidität

Alle diese Zukunftsperspektiven scheinen uns aber nicht mit der Tatsache des Bestehens eines Liquiditätsbedürfnisses zu rechnen; aus all den ablehnenden Stellungnahmen zum Vorschlag des Freigeldes, so verschieden sie auch im übrigen begründet sein mögen, geht nämlich — ausdrücklich oder nicht — die Ansicht und die Absicht hervor, dass auf die wesentliche Eigenschaft der Liquidität auch nach Einführung des Schwundgeldes nur schwerlich verzichtet würde. Die Einkommensbezüger wollen nicht auf die Möglichkeit verzichten, die Verwendung dieses Einkommens nach ihrem eigenen freien Ermessen über den Zeitablauf verteilen zu können. Nach Einführung des Schwundgeldes wäre wohl jedermann bestrebt, dem Schwundverlust zu entgehen; dies geschähe aber nicht nur in der Weise, dass das Geldeinkommen in möglichst kurzer Zeit zu Konsum- oder Investitionszwecken ausgegeben würde, sondern es würde dabei wohl hauptsächlich versucht werden, die Verfügungsmacht über diese Einkommensteile beizubehalten. Auch in einer Inflationszeit, also der Zeit eines Geldes mit Realwertschwund, zeigt es sich, dass das Geldeinkommen nicht einfach in Sachgütern investiert wird, sondern dass zu diesem Zweck möglichst liquide Vermögensbestände, mit Vorliebe Gold, vorgezogen werden, welche eine grössere Gewähr dafür bieten, jederzeit verfügbar zu sein.

Notwendigkeit der Liquidität

Die Liquidität des Geldes ist notwendig, weil dieses die Entscheidungsfreiheit im Zeitablauf gewährleistet, also nach den Worten von Keynes eine Brücke zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt. „La considération du *temps* domine toutes les manifestations de l'activité économique, individuelle et collective. Les *préoccupations d'avenir* sont toujours présentes à l'esprit du producteur et du consommateur et la seule façon d'en tenir compte — au moins dans une économie non communiste — consiste précisément dans l'emploi d'une monnaie qui... jette un pont pour le calcul économique entre le présent et le futur“¹⁰. Diese Verhaltens-

10) L. Federici, Observations, in R. Mossé, *La Monnaie*, Paris 1950, Seite 125.

weise ist eine Folge der Ungewissheit über die Zukunft. Das Geld, welches als Reserve gehalten wird, muss für die Zukunft Entscheidungsfreiheit und Dispositionsmöglichkeit gewähren; es stellt sozusagen das Gut dar, welches das Bedürfnis des wirtschaftenden Menschen nach Sicherheit befriedigt¹¹. — Die Beseitigung des liquiden Geldes würde also nicht viel ändern, solange dieses Liquiditätsbedürfnis als Folge der Ungewissheit über die Zukunft bestünde. Diese aber hängt ihrerseits im privatkapitalistischen System mit dem dynamischen Charakter der Wirtschaft zusammen. Nur in einer vollkommen stationären Wirtschaft wäre die Zukunft gewiss und damit auch keine jederzeit liquiden Bestände zur Sicherung der Verfügungsmöglichkeit über das Einkommen notwendig. Ein solcher Zustand der Wirtschaft kann jedoch nicht das Ziel der Wirtschaftspolitik sein.

Geringere Ungewissheit verringert Liquiditätsbedürfnis

Wenn auch die Behauptung übertrieben und einseitig erscheint, wonach die Hortung von Umlaufsmitteln die alleinige Ursache aller wirtschaftlichen Übel und Schwierigkeiten darstellt und ihre Beseitigung ohne weiteres eine krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft zur Folge hätte, so muss doch gesagt werden, dass eine solche grössere Haltung liquider Einkommensteile über längere Zeiträume hinweg sicher einen nachteiligen und schädlichen Einfluss auf den Wirtschaftsprozess auszuüben vermag. In diesem Sinne wäre die Beseitigung eines übermässigen Liquiditätsbedürfnisses vorteilhaft. Dagegen darf nicht das Halten einer angemessenen Menge liquider Reserven überhaupt verhindert werden, weil dieses eine durchaus legitime Funktion zu erfüllen hat. Einzig ein übermässiges und damit unberechtigtes Zurückhalten von Umlaufsmitteln sollte zu verhindern versucht werden. Nur so weit haben die Postulate Gesells und der Freiwirtschaftslehre eine Berechtigung, aber gerade der Versuch, diese Postulate mit Hilfe des Freigeldes zu verwirklichen, geht über das Ziel hinaus und verunmöglicht auch die Befriedigung eines berechtigten Liquiditätsbedürfnisses. Die Freiwirtschaftslehre wendet sich mit ihrem Schwundgeld gegen die Tatsache, dass liquide Vermögensbestände in der Form von Geld gehalten werden können, und übersieht dabei nach unserer Auffassung die Bedeutung und Berechtigung des Liquiditätsbedürfnisses, auf welche Keynes nachdrücklich hinweist. Um dieses Bedürfnis zu verkleinern, müsste vor allem das

11) P. N. Rosenstein-Rodan, *The Coordination of the General Theories of Money and Price*, *Economica*, vol. III, 1936, S. 272.

Gefühl der Ungewissheit über die Zukunft verringert werden, und zu diesem Zweck würde die Erreichung und Gewährleistung einer möglichst grossen Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse — allerdings im Weltmassstab — sehr viel beitragen. Bei der Wahrung stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse käme gerade auch dem Postulat der Stabilität der Kaufkraft des Geldes, das keineswegs ausschliesslich freiwirtschaftlich ist, eine gewisse Bedeutung zu. Aber auch diese Forderung wäre dabei nicht nach der mechanistischen Methode quantitativ-theoretischer Überlegungen zu verwirklichen, sondern mit Hilfe eines Systems verschiedenartiger Massnahmen zur Kontrolle der massgebenden wirtschaftlichen Grössen.

Wir könnten also sagen, dass wir mit dem letzten Ziel, welches die freiwirtschaftlichen Postulate des Freigeldes und der Indexwährung anstreben, wenigstens teilweise einverstanden sein können. Nur teilweise, weil wir weder eine totale Abschaffung der Liquidität noch die vollkommene Starrheit irgendeines Preisniveaus für volkswirtschaftlich vorteilhaft erachten. Dagegen sind wir der Ansicht, dass eine teilweise und massvolle Verwirklichung jener Ziele — ob diese mit Hilfe der freiwirtschaftlichen Massnahmen zu erreichen wäre, erscheint zum mindesten zweifelhaft — zum Vorteil der Volkswirtschaft erstrebenswert wäre. Insbesondere die Verreichung des Zustandes, in welchem das monetäre Gesamteinkommen innerhalb einer verhältnismässig kurzen Zeit zu wirksamer Nachfrage würde, könnte einen reibungsloseren und störungsfreieren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen.

Curriculum vitae

Als Sohn des Atilio und seiner Ehefrau Carmela, geb. Onestinghel, wurde ich, Franco Sani, am 26. Oktober 1927 in Berlin als Bürger von Mori (Italien) geboren. Mein Vater war Bankbeamter. 1935 siedelten meine Eltern nach Basel über, wo ich zuerst die Primarschule und anschliessend das Humanistische Gymnasium besuchte und im Frühjahr 1946 das Reifezeugnis des Typus A erwarb.

Im Laufe meines Studiums der Nationalökonomie an der Universität Basel besuchte ich die Vorlesungen und Übungen der Herren Professoren Baumgartner, Blin, Bonjour, Brogle, v. Dietze, Dukor, Furlan, Gantner, Gauss, Germann, Grabowsky, Janner, Jaspers, Lewald, Muschg, Ruck, Salin, Scherrer, Schmalenbach, Simonius, John Stachelin, Max Stachelin, Wagner sowie der Herren Dozenten Faucherre und Renfer.

Die vorliegende Arbeit ist unter der Leitung von Herrn Professor Dr. E. Salin entstanden.

Die mündliche Prüfung fand am 16. und 19. Dezember 1953 statt. Seit Mitte 1954 bin ich auf der Banca d'Italia in Rom tätig.

Gedruckt in Westdeutschland

